

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 5 Pfennig, monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk., halbjährlich 6.60 Mk., jährlich 13.20 Mk. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Annoncen ab dem ersten Raum 40 Pfennig, für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungs-Anzeigen 30 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfennig. (Nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sturm!

Bis gegen sechs Uhr verlief am Freitag die Geschäftsordnungs-Debatte des Reichstages über den Gewaltantrag der konservativen, reichsparteilichen, liberalen und nationalliberalen Zollbriganten in verhältnismäßiger Ruhe. Zwar wenn die Juristen des Staatsrechts, wie der dreifach gedölte nationalliberale Advokat Wasser mann, die Tribüne bestiegen, um mit eckhafter komödiantischer Heuchelei wider besseres Wissen und gegen ihre Ueberzeugung die Rechtmäßigkeit des Unsturzes zu erhärten — jedes Wort eine Strangulationsmarke an Logik und Wahrheit hinterlassend — dann kam die Empörung auf der Linken heiß auf, aber es gelang noch immer den Anwälten des Staatsrechts ihre tüffelnden Sprüche bis zum Ende zu stottern. Dann aber kam Herr Vachem, und mit ihm ward die Leidenschaft zum brausenden Ozean, der mit elementarer Wucht alle Widerstände niederstieß und durch keinen Verneinmeister gebremst werden konnte.

Man muß den Centrumsjuristen Herrn Doktor Vachem kennen, um die wilden Szenen, die an diesem Freitag das Haus erbeben ließen, zu begreifen. Herr Vachem ist ein Fanatiker der Unwahrheit, er ist im Stande, jeden Wahnsinn als feinste Blüte der Vernunft, jede Schamlosigkeit als herrlichsten Edelstein, aber auch jede Rechtlosigkeit als Unbedenklichkeit zu betiteln. Der Mann braucht nicht einmal einen Zed, um jedes Mittel zu heiligen.

Schon zu Beginn der Rede Vachems kam es zu heftigen Zusammenstößen. Der Vizepräsident Graf Stolberg suchte seinerseits auf die Reden fallenden rabulistischen Verbalismen freie Bahn zu schaffen. Das gelang auch für ein Weilchen. Dann aber trieb sein böser Dämon ihn, eine ganz besondere Schamlosigkeit seiner perfiden Phantasie zu entlocken. Indem er über die freisinnige Vereinigung sprach — Herrn Richter hatte er zuvor als einen „alten kühlen besonnenen Parlamentarier“ gekränkt —, versuchte er sie von der gemeinsamen mit der Socialdemokratie behängten Energie in der Bekämpfung des Zolltarifs abzuschneiden, und ersand zu diesem Zweck in geheimnisvoller Andeutung die giftige Verleumdung: „Wenn Sie“ — zu der freisinnigen Vereinigung gewandt — „wählten, wie die Socialdemokraten selber sich über ihr Verhältnis zur freisinnigen Vereinigung äußern, dann —“

Da brach der Sturm los, immer von neuem einsetzend, und jedesmal sich verstärkend. Die Bogen überschlugen sich, aufgereizt, wachsend, steigend, donnernd. Das galt nicht nur dem Vasilio, der dort oben zu reden wagte, das war die befreiende Auslösung, der Katastrophe der Empörung über all den schmählichen Verrat, die täuschenden Brutallitäten der Mehrheit, die zu feige, sich selbst in ihrer Wölfe zu bekennen, noch die Wissenschaft der Rechtslogik verweigert, verhöhrten, um jenes elenden räuberischen erprobten Gewinnes willen, den die Armen an die Besitzenden entrichten sollen. Der Menschensohn ist eine erbärmliche Handlung gegenüber dem Verraten, das die Larve des Rechts sich verbündet.

Die Linke stand im Augenblick unter dem unentzimbaren Zwang, den Verleumder zum Bekenntnis seiner That zu zwingen, ehe man ihn weiter reden ließ. „Heraus mit der Sprache, heraus mit der Sprache! Was haben wir gesagt?“ — so schreit es den Mann in endloser, schwelender Wiederholung an. Die Zwischenrufe gellen durcheinander: „Rüger, Verleumder. Der Redner bewegt die Lippen, er sucht der Verantwortung dieser Sturmfrage zu entzweifeln. Vergebens. Immer aufs Neue stehen die Ankläger wider ihn auf: Velenne, gestehe! Der Vizepräsident Vasing — Graf Ballestrem blieb im zweiten Teil der Sitzung unsichtbar — schwingt unablässig die Glode. Niemand hört auf ihn. Er ruft den Genossen Reichhaus zweimal zur Ordnung. Niemand achtet darauf. Man drängt auf die Tribüne. Die Hände erheben sich drohend. Selbst so ruhige Leute, wie den Prinz Schönau-Carolath und Gothein packt die Erregung und sie herrschen den Advokaten des Centrums an, die Wahrheit seiner Behauptung zu beweisen. Vachem aber versucht weiter zu reden. Seine Worte verwehen wie Nichts in dem zudenden Gewühl. Noch einmal versucht der Vizepräsident die Ruhe herzustellen, die Glode droht zu verspringen. Vergeblich. Da geschieht etwas Unerwartetes, im deutschen Reichstage Unerhörtes, die Worte fallen wie eine Granate in den Sturm. Der Präsident ruft: Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Das Haus bleibt in zitternder Erregung. Es bilden sich lebhaft Gruppen. Man sucht anzuspähen, zu vermitteln. Die Gegner disputieren weiter: Man sieht Kören neben Ehrhardt, Stadthagen gegen Camp. Herr Spahn vom Centrum zieht unsere Genossen Singer ins Gespräch; Vachem und Gröber gesellen sich hinzu. Singer scheint eine entschuldigende Erklärung als Bedingung zu fordern. Man sieht, daß es den Leuten im Centrum nicht wohl ist. Wird Vasilio bekennen?

Mäßig vererbt die Erregung. In vollkommener Stille eröffnet um 7/7 Uhr Herr Vasing die Sitzung wieder. Er thut ein übriges und bedauert sehr herzlich die „wässrigen und tumultuarischen Szenen“, die man ersten und hoffentlich zum letztenmal im Reichstag eine Unterbrechung der Sitzung veranlassen. Er fordert die Socialdemokraten auf, ihre Plätze einzunehmen.

Vachem erhält zur Fortsetzung seiner Rede das Wort. Man wartet von ihm eine Erklärung; kein Laut stört den Anfang. Über Vachem versucht, seine Betrachtungen ruhig fortzusetzen, als sei gar nichts geschehen. Und jetzt peitscht der Ozean noch einmal alle Leidenschaft auf. Vachem kann nicht weiter reden, er muß die Tribüne verlassen; er thut es, indem er in schiedelstem Schmierenspathos deklamiert: „Das also ist die Freiheit (s der Socialdemokratie!“ In Höllengelächter räumt er das Feld. Nur erhält Singer das Wort. Anfangs versucht man rechts

und in der Mitte zu säumen. Aber er erzwingt sich Gehör und würdig erklärt er, daß unsere Partei entschlossen sei, einen solchen Verleumder nicht reden zu lassen.

Vachem versucht eine Antwort. Ihn treibt offenbar eine innere Notwendigkeit, den Schimpf zu gipfeln. Er hätte Singer ja nach der Sitzung unter vier Augen Aufklärung geben können. Aber da man ihn so behandelt habe, verteilte er solche Auskunft.

Wie ein Weitschneid faust Singers Antwort: „Nach den Erfahrungen, die wir mit Herrn Dr. Vachem gemacht, habe ich keine Veranlassung, mit ihm unter vier Augen zu verhandeln.“

Die Mehrheitsparteien schreden zusammen. Der Weitschneid hat sie mitgetroffen.

Herr Lengemann von der Freisinnigen Volkspartei redet dann noch gegen die Zulässigkeit des Antrags Kardorff. Seine Rede bringt Ruhe. Fast friedlich ist es, als das Haus auf konservativ-liberale Anregung dann die Fortführung der Geschäftsordnungs-Debatte auf Sonnabend vertagt. Vorher steht noch die Polen-Interpellation auf der Tagesordnung; da ihre Beantwortung aber von der Regierung vertagt werden soll, wird alsbald die Geschäftsordnungs-Debatte über den Staatsstreich der zwölf Raubzölner von Kardorff bis Wasser mann fortgesetzt werden.

Die sachliche Geschäftsordnungs-Debatte gegen die Zulässigkeit des Antrags Kardorff ergab, daß die Unstürzer auch nicht den mindesten Rechtsgrund anzugeben vermochten. Die Junker machten immer noch eine leidliche Figur, die durch ihren Normann einfach sagen ließen: Gründe haben wir zwar nicht, aber wir machen's. Sie haben wenigstens den Mut ihres Staatsrechts. Dagegen zerrten die Juristen des Centrums und der Nationalliberalen nicht nur die Geschäftsordnung, die Verfassung und den Parlamentarismus, sondern das Recht überhaupt zur bloßen Karze herab; in der Formelsprache der Juristerei wurde der Unstimm zum Rechtsgrund der Gewalt gekrönt. Mühte das Centrum wirklich den Reichsgerichtsrat Spahn vorzuführen, der durch seine wirren Deduktionen nicht nur seine Partei, sondern auch den höchsten deutschen Gerichtshof kompromittierte? Als Herr Wasser mann, fortwährend gehetzt von dem unbarmherzigen Gelächter der Zollopposition, den Bemerk, daß schwarz, weiß sei, herbeiziele, bedauerten wir alle armen Sünder, die diesem Rechtsanwalt in die Hände fallen. Singer brachte ihm höflich sein Parteiblatt, die „National-Zeitung“, und legte es neben ihn nieder; es war sehr lustig, wie Herr Wasser mann sich Mühe gab, die aus den eignen Reihen kommende Panfare der Anklage nicht zu bemerken.

Von unsrer Seite sprachen sehr wirksam Genosse Haase, dem dann Geher folgte. Von der freisinnigen Vereinigung wandten sich Schrader, von der Volkspartei Eugen Richter gegen den ungeheuerlichen Rechtsbruch. Selbst Herr Liebermann von Sonnenberg geisterte in einer merkwürdig verständigen Sprache den Verzweiflungsakt der Mehrheit. Er will eine gründliche Aenderungs, aber keine Verhandlung der Geschäftsordnung.

Die Minister, die sich hinter den Coullissen an dem schmählichen Handel beteiligten, blieben fern. Nur kühnlich erschien einmal Herr Rheinbaben. Um 6 Uhr soll Graf Bülow im Hause gewesen sein. In den Saal wagte er sich nicht.

Die Tribünen waren dicht gefüllt. Draußen aber folgt in ihren Arbeitsstätten das deutsche Proletariat mit gewaltiger Spannung dem Kampf des Rechts gegen die Gewalt. Es weht ein Schicksal...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November.

Die Presse über den Antrag Kardorff.

Die Feder ist bedächtiger als die Zunge. Was Herr Spahn im Reichstag unternahm — das parlamentarische Faustrecht rabulistisch zu „begründen“ — ist nahezu von keinem Blatte bisher gewagt worden. Die meisten Zeitungen der Rechten haben sich darauf beschränkt, über den Antrag Kardorff als eine Thatsache zu berichten und unsere Abgeordneten in großer lächelnder Weise zu beschimpfen. Die scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ begreifen den Verzweiflungsantritt des Herrn v. Kardorff: „Der Antrag bedeutet unzweifelhaft die Erkenntnis, daß der Reichstag sich außer Stande sieht, den umfangreichen Zolltarif in gewöhnlicher Form der Beratung zu Ende zu bringen. Aber der Reichstag würde auch sonst dazu kaum in der Lage gewesen sein, da ein Kampf der Monate hindurch gedauert haben würde, an der Beschlußfähigkeit des Reichstages gescheitert wäre.“

Das ist so ziemlich daselbe, was wir immer behauptet haben, nur daß das Industriellenblatt „ungewöhnliche Form“ nennt, was nackter Rechtsbruch ist. Es hat auch keine Ursache, besonders begeistert zu sein, da die Agrarier den Erpressungsrevolver der industriellen Zollherabsetzungen noch nicht fallen gelassen haben. Die „Kreuz-Zeitung“ leitet aus den Schreibereien des Herrn Richter die Veredlung zu dem Vorgehen der Rechten ab. Der kühne Richter habe ganz Recht gehabt. Durch die „rein mechanische, blödsinnige Obstruktion“ soll die Rechte zu ihrem Entschluß gedrängt worden sein. Von einer rechtlichen Begründung keine Spur! Eherlicher als Herr Spahn erklärt sie: über die Form, in der nach der Absicht der Mehrheit das Zustandekommen des Zolltarifs gesichert werden sollte, ließe sich mancherlei sagen. (s) Unzweifelhaft sei sie „eine ungewöhnliche“ und, wenn zu ihr gegriffen würde, könne das nur durch das Ungewöhnliche der gegenwärtigen Sachlage entschuldigt werden.

Das fromme Centrumsblatt, die „Germania“, schäumt vor Mut, weil der erste Ansturm des parlamentarischen Raubritterturns in der Donnerstagsfrühung mißglückt ist. Sie wirft den socialdemo-

kratischen Abgeordneten „würdeloses Betragen“ vor und erbringt gleichzeitig den Beweis ihrer Würde, indem sie unsere Genossen als „Straßen-Rotwies“ und „Radaubröder“ auspricht. Wie immer, wenn sie außer Rand und Band gerät, offenbart sie ihre schönsten Gefühle. Sie spricht von einer „Judenstule“, von Abgeordneten, die „nach orientalischer Sitte mit der Hand und Fuß“ reden. In einer „Straßenkellerei“ sei es nur deshalb nicht gelungen, „weil die Juden solchen Kraftproben durchaus abgeneigt sind“. Und das sie schon im wissenschaftlich-Christlich-socialen Jahrbuch ist, erzählt sie ihren Lesern, der Abgeordnete Ulrich sei betrunken getreten.

Lesen Sie nicht die schöne Wiener Geschichte von den Prostituierten, die für die Socialdemokraten Stimmenfang treiben, für reichsdeutsche Verhältnisse adoptieren?

Das blödsinnige Geschimpf über die schlechten Manieren der Socialdemokraten wiederholt sich in allen Blättern der Rechten und pflanzt sich bis in die lächerliche bürgerliche Presse fort. Viele von ihnen schwärmen in ähnlichen Begeisterungsausbrüchen wie die „Germania“ für Höflichkeit und gute Sitten. Sie können es alle nicht vertragen, daß man die glatten Ehrenmänner des Verfassungsbuchs als das bezeichnet was sie sind. „Was ist doch,“ denken sie mit dem edlen Akraxat, „die deutsche Sprak für eine arme Sprak, eine plumpe Sprak“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ allein unternimmt einen Versuch, den Antrag Kardorff zu begründen. So eilig haben es die Herren Bündler mit der Annahme eines Zolltarifs, der — sie haben es hundertmal gesagt — den „Ruin für die Landwirtschaft“ bedeutet, der „mit allen Mitteln verhindert werden“ muß, daß sie jetzt ihm zuliebe ihren Verstand prostituierten. Die Enbloc-Akademie des Tarifs soll darum möglich sein, weil sie in der Geschäftsordnung nicht ausdrücklich verboten ist. Und was nicht in der Geschäftsordnung verboten sei, sei erlaubt. Auf diese Weise kann also auch die Anwendung der Prügelsstrafe, Herrn Deriels Ideal, gegen die Abgeordneten der Minorität beschlossen werden. Denn auch das ist durch die Geschäftsordnung nicht ausdrücklich verboten!

Die nationalliberale „National-Zeitung“ nennt den Antrag Kardorff einen parlamentarischen Staatsstreich. Versuch und ließ ihren Abgeordneten folgendermaßen den Zed:

Mit dem tiefsten Bedauern, ja, wir müssen es aussprechen, mit Empörung erblicken wir unter diesem Antrage die Namen der Hgg. Wasser mann, Sauter und Vasilio. ... Daß Mitglieder der nationalliberalen Partei zu diesem Versuch des parlamentarischen Staatsstreichs Hilfe leisten würden, das hätten wir nimmermehr geglaubt. Herr Wasser mann hat in Wienach erklärt, die Mehrheit des jetzigen Reichstages sei „reaktionär bis auf die Knochen“ — und er hilft dieser Mehrheit bei der Verewaltung der parlamentarischen Beratung?! Diese Herren veranstalten Gedenkfeste für Vermögenden und unterzeichnen den Aufruf zu einem Denkmal für ihn — und sie geben die erste Voraussetzung des Konstitutionalismus preis, dessen Befestigung in deutschen Nationalstaat der Inhalt von Vermögenden politischem Leben war?!

Was hilft die Entrüstung? Das Geschäft will gemacht sein! —

Die Krupp-Demokratie.

Das gerade die liberale Presse in dem Fall Krupp eine beispiellos schäbige Haltung einnehmen würde, war ja vorauszusetzen, daß aber auch ein „demokratisches“ Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung“, in diese eckhafte verleumderische Hege mit vollen Waden einzuweichen werde, hätten selbst wir, die wir von den Frankfurter Reichdemokraten wahrhaftig keine hohe Meinung haben, nicht erwartet. Die Art aber, wie die „Frankfurter Zeitung“ sich zum Verleumder erbarmlos, aus offensichtlich zweifelhaftester Quelle stammender camorristischer Wäschzettel hergibt, und wie sie selbst inkonsequent künftige Verleumdungen gegen den „Vorwärts“ speit, fordert die künftige Brandmarlung heraus.

Die „Frankfurter Zeitung“ entbietet sich nicht nur, dem „Vorwärts“ vorzuwerfen, den Artikel „Krupp auf Capri“ aus persönlicher Gehässigkeit gegen Krupp veröffentlicht zu haben, sondern geht in ihrer Schamlosigkeit so weit, die ganze publizistische Ehre des „Vorwärts“ anzutasten. Denn nichts anderes enthält die Behauptung, der „Vorwärts“ habe sich „noch immer mit seinem Beweismaterial gedrückt“, ohne aber etwas davon bekannt zu geben.“ Das heißt nichts anderes, als den „Vorwärts“ dreister Standaßucht zeihen! Und das zu einer Zeit, wo die socialdemokratische Presse noch die einzige Justizbehörde der gehängten, erbarmungslos verfolgten Wahrheit bildet, wo — Chinaprozess — die Gerichte es aus formalen Gründen ablehnen, den angeblichen Wahrheitsbeweis führen zu lassen, wo eine ganze Anzahl von „Vorwärts“-Redakteuren mit jahrelangen Gefängnisstrafen den Idealismus läßen müssen, zur Wahrung der Kultur und der nationalen Ehre rücksichtslos ihre persönliche Freiheit in die Schanze zu schlagen! Ein menschenlicherer Streik gegen die einzigen Hüter der politischen Wahrheit und echter demokratischer Tradition ist schwerlich von einem „demokratischen“ Blatte jemals begangen worden.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ die freche Lage zu eigen macht, der Krupp-Verleumder des „Vorwärts“ sei „persönlicher Gehässigkeit“ entsprungen! Für diese Behauptung wird die „Frankfurter Zeitung“ auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen können, und wenn sie die Spalten des „Vorwärts“ auch noch so eifrig durchwürlert. Gerade weil die Socialdemokratie wußte, wie wenig der Verstorbenen sich um seinen Verleumder kümmerte, ist es ihr niemals eingefallen, Herrn Krupp selbst für das in der Firma Krupp herrschende System verantwortlich zu machen. Die Person Krupps war der Socialdemokratie stets ungenein gleichgültig, ihr Kampf gegen den Kruppischen Fabrik-, Feudalismus und Panzerplatten-Patriotismus richtete

sich jederzeit nur gegen das durch die Person Krupp nun einmal vertörpelt kapitalistische System. Wiederholt ist gerade im „Vorwärts“ die Ansicht geäußert worden, daß Krupp selbst von dem Treiben seiner Leute keine Kenntnis habe, da ihm eine Billigung dieses Treibens nicht zuzutrauen sei. Nur ein Blatt, das wie die „Frankfurter Zeitung“ selbst aus dem innersten persönlichen Motiven die Sache, die es angeblich berichtet, schamlos verrät, vermag den lächerlichen Verdacht auszusprechen, daß das Vorgehen des „Vorwärts“ von den gleichen schloßlichen Motiven diktiert gewesen sei!

Wie sehr sich das edle Demokratienblatt in die gemeine Denkwelt der kapitalistisch ausgehaltenen Scharfmacherpresse eingelebt hat, beweist die denunziatorische Unterstellung, der „Vorwärts“ habe seinen persönlichen Feldzug gegen Krupp nur mit perfider Arglist in einen Appell auf Abschaffung des § 175 des Strafgesetzbuchs eingeleitet, da die „ganze Tonart nicht gerade den Eindruck der Aufrichtigkeit machen konnte.“ Das schreibt kein Detektiv, das sagt das demokratische Blatt des Herrn Loh Sonnemann!

Was läßt sich freilich auch von einem Blatt andres erwarten, das Leuten unter einer täuschenden Deck-Schiff-Unterstützung in seinen Spalten gewährt, die eine Erdrosselung der Pressefreiheit feiern, wie sie nicht einmal in Rußland gebräuchlich ist. Der samose p.-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hat seine von uns gestern niedriger gehängten Ansichten über eine camoristisch-ideale Prezensüberdrückung nämlich nicht allein dem Frankfurter Demokratienblatt anvertraut, sondern gleichzeitig auch der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“, wonach anzunehmen ist, daß die „Frankfurter Zeitung“ nächstens in Verfolgung ihres Verleumdungsfeldzugs gegen den „Vorwärts“ die Ergüsse Victor Schweinburgs als demokratische Herzensergießungen ihren Lesern servieren wird.

Verschiedene italienische Blätter bringen die Nachricht, „der wahre Schuldige“ sei der deutsche Maler Albers, der in Capri eine fürstliche Villa besitze, die gleich neben Krupps Villa gelegen ist. Gegen diesen Künstler sei ein Haftbefehl erlassen worden, dem er sich durch Flucht entzogen habe. Zur Sittengeschichte der Insel Capri wird damit ein dankenswerter Beitrag geliefert, es wird aber damit nicht bewiesen, was offenbar bewiesen werden soll, daß nämlich Krupp mit dem entflohenen Künstler verwechselt worden sei. Wir haben niemals behauptet, daß Krupp Handlungen begangen hätte, die unter das italienische Strafgesetz fielen. — Dem Mailänder „Secolo“ telegraphiert sein Korrespondent aus Neapel, die Behauptung des Kruppischen Justitiars, die Gerichte über Krupp seien erst im Wahlkampfe von Capri ausgeht worden, sei unrichtig. Das Material sei ihm schon lange vor Beginn dieser politischen Kämpfe bekannt gewesen.

Deutsches Reich.

Wilhelm II. gegen den „Vorwärts“. Der „Reichs-Anzeiger“ führt sich nun endlich doch demüßigt, Wilhelm II. Rede gegen den „Vorwärts“ — natürlich im nichtamtlichen Teil — unter ausdrücklicher Berufung auf das Wolff-Bureau abgedruckt. —

Vom Legendenhaften des Centrums. Die Tinnultscene, welche das unerhörte Auftreten des Abg. W a c h e m in der gestrigen Sitzung des Reichstags provozierte, veranlaßt uns, eine kleine Repertoireliste derjenigen Unwahrheiten aufzustellen, die gerade dieser Abgeordnete aus Anlaß der Tarifberatung von der Tribüne des Reichstages aus verbreitete:

Erstens: Am 28. April 1903 behauptete der Abgeordnete Bachem der Wahrheit zuwider, die Socialdemokraten hätten in der Kommission in Bezug auf Diäten für die Kommissionsmitglieder erklärt: „Wir stimmen dem Entschädigungsgebühren zu.“ Sofort wurde ihm entgegnet, seine Behauptung sei unwahr, es sei in der Kommission von socialdemokratischer Seite über die Entschädigungsfrage nur gesagt worden:

„Wir werden in jedem Fall weiter tagen, gleichviel ob Diäten gezahlt werden oder nicht.“ Der Abgeordnete Bachem nahm trotzdem seine unwahre Behauptung nicht zurück. In der nächsten Sitzung der Kommission wurde festgestellt, unter anderem auch von den Abgeordneten Graf von R a n i y und dem Vorsitzenden Reichl konstatiert, daß die Socialdemokratie lediglich erklärt hatten, sie würden, gleichviel ob Diäten gezahlt würden oder nicht, weiter tagen.“ Auch nun revocierte Herr Bachem nicht. Vielmehr erfuhr in der „Niederrheinischen Volkszeitung“, wie in seinem Mißverständnis die Bachem'sche Legende dahin erweitert: Stadthagen habe sogar die Diätenfrage angeregt, die Centrumsmitglieder seien dieser Anregung nur gewillt. In der Sitzung des Reichstags vom 2. Mai 1903 kam die Angelegenheit von neuem im Plenum zur Sprache; es wurde allgemein festgestellt, daß die Herren Camp und Spahn die Diätenfrage angeregt und die Socialdemokraten lediglich erklärt hätten, sie würden weiter tagen, gleichviel ob Diäten gezahlt werden oder nicht. Dr. Bachem nahm seine Legende trotzdem nicht zurück.

Zweitens: Am 15. Oktober 1903 behauptete der Abgeordnete Dr. Bachem im Plenum des Reichstags der Wahrheit zuwider zunächst, die Socialdemokraten hätten in der Kommission Zollfreiheit für Hummern, Austern und Kaviar beantragt. Als ihm die Unwahrheit seines Märchens allgemein nachgewiesen war, revidierte er seine Fabeln dahin um: die Socialdemokraten hätten allerdings bei den erwähnten Positionen solche Anträge nicht gestellt, aber Zollfreiheit besprochen. Abermals wurde ihm nachgewiesen, daß auch diese Behauptung das Gegenteil der Wahrheit enthalte, da ja die Socialdemokraten bei den erwähnten Positionen für höhere Zollsätze als die Regierungsvorlage enthielt, gestimmt hatten. Als Abg. Bachem trotzdem seine wahrheitswidrige Darstellung aufrecht erhielt, wurde ihm bedeutet, daß man es aufgebe, ihn eines Besseren zu belehren, da er offenbar an einer krankhaften Reigung, bei Unwahrheiten zu beharren, leide.

Durch den vom Abgeordneten Bachem lebhaft unterstützten Antrag v. Kardorff soll offenbar unter anderem verhindert werden, diese und ähnliche Legenden, die sicherlich der Abgeordnete Bachem, wie sein gestriges Auftreten zeigt, auf Lager arbeitet, als große Unwahrheiten öffentlich zu brandmarken.

Dr. Bachem scheint also speziell zum Vorträger seiner Partei für alle die Fälle bestimmt zu sein, in denen es sich um die Verbreitung gräßlicher Unwahrheiten und leichtfertiger Verdächtigungen handelt. Weitere Parteigenossen dieses Priesters der Unwahrheit hält dem doch ihr Gedulden an Leute wie Rajunko und Windigorst von solchem Kampfe mit vergifteten Waffen zurück. Ueber den Abg. Dr. Bachem ist gestern im Reichstage das Urteil gesprochen worden. Mögen es die Wähler seines bisherigen Wahlkreises auch zu vollziehen wissen! —

Eine Krupp'sche Biermilch-Stiftung.

Die Witwe Krupps hat einer letztwilligen Bestimmung ihres Gatten entsprechend ein Kapital in der Höhe von drei Millionen Mark zur Verfügung für die der Fürsorge für dienstunfähige Beamte und Arbeiter gewidmeten Einrichtungen der Werke“ gestellt. Ferner hat sie der Stadt Essen eine Million Mark für gemeinnützige Zwecke gestiftet.

Die bürgerliche Presse wird nicht verschmähen, auch von diesen Stiftungen ein großes Geschrei zu machen und die Arbeiterfürsorge der Firma Krupp in neuen Dithramben zu verherrlichen. Es dürfte deshalb angebracht sein, ohne die guten Absichten des Testators verkümmern zu wollen, die Bedeutung dieser Zuwendungen auf das rechte Maß zurückzuführen.

Den Wohlthätigkeitsfonds der Firma Krupp sind 3 Millionen Mark zugeführt worden. Da die Firma ca. 43 000 Arbeiter beschäftigt, so entfällt von dieser Stiftung auf den Kopf des Arbeiters der Betrag von ca. 70, siebzig Mark. Da die Firma Krupp nun in den letzten Jahren einen Reingewinn von je 25 Millionen erzielt, beträgt der Mehrertrag, den die Firma Krupp jährlich aus jedem ihrer Arbeiter gewährt, ca. 581 M. Durch die Dreimillionenstiftung wurde aber jedem Arbeiter ein mehr als achtmal geringerer Betrag zurückerstattet, als ihm im Laufe eines Jahres die Firma Krupp aus seiner Arbeitskraft herauszahlt. So stattlich sich aber auch die Summe dem naiven Leser darstellt, so geringfügig wird sie bei näherer Betrachtung.

Hinzu kommt, daß der Betrag für absehbare Zeit hinaus überhaupt nicht den Arbeitern zu gute kommen wird. Haben doch die von uns eingehend kritisierten Wohlfahrtsklassen bereits so bedeutende Fonds angeammelt, daß bei weitem nicht einmal die von den Arbeitern selbst beigetragenen Summen aufgebraucht worden sind. Beläuft sich doch allein der Fonds der Wohlfahrts-Pensionskasse auf mehr als 10 Millionen Mark. Erst wenn diese von den Arbeitern zum wesentlichen Teil selbst durch grenzenlosen Lohnabzug aufgebracht Summen verbraucht wären, würde die Dreimillionen-Stiftung in Angriff genommen werden müssen. Diesen Zeitpunkt wird aber — da ja jährlich mehr Gelder aus Arbeiterbeiträgen dem Pensionsfonds zufließen, als aufgebraucht werden — von der jetzt lebenden Generation der Krupp'schen Arbeiter kein einziger mehr erleben! —

Wilhelm II. in der Gölzinger Ruhmeshalle. Mit frohen Feiten ist am Freitag die Einweihung einer Ruhmeshalle in Gölzig begangen worden. Der Kaiser hat daran teilgenommen und des Oberbürgermeisters Büchtemann unterthänigste Ansprache nach der Scherzpresse wie folgt beantwortet:

Ich danke dem Komitee für die Einladung. Neben den Verdiensten der beiden heimgegangenen Kaiser um die Einigkeit Deutschlands war es die gemeinsame Arbeit des Volkes, die uns so stark gemacht hat. Neuerdings scheint sich ein Teil von dieser Arbeit auszuschließen. Es muß mit dem kategorischen Imperativ sich der einzelnen dem Ganzen unterordnen. Jeder, der die Ruhmeshalle betritt, wird sich bemühen müssen, daß auch er mitzuarbeiten habe. Ich wünsche Freiheit in der Fortentwicklung der Religion, Freiheit im Denken und Freiheit für die Wissenschaft. Ich trinke auf das Wohl der Oberlausitz.

Der Teil des deutschen Volkes, der sich von jener Arbeit, die uns stark gemacht hat, neuerdings auszuschließen scheint, wird näher nicht bezeichnet. Dem arbeitenden Volke verdammt das Deutsche Reich all seine Stärke. Dem kategorischen Imperativ der Solidarität, der Arbeit, die uns stark macht, haben sich die Arbeiter mit bewundernswerter Hingebung unterworfen. —

Denkmalsfreudigkeit. Aus Anlaß des Kaiserbesuches in Gölzig ist daselbst ein eigenartiger Gedenkstein mit frischem Zinnen grün geschmückt worden. Der Stein steht in der Gölzinger Heide unweit Kauscha und trägt folgende Inschrift: „Wilhelm, Prinz von Preußen, schloß hier am 23. April 1879 seinen ersten Auerhahn.“

Die Stunde des interessanten Ereignisses ist nicht angegeben. —

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag B a r m a n n und Genossen eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Für den Fall der Annahme des Antrages v. Kardorff und Genossen (Nr. 775 der Drucksachen) den Satz 2 zu fassen wie folgt:

„Jedoch werden in Abweichung von diesen Beschlüssen a) die Zollsätze der Nr. 7 Reis und Darr auf 1,60 M., der Nr. 11 und 12 Speisebohnen, Erbsen, Rinsen, Futterbohnen, Lupinen, Biden auf 1,50 M., der Nr. 30 Hopfen auf 14 M., 47 Getreidetes Obst auf 4 M., 60 Kaffee auf 20 bzw. 25 M., 132 Butter auf 16 M., 133 Käse auf 20 M., 134 Eier auf 2 M., 784 Rohluppen auf 50 Pf., 785 Werkzeugtafel auf 50 Pf., 3 M. und 1,50 M. festgesetzt.“

b) die in Nr. 18 Kleesaat, 19 Grassaat, 23 Kartoffeln, 27 Grünfutter, 33 Nüchengehälften, 37 Lebende Pflanzen, 46 Frisches Obst, 91 Gerbrinden, 92 Quebracho, 93 Galläpfel, 106 Zedernholz, 114 Heringe, 381 Gerbstoff-Auszüge, 658 Goldschiff, 654 Pappen, 658 Strohpapier, 657 Fadpapier, 658 Druckpapier, 682 Steine, 682a Plastersteine, 713 Hohlsteine, 714 Hintermauerungssteine, Verblendsteine, 777 Rohhefen, aufgeführten Gegenstände zollfrei gelassen.

Ein ewiger Russeier.

Vor dem Kriegsgericht der 33. Division in Röh kam ein eigenartiger Fall zur Verhandlung, welcher geeignet ist, das allgemeine Interesse für sich in Anspruch zu nehmen. Obwohl der Fall im Laufe der Verhandlung verjagt werden mußte und erst am 2. Dezember wieder zur Verhandlung kommt, sind doch die Absichten der Anklage, wie sie in der Sitzung geäußert wurden, so schwer ins Gewicht fallend, daß man auf den Ausgang gespannt sein darf und bereits jetzt die Aufmerksamkeit auf den Fall lenken darf. Der in der Verhandlung dargelegte Sachverhalt war folgender: Der Russeier Bachmann vom 98. Infanterie-Regiment ist am 17. April 1888 desertiert. Das geschah also vor 14 Jahren. Es ist notwendig, daß man sich diese Zahl vor Augen hält. Er fuhr in Uniform nach Luxemburg und fand in Esch Arbeit. Dort lernte er ein belgisches Mädchen kennen, heiratete sie, zog mit ihr nach Frankreich und schlug in Curique seinen Wohnsitz auf. In dem dortigen großen Stahlwerke arbeitete er seit jener Zeit, war ein guter Ehemann und Familienvater. Der Ehe entsprangen mittlerweile sieben Kinder. Da kommt dem Bachmann die Idee, seinen Bruder in Röh zu besuchen. Er dachte nicht mehr im entferntesten daran, daß man ihn nach einer solchen langen Zeit noch in Deutschland als Deserteur behandeln könne. Durch einen Zufall macht er sich verdächtig und wird vom Gendarm verhaftet. Als ihn dieser auffordert, mitzugehen, sagt der Angeklagte, ein baumlanges Riese: „Erst will ich mal ein Glas Bier trinken, ich habe Durst!“ Diese kleine Extravaganz will natürlich der Gendarm nicht ausgeben; der Verhaftete weigert und widersteht sich. Der Gendarm zieht das Seitengewehr, um auf ihn einzuhauen, bemerkt sich dann plötzlich und will dem Verhafteten die Handfesseln anlegen. Dagegen wehrt sich derselbe, und der Gendarm schlägt ihm aus Horn, wie er selbst angiebt, die Fesseln ins Gesicht und ruft andre zu Hilfe, die ihm helfen, den Arrestanten zu bändigen. Nach Lage der Sache hat sich nun Bachmann nicht nur der Fahnenflucht, sondern noch viel schwererer Verbrechen schuldig gemacht. Für die Anklage ist er immer noch der „Russeier“ — Bachmann, der Deserteur; und der Gendarm ist nicht allein ein Funktionär der Staatsgewalt, sondern auch „Vorgesetzter“ des Soldaten. In seinem Verhalten finden sich die Kriterien des Widerstandes gegen einen Vorgesetzten, Gehorsamsverweigerung gegen einen Befehl in Dienstsachen, Tätungsverletzung und so weiter. Bachmann will den Gendarm nicht als Vorgesetzten angesehen haben und sich selbst auch nicht als Soldaten betrachtet. Er will auch erst Widerstand geleistet haben, nachdem ihm ein Zivilist auf den Kopf und der Gendarm ins Gesicht schlug. Bei den schwerwiegenden militärischen Verbrechen hielt das Kriegsgericht das alleinige Zeugnis des Gendarmen zur Klarstellung der Sachlage nicht für genügend und will erst noch andre Zeugen über die Vorgänge bei der Verhaftung vernehmen. —

Soldaten gegen die Arbeiterbewegung. Die Stadtverwaltung von Kattowitz, die z. B. ihren Jahresbericht für das Jahr 1901 F Druck gegeben hat, vertritt in diesem die Ansicht, daß die Macht der Polizei nicht mehr genügen wird, die gewerkschaftliche und die politische Bewegung, die sehr bedeutend anwächst, im Zaume zu halten; es sei nötig, daß Militär in den Industriebezirk gebracht

würde. Die Polizeivermehrung, die in allen Verfassungen des Industriebezirks durchgeführt worden sei mit Rücksicht auf die wachsende Arbeiterbewegung, habe nichts genutzt.

Wenn man glaubt hat, daß die Arbeiterbewegung durch Vermehrung der Polizei unterdrückt werden könnte, so war das ebenso thöricht wie der Glaube, die Soldaten könnten vollbringen, was der Polizei nicht gelungen ist. —

Zum Kreuzzug gegen Venezuela. Ein Blatt behauptet, daß von einer Entsendung der drei Kreuzer „Niobe“, „Atadna“ und „Amazone“ gegen Venezuela an maßgebender amtlicher Stelle nichts bekannt sei. Sollte die doch in Mexicofingen gut informierte „Nieler Zeitung“ falsch unterrichtet worden sein?

Das Vorgehen gegen Venezuela selbst wird nicht in Abrede gestellt. Die deutschen in mittelamerikanischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe sollen sich gegen Venezuela vereinigen, nämlich „Niobe“, „Gazelle“, „Jalle“, „Panther“, „Stoß“ und „Charlotte“. Diese Kriegsschiffe haben eine Wasserdrückung von 17 000 Tonnen, eine Besatzung von 44 Schnellfeuerkanonen, 34 gewöhnlichen Geschützen und 57 Maschinengeschützen und Maschinengewehren sowie eine Besatzung von über 1900 Mann. Also eine mehr als ausserordentliche Exekutions-Flotte. —

Verherrlichung des politischen Mordmordes. Ein erzreaktionäres saßliches Amtsblatt, der „Boigt. Anzeiger“, veröffentlichte folgende indirekte Anmütigung zum politischen Mordmord:

„Den Schwäger Chamberlain, der sich von seinen Birminghamer Schraubenarbeitern als Halbott feiern ließ, hat der Kaiser bei seinem Besichtigungsbesuch nicht reden hören, was für den eifrigsten Kolonialminister gewiß recht schmerzhaft ist. Gespannt darf man darauf sein, was Chamberlain als Ausbeute seines spezialreichen Ausfluges in das Land, das er verlobt und dessen Bewohner er ermordet hat, mit heimbringt. Sollte es eine blaue Bohne sein, die sich von der Hand irgend eines erbitterten Boerenstreiters zufällig zum englischen Minister verirrt, darf man sich nicht wundern. Denn Chamberlain ist wirklich eine Gottesgeißel für die Boeren gewesen.“

Dasselbe Blättchen, das hier im voraus die Ermordung des englischen Kolonialministers für einen durchaus verständlichen Racheakt erklärt, gehört zu der Meute jener hiffigen Kläffer, die sofort die Socialdemokratie für Attentate verantwortlich erklärt, die irgend ein Epistel oder ein Desperado gegen ein getrübes Haupt verübt. —

Mandatniederlegung. Der zum Kammergerichtsrat ernannte bisherige Amtsgerichtsrat Menge (freikonservativ) zu Verum in Ostfriesland hat sein Mandat zum Hause der Abgeordneten für den Wahlkreis Emden-Norden niedergelegt. —

Zu dem Artikel „Die unglückliche Hand des Fiskus“ in der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 11. d. M. erlauben wir mit Bezugnahme auf § 11 des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 um Veröffentlichung folgender Berichtigung:

Beim eisenbahnseitigen Erwerb des Grundstücks von Dr. Böttlich in Hagen, dem Sohne eines uns unterstellten, daselbst wohnenden Betriebskontrollieurs — nicht des Vorherrers der Eisenbahn-Betriebsinspektion Magdeburg —, zum Preise von 13 000 — nicht 44 000 — Mark, war uns der von diesem für das Grundstück — nicht Haus — bezahlte Erwerbspreis einschließlich Kosten von rund 10 000 — nicht 17 000 — Mark bekannt. Dr. Böttlich hatte das Grundstück behufs Erbauung eines eignen besseren Wohnhauses mit Nebengebäude für Stallung erworben und bereits anschaufeln lassen sowie die Ausführung des Neubaus nachweislich schon begonnen, in Angriff nehmen lassen. Nachdem dies hier bekannt wurde, hat der Fiskus das zum demnachstigen Bahnhofsneubau erforderliche, dem Enteignungszwange aber noch nicht unterliegende Grundstück unter Jubilation einer nach Lage der Sache gebotenen Entschädigung des Verkäufers für die ihm bereits entstandenen Ausgaben und aus der Einstellung des Baues erwachsenden Nachteile vorzüglich freihändig erworben, um die Bebauung zu verhindern und sich so gegen spätere erhebliche Mehrausgaben beim Erwerb des fertigen Grundstückes zu schützen. Das verwandtschaftliche Verhältnis des Verkäufers zu einem uns unterstellten Beamten ist auf das Zustandekommen des Kaufes ohne Einfluß gewesen.

Eberfeld, den 26. November 1902.

Königliche Eisenbahndirektion.

Ausland.

Liberalismus und Socialdemokratie in Kopenhagen.

Seitdem die dänischen Liberalen Regierungspartei geworden sind und anfangen, die Hauptforderungen ihres alten demokratischen Programms schändlich zu verleugnen, erscheinen in der bürgerlichen Presse Deutschlands, namentlich auch im „Berliner Tageblatt“, ab und zu Korrespondenzen, worin ihnen eitel Lob gesendet wird, unsere dänischen Parteigenossen aber als die bösen Buben hingestellt werden, die all das Gute, das jene schaffen, nicht anerkennen wollen und in den Schmutz ziehen. Offenbar sind aber noch nicht alle Mitglieder jener Partei, die drei Jahrzehnte in scharfer Opposition gegen Regierung und König gekämpft hat, für jenes Lob reif. Das zeigte sich deutlich in der am 25. November abgehaltenen Generalversammlung der Kopenhagener liberalen Wählervereinigung. Hier wurde mit allen gegen eine Stimme ein Beschluß gefaßt, worin zwar dem Ministerwechsel Anerkennung gezollt wird, zugleich aber auch ausgesprochen wird, daß die Vereinigung den Traditionen der Partei entsprechend arbeiten soll für: Durchführung des allgemeinen Wahlrechts in Staat und Kommune; Dänemarks Neutralisierung; Gerabehaltung der Militärausgaben und Niederlegung der Landbesetzung Kopenhagens; gerechte Verteilung der Steuerlasten, Vermögens- und Einkommenssteuer mit wirksam steigender Stala und Erhöhung der Erbschaftsteuer; soziale Reform-Gesetzgebung; Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung. Bekanntlich läßt es die neue Regierung und der ihr unbedingt ergebene Teil der liberalen Partei in allen diesen Punkten, wo sie nicht direkt dagegen arbeiten, an dem nötigen Eifer fehlen. Ihr Verhalten wurde übrigens in der Generalversammlung auch unsonst kritisiert. „Wir haben immer gegen Kanonen und gegen Prinzessinnen-Bewilligungen gestimmt. Warum sollen wir nun anders handeln? Sind die Prinzessinnen besser geworden, die Kanonen weniger gefährlich?“ — Sehr klar trat der Zwiespalt in der liberalen Partei auch bei der Debatte über das Wahlrecht mit der Socialdemokratie hervor. „Wir können nicht mehr mit den Socialdemokraten zusammengehen“, meinte ein sehr Gemäßigter Liberaler, „dazu salsen sie uns zu viel aus. Wir haben Georg Brandes auf unserer Seite.“ (Zwischenruf: „Das ist nicht wahr!“) „Ja doch, in Sorö fällt St. Georg (Brandes) den socialdemokratischen Drahten!“ — (Der war übrigens nicht so schlimm. Der berühmte Schriftsteller hat sich dort gerade für die Allianz mit der Socialdemokratie ausgesprochen und sie keineswegs totgeschlagen.) Die Generalversammlung aber beschloß mit großer Majorität, den Vorstand anzuweisen, bei kommenden Wahlen mit der socialdemokratischen Partei und andern demokratischen Parteien jenes Durchführungsprogramm zusammenzuwirken. — Nicht minder klar trat der radikale Charakter der Majorität bei den Vorstandswahlen hervor. Der bisherige Vorsitzende der liberalen Wählervereinigung hatte vor kurzem eine ganz geheime Zusammenkunft veranstaltet, um eine bürgerliche Allianz gegen die Socialdemokratie zu gründen, hatte aber kein Wort damit; was dort geschehen war, stand andern Tages in „Social-

demokraten". Die Generalversammlung aber wählte diesen gemäßigten Mann nicht wieder, sondern statt seiner den mehr radikalsten von den Vorstehern zum Vorsitzenden.

Diese Vorgänge zeigen, daß der demokratische Kern in der bürgerlichen Linken Dänemarks noch nicht ganz verrottet ist, und daß dort immer noch Leute vorhanden sind, die bis jetzt wenigstens noch nicht als brave Gefinnungsgenossen unserer deutschen Liberalen und Freisinnshelden gelten können, was selbstverständlich die naturnotwendige Scheidung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse nicht aufhalten kann. —

Schweiz.

Die militärische Klassenjustiz in Genf.

Das Kriegsgericht hat am Freitagvormittag seine letzte Sitzung gehalten. Sämtliche 27 wegen Dienstverweigerung Angeklagten sind verurteilt worden. Die Strafen schwanken zwischen zwei Tagen und vier Monaten Gefängnis. Diese höchste Strafe trifft den Arbeitersekretär Sigg, der schon einmal des gleichen Vergehens angeklagt war.

Ueber Einzelheiten der Sitzung berichtet die „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. November:

In der heutigen Vormittagsitzung des Kriegsgerichts wurden zwei „Fälle“ verhandelt, derjenige des Justiziers Blanchard, Charles (Uhrenarbeiter) und des Justiziers Fleury, Charles (Schiffseher). Die Anklage ist die gleiche, wie bei den früheren Angeklagten. Interessant gestaltete sich die kurze persönliche Befragung Fleury's durch den Präsidenten des Kriegsgerichts.

Der Vorsitzende fragt, aus welchem Grunde Fleury dem Aufgebot nicht Folge leistete.

Angell.: Ich wollte nicht!

Vors.: Warum nicht?

Angell.: Weil ich selbst fireiste und nicht dem Militär gegen meine Arbeitsbrüder folgen wollte.

Vors.: Wer sagt Ihnen, daß das Militär gegen die Streitenden angeboten worden sei?

Angell.: Ich sah es selbst, daß die Soldaten auf die Streitenden einhieben!

Vors.: Sind Sie nicht der Ansicht, daß die Ordnung durch das Militär wieder hergestellt werden mußte?

Angell.: Durchaus nicht. Es war ja überhaupt keine Unordnung.

Das Gericht verurteilt Blanchard zu zwei Monaten Gefängnis und einjähriger Einstellung in Arbeitsbüreau, Fleury zu derselben Strafe.

Die Nachmittagsitzung wird zum größten Teile ausgefüllt durch die Verhandlungen gegen einen Angeklagten, der den militärischen Rang eines Korporals bekleidet. Der Name des Angeklagten ist Rigoli, Alfred (Mechaniker). Rigoli war Tramangestellter und nahm als solcher am Streik teil. Auf die Frage, ob er nicht die Ueberzeugung habe, durch sein Nichterhalten ein Unrecht begangen zu haben, antwortet er klar und würdig:

„Gewiß, diese Ueberzeugung hatte ich schon in dem Augenblick, da ich mich entschloß, dem Aufgebot keine Folge zu leisten. Aber ich hatte andererseits auch die Ueberzeugung, und die war noch stärker, daß ich meinen Mitarbeitern und Freunden, die beim Streik mit mir gemeinsame Interessen verfolgten, ein noch größeres Unrecht zufügen würde, wenn ich gegen sie die Waffen ergreifen würde. Wenn es gälte, gegen einen von außen eindringenden Feind ins Feld zu ziehen, so wäre ich der erste einer; gegen meine Mitbürger und meine Brüder zu marschieren, ist mir nach meinem Gewissen unmöglich.“

Belgien.

Das belgische Volk und König Leopold. Aus Brüssel vom 27. d. M. wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Charakteristisch für die Gefinnungen der hiesigen Bürgerschaft ist eine Scene, die das „Scala-Theater“ ihrer Jahresrevue „Jovot“ beigefügt hat. Auf der Bühne erscheint plötzlich eine hohe Gestalt mit wohlgelegtem Gesicht, langem grauem Bart, Ronocle, die sich hinlend vom Plafond bewegt, und die jedermann sofort für Leopold II. halten muß. Kaum aber hat das Publikum den König erkannt, als aus dem Saale heraus ein Polizeikommissar — natürlich auch ein Schauspieler — den Unfug verbietet. Seine Majestät nimmt sofort Bart und Perrücke ab, und darunter erscheint das berbe Gesicht des beliebten Komikers Crommehnd. Dieser erklärt dem Polizeiführer, daß Belgien ein freies Land sei, wo man das Recht habe, die höchsten Personen sowohl zu kritisieren wie zu loben. Der Polizeiführer hat ein Einsehen und erlaubt dem Schauspieler ein Couplet zu singen, in welchem der König zuerst wegen seiner unväterlichen Haltung gegen die Prinzessin Stephanie scharf getadelt und hernach zu seiner Errettung vor dem Revolver Rubinus beglückwünscht wird. Das Publikum schreit: „Es lebe die Prinzessin Stephanie!“ und wohl auch: „Es lebe der König!“ und die Vorstellung nimmt unter allgemeiner Zufriedenheit ihren Fortgang. Das unlangst in Lüttich in der „Flora“ aufgeführte Stück „Les Idiots“, das das Privatleben Leopolds II. in höchst respektloser und pikantes Weise auf die Bühne zog, ist nicht verboten worden. Nur wurde den Direktoren des Theaters, die Ausländer sind, die Ausweisung angedroht. Diese Angelegenheit wird in Form einer sozialistischen Interpellation in der Kammer zur Sprache kommen.

Man sieht, wie wenig tragisch das belgische Volk selbst das Attentat auf seinen Leopold angesehen hat, trotz allem Geschrei der schamacherischen Liberalen Presse. Die Vorgänge beweisen auch, wie frei man in Belgien selbst den König kritisieren darf. Es blieb bekanntlich einem deutschen Gericht vorbehalten, ein deutsches Blatt wegen Beleidigung der belgischen Majestät zu schwerer Strafe zu verurteilen. —

Amerika.

Die Lage auf Haiti. Eine Depesche aus Kingston (Jamaica) meldet: In aus Haiti hier eingegangenen Briefen heißt es, in der Republik Haiti herrsche noch erhebliche Erregung, namentlich in Gonaives, wo General Nord eine Armee sammelt und die Absicht haben soll, sich zum Präsidenten zu erklären. Angeblich habe Nord bereits 10 000 Mann um sich und denke in vierzehn Tagen auf Port-au-Prince marschieren zu können. —

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Um 6 1/2 Uhr eröffnet Vizepräsident Böttig die Sitzung wieder mit folgenden Worten:

Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Bevor ich Herrn Dr. Baehem erlaube, seine Rede fortzusetzen, kann ich nicht umhin, meinem tiefsten Bedauern Ausdruck zu geben, daß ich gezwungen war, von dem geschäftsordnungsmäßigen Mittel, die Sitzung zu unterbrechen, Gebrauch zu machen, weil von einzelnen Mitgliedern des Hauses der Redner an der Fortsetzung seiner Rede durch lärmende Rufe gehindert worden ist. Seit über 31 Jahren besteht der deutsche Reichstag und es ist das erstemal, daß die Sitzung wegen tumultuärer Szenen ausgesetzt werden mußte. Ich kann nur wiederholen, das tiefste Bedauern beherzigt mich, daß ich dazu gezwungen gewesen bin. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es das erste und das letzte Mal gewesen ist und daß das Gefühl für das Ansehen und die Würde des Reichstages in jedem Einzelnen so wach sein wird, daß weder ich noch einer meiner Nachfolger gezwungen sein möge, dieses Mittel wieder gebrauchen zu müssen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Ich erlaube Herrn Dr. Baehem, nun seine Rede fortzusetzen. Ehe er es aber thut, bitte ich die Herren, ihre Plätze einzunehmen. Es

ist unmöglich, sachlich zu verhandeln, wenn den Redner die Kollegen umstehen und auf ihn einreden. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Herr Dr. Baehem (C.), der inzwischen wieder die Tribüne bestiegen hat, beginnt mit den Worten: Gestern hat Herr Baehem gesagt... Weiter kommt der Redner nicht. Auf der Linken entsteht Lärm. Es wird anhaltend gerufen: Rebozieren! Rebozieren! Namen nennen! Die Rufe dauern so lange fort, bis Abg. Baehem die Tribüne verläßt und aufs Weiterreden verzichtet mit den Worten: Das ist die Freiheit der Socialdemokratie!

Vizepräsident Böttig, nach langer Pause des Lärmes endlich Herr Baehem erlaube, zu meinem Bedauern, daß es infolge des tumultuären Auftretens der Herren von der äußersten Linken dem Redner nicht möglich war, seine Ausführungen zu beenden.

Herr Singer (Zoc.) verlangt das Wort außer der Reihe zur Geschäftsordnung und erhält es vom Präsidenten Böttig unter Widerspruch der Rechten und des Centrums, wo fortwährend Lärm gemacht wird, der als nächster eingezeichnet ist.

Herr Singer (Zoc.)

kann sich nur mit Mühe verständlich machen. Ich habe hier zu erklären, daß als vorhin hier Lärm entstand, dieser sich nicht gegen die Anordnungen des Präsidenten richtete. Wir haben nur von Herrn Dr. Baehem verlangt, daß er seine Aeußerung, die eine schwere Beleidigung meiner Freunde bedeutete, durch Nennung von Namen erhärten sollte. Wir mußten als selbstverständlich betrachten, daß wenn Herr Baehem hier in diesem Hause Aeußerungen machte, die unsre ganze Fraktion aufs schwerste zu beleidigen in der Lage sind, er dann den Mut haben würde, seine Behauptung zu beweisen dadurch, daß er uns Mitteilung machte darüber, was er gehört hat und wer die Aeußerung über das Verhältnis der freisinnigen Vereinigung zu uns gethan haben soll. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Unterbrechungen unsrerseits haben nur den einen Zweck gehabt, Herrn Dr. Baehem dazu zu veranlassen. Wir würden in dem Augenblick, wo das geschehen wäre, sofort die nötige Ruhe bewahrt haben. Unser wiederholtes lebhaftes Aufforderung ungeachtet hat Herr Dr. Baehem es vorgezogen, seine Mitteilung zwar aus dem Hinterhalt zu machen, sie aber nicht durch Namensnennung zu beweisen. (Wg. Aendert: Tuder-Brief! Hat er nicht nötig!) Jawohl hat er das nötig! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Derjenige, der aus dem Hinterhalt auf die Würde mit vergifteten Pfeilen schießt (Sehr gut! bei den Socialdemokraten), den kann ich nicht mehr als Ehrenmann ansehen. (Lärm im Centrum und rechts.) Würde Herr Dr. Baehem seinen Vortrag mit einer entsprechenden Erklärung eröffnen haben, so würden wir auf keinen Fall irgend welche Unruhe gezeigt haben. Wir fühlen uns so solidarisch, daß wir verlangen müssen, daß, wenn einem von uns derartige Beleidigungen untergefallen sind, sie bewiesen werden müssen, ehe wir sie glauben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir betrachten den deutschen Reichstag nicht als eine Stätte, in dem ohne Namensnennung Verleumdungen gegen die einzelnen Mitglieder geschleudert werden können. (Lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts und im Centrum. Auf rechts: Tuder-Brief!) Wir haben das Recht, zu verlangen, daß, wenn solche Dinge passiren, der, der sie ausspricht, auch den Mut hat, seine Aeußerung zu beweisen. Wir haben keine Macht, Herrn Dr. Baehem zu zwingen, aber die Macht haben wir und werden sie immer haben, von einem solchen Redner, der dem gewöhnlichsten Verlangen, das, was er sagt, zu beweisen, nicht nachkommt, uns keine weiteren Vorträge mehr halten zu lassen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Herr Dr. Baehem (C.): Meine Herren! Die nähere Bezeichnung derjenigen Aeußerungen, auf die ich hindeute, wäre für mich möglichst gewesen, wenn in der sonst im Hause üblichen Weise Herr Singer vielleicht nach Schluß der Sitzung unter vier Augen zu mir gekommen wäre (Gelächter bei den Socialdemokraten) und mich um nähere Mitteilungen gebeten hätte. Nachdem Sie mich aber in dieser Weise behandelt, können Sie nicht verlangen, daß ich irgend ein Entgegenkommen zeige. (Andauernder Lärm links, Stöße des Präsidenten.)

Herr Singer (Zoc.): Nach den Erfahrungen, die wir auf dieser Seite des Hauses mit Herrn Dr. Baehem zu wiederholten Malen gemacht haben, habe ich keine Veranlassung, mit ihm eine Unterredung unter vier Augen zu suchen. (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Herr Venzmann (fr. Sp.):

Ich bin nicht in der Lage, eine so pikante Rede zu halten, wie mein zweiter Vorredner, ich habe auch gar keine Neigung, Verdächtigungen auszusprechen, um sie nachher unbewiesen zu lassen. (Sehr gut! links.) Der Antrag Kardorff trägt außerordentlich wenig juristisches Blut in sich, eine Anzahl von juristisch gebildeten Mitgliedern der Mehrheitspartei sollen sich geradezu geweigert haben, ihn zu unterschreiben. Schließlich findet ja aber jeder Staatsstreik, jeder Hochverrat unter Juristen Verteidigung, und so hat auch dieser Staatsstreik gegen das Parlament einen Juristen gefunden, der ihn verteidigt. Herr Baehem hat die Ausführungen des Herrn Spahn einfach wiederholt; wenn nicht die Verdächtigungen hinzugekommen wären, so könnte seine Rede überhaupt gestrichen werden. (Sehr wahr! links.)

§ 19 bestimmt ausdrücklich, daß über jeden Artikel abgestimmt werden muß; er unterscheidet zwischen Beratung und Abstimmung. Die Zusammenfassung der Beratung kann durch sachliche Gründe geboten sein. Wenn aber eine Abstimmung über mehrere Artikel zugleich erfolgt, so liegt dem immer eine Vereinbarung zwischen dem Präsidenten und den Parteien zu Grunde, die aufgehoben ist, wenn ein Mitglied des Hauses widerspricht. Der Artikel der „National-Zeitung“ hat meinem Herzen wohlgefallen. (Redner verliest die hauptsächlichsten Stellen dieses Artikels. Jeder Satz wird von der Linken mit demonstrativem Beifall begleitet.) Wenn ich mich würde sich von den heutigen Nationalliberalen loslösen (Sehr richtig! links), so wie Windthorst niemals die heutige Politik des Centrums gutheissen würde. Das Verhalten der Mehrheit verschafft der Socialdemokratie wieder ihr bekanntes zoologisches Glück. (Heiterkeit.) Es wird behauptet, daß die Obstruktion die Mehrheit zusammenschweicht habe. Nur der Antrag Kardorff hat die ganze Linke zusammenschweicht. (Bravo! links.) Ich werde mit der schärfsten Opposition einsehen, damit solche Vergeßlichkeit nicht durchgesetzt wird. Dem Volkseramen, bei den Wahlen, werden Sie durchfallen. Darauf können Sie sich verlassen. (Bravo! links.)

Hieraus verliert sich das Haus auf Antrag der Abgg. v. Normann, Spahn und Dr. Sattler auf Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Interpellation der Polen. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Der sozialliberale Reichstags-Abgeordnete Sabin hatte einem Mitglied des Messerschleifervereins, dessen führender Führer auf Seiten Schumachers gestanden hatten, ein bürgerliches Stadtverordnetenmandat angeboten. Der so beehrte war der frühere Vorsitzende der Messerschleifer, Langenberg, der seit längerem als unsicherer Nantonist unter den Arbeitern gilt und auch von dem Verein Schumacher'scher Richtung ausgeschlossen worden ist. Als er sich nun auf das Angebot Sabin's Bedenkzeit erbeten und die Kandidatur 14 Tage in der Schwelbe gelassen hatte, wurde er nicht nur von der offiziellen Partei, sondern auch von der Schumacher'schen Richtung und seinen Berufskollegen als Vertreter an den Arbeiterinteressen betrachtet. Der Vorstand des Schumacher'schen Arbeitervereins verständigte sich mit dem Vorstand des Messerschleifer-Vereins, der bürgerlichen Berufskollegen eine proletarische Kandidatur aus dem Kreise der Messerschleifer entgegenzustellen, die offizielle Partei um Aufnahme derselben auf ihre Kandidatenliste zu eruchen, ihr ein gemeinsames Vorgehen bei der Stadtverordnetenwahl und eine gänzliche Ausöhnung anzutragen.

Eine am 4. November abgehaltene Vertrauensmänner-Sitzung beider Richtungen zeitigte das Resultat, daß von den vier seitens der offiziellen Partei bereits aufgestellten Kandidaten der Genosse Beck zurücktrat und an seiner Stelle der Kassierer Eichhorn vom Messerschleifer-Verein Aufnahme in die Liste fand, daß ferner die Zustimmung gegeben wurde, den Arbeiterverein Schumacher'scher Richtung anzulösen und man gegenseitig gelobte, fortan als einige, geschlossene Partei wieder den Kampf gegen den gemeinsamen Feind aufnehmen zu wollen. Die nächste Folge dieses in der Solinger Arbeiterkammer allseitig mit Beifriedigung aufgenommenen Beschlusses war Langenberg's Ablehnung der bürgerlichen Kandidatur und die bei Freund und Feind gelommene Erkenntnis, daß der Sieg bei den Stadtverordneten-Wahlen der Socialdemokratie zufallen werde. Eine am 8. November abgehaltene Versammlung des offiziellen Parteivereins sanktionierte debattellos und einstimmig die Abmachungen.

Die Gegner verurtheilten noch am Tage vor der Wahl einen Berührungskreis, indem sie die Behauptung ausstreckten, der Schumacher'sche Arbeiterverein habe die Einigung abgelehnt. Das Räuber konnte sofort als Lüge gebrandmarkt werden und blieb erfolglos. Wir gratulieren den Solinger Genossen zu dieser braven That, die in der ganzen Partei Freude erweckt wird und die Hoffnung berechtigt erscheinen läßt, daß der alte Partei-Ort Solingen auch bald wieder im Reichstage socialdemokratisch vertreten sein wird.

Motzliches, Gerichtliches usw. Polnisches.

Der Genosse Stenkowski, Zimmerer in Berlin, geriet in einer Versammlung in Oberkassow in der Provinz Posen mit einem Herrn in Differenzen, der sich als Ueberwachender aufstellte, obwohl schon zwei uniformierte Beamte anwesend waren. Stenkowski sagte dem Herrn etwas über seine Meinung. Dafür wurde er angeklagt und vom Schöffengericht in Sankter wegen Beleidigung zu Strafe verurteilt. (Zu welcher, sagt der uns vorliegende Bericht unseres Breslauer Parteiblattes nicht.) In der Urteilsausfertigung finden sich einige so charakteristische Stellen, daß sie hier wieder gegeben zu werden verdienen:

Der Angeklagte hatte schon früher wiederholt in den Versammlungen der Bauhandwerker und der Schiffer von Oberkassow und Umgebung öffentlich gesprochen und das Bestreben gezeigt, dieselben zu Vereinen mit socialdemokratischer Tendenz zusammenzuschließen. Es ist ihm auch gelungen, in die bis dahin ruhige Bevölkerung einen Geist des Widerstands gegen die bestehende Ordnung hineinzutragen. Dies ist aus andern Prozeßgen gerichtsunfähig. Angeklagter ist socialdemokratischer Agitator und erwidert nur hierdurch seinen Unterhalt."

Bei der Strafmaßbestimmung ist erwogen, daß durch die Art und durch die Umstände, unter welchen die Beleidigung geschah, das Ansehen des Zeugen Grundlos als Vertreter der Oespolitzbehörde und damit das Ansehen dieser Behörde selbst in höchstem Maße herabgesetzt wurde, und daß die ganze Thätigkeit des Angeklagten in Oberkassow das Ziel verfolgte hat, das Ansehen der Behörden zu untergraben. Es kommt endlich strafverhängend in Betracht, daß Angeklagter in der Zeit von 1890—92 mehrere Male verhaftet ist. In diesen Vorgängen zeigt sich die Arbeitslosigkeit des Angeklagten und sein zu schärfster Opposition gegen jede Autorität neigender Charakter. In diesen Erwägungen in Verbindung mit der Thatsache, daß er keineswegs Bedauern über seine That empfindet (1), vielmehr eine Art Triumph darüber zur Schau trägt, erschien es geboten pp. ..."

Ein Ruhmesblatt in der deutschen Rechtsprechung ist das Urteil trotz nicht.

Die Berufung des Genossen Stenkowski wurde vom Landgericht Posen verworfen.

Gerichts-Zeitung.

Und wieder Normann-Schumann. Gestern hatte sich unser verantwortlicher Redakteur Carl Leib vor dem hiesigen Schöffengericht wegen einer am 3. Juli im „Vorwärts“ veröffentlichten Korrespondenz aus der Schweiz zu verantworten. In dieser Korrespondenz war mitgeteilt, daß Normann-Schumann aus der Schweiz ausgewiesen sei, und eine Charakteristik Schumann's daran geknüpft, durch welche sich dieser Herr kleidete. Rechtsanwalt Heine-mann wies nach, daß Schumann durchaus keine Ursache habe, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Sage doch das Schöffengerichts-Urteil in dem ersten gegen Leib geführten Prozeß über Schumann folgendes:

„Der Privatkläger ist als ein Mann bekannt, der als Beamter der Polizei für die Blätter sämtlicher Parteien geschrieben hat, der in einem großen politischen Prozeß von einem der höchsten Rechtsbeamten als ein Mensch bezeichnet worden ist, der überall, wo er gewesen sei, Spuren von Verbrechen hinterlassen habe, der wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch Artikel in französischen Zeitungen, noch jetzt lebhaft verfolgt wird.“

Und im Urteil zweiter Instanz wird ausgeführt: „Es war zu erwägen, daß der Beleidigte eine Persönlichkeit ist, welche keinen guten Ruf genießt.“

Der Gerichtshof kam indes zu einer Verurteilung. Gelobt sei es richtig, daß Schumann keinen guten Ruf genieße, allein aus der angezogenen Notiz gehe zu deutlich die Absicht hervor, den Privatkläger zu beleidigen. Es sei daher auf 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis und auf Publikationsbefugnis zu erkennen.

Prozeß Golde. (Schluß.) Als Zeuge erscheint Bergarbeiter Benne. Frau Dr. Golde kam eines Sonntags mit Schulz in seine Wohnung, um etwas zu besprechen. Schulz erzählte: Er habe beim Erzpriester ein leeres Stück Papier untergeschrieben. Frau Golde habe gesagt: „Wissen Sie auch genau, daß das Papier leer war?“ Schulz erwiderte: „Jawohl, das kann ich sogar bescheinigen.“ Auf Aufforderung der Frau Golde habe Schulz gesagt: es sei ein Zweifelhafte-Papier gewesen. — Vors.: Es ist nur merkwürdig, daß Sie all diese Einzelheiten erst heute erzählen. — Zeuge: Ich habe erst später darüber nachgedacht. — Vert. Rechtsanwalt Czajla: Wissen Sie, weshalb Sie bei der Schöffengerichtsverhandlung gegen Schulz nicht bereit wurden? — Zeuge: Weil ich der Partei angehöre. — Zeugin Morawski bekundet im weiteren auf Befragen des Vorsitzenden: Frau Golde habe einmal zu Schulz gesagt: Sie sind ja ein ganz unbeschämter Mensch. Sie verlangen, daß eine Notiz in die Zeitung gesetzt werde und gehen von hier sofort zu dem Erzpriester Schmidt und unterschreiben: Sie hätten die Rollenbegelder vollständig erhalten. Schulz sagte: Ja, habe das nicht unterschrieben, ich habe meinen Namen bloß auf ein leeres Stück Papier gesetzt. Auf diesen mußten wir alle unterschreiben. Frau Golde versetzte: Das glaube ich nicht. Wenn Sie das nicht unterschrieben hätten, dann würde es

Partei-Nachrichten.

Der Sieg der Einigkeit.

Wir konnten gestern bereits telegraphisch melden, daß die endlich geeinten Parteigenossen in Solingen bei den Stadtverordnetenwahlen III. Klasse die bürgerlichen Gegner glänzend geschlagen haben. Während die Gegner 1078—1238 Stimmen erhielten, verurteilten unsere Kandidaten 1430—1495 Stimmen auf sich. Vor zwei Jahren erzielte die Partei bei der Hauptwahl 540, die Schumacher'sche Richtung 820, und die bürgerliche Liste 590 Stimmen. Letztere stieg bei der Stichwahl mit 960 gegen 635 Stimmen unter Kandidaten. Demals spielte der unselige Bruderkrieg die Mandate noch dem Bürgerthum in die Hände. Seitdem haben sich die persönlichen Differenzen gelegt, die Gegensätze sind geschwunden und die vom Bürgerthum gehegte Absicht, sie bei den jetzigen Stadtverordnetenwahlen wieder als Gleichbügel zu benutzen, schlug nicht nur fehl, sondern gab auch den ächteren Anstoß zur formellen Einigung.

nicht in Zeitungen sehen. Frau Golbe habe ihn erjagt, ganz feise zu sprechen. Ich kann mit gutem Gewissen beschwören, daß das, was ich gesagt habe, wahr ist. — Schulz: Daum schwören Sie falsch.

Der folgende Zeuge ist der Herausgeber der „Gazeta Robotnicza“, Franz Morawski: Dieser wird ebenfalls unter Ausföhrung der Verteidigung vernommen. Der Zeuge, der augenblicklich eine einjährige Gefängnisstrafe wegen Aufreizung zum Klassenhaß verbüßt, bekundet: Die Notiz, die in der „Gazeta Robotnicza“ gestanden, hatte er verfaßt. Schulz wollte die Notiz härter gefaßt haben, er habe dies aber abgelehnt, da er dem Schulz von vornherein nicht traute. Eine Gegenüberstellung des Morawski mit Schulz führt zu keinem Ergebnis. Auf Antrag des Staatsanwalts wird dem Morawski seine Aussage, die derselbe am 5. Juni bei dem Untersuchungsrichter abgegeben hat, vorgelesen. Danach hat der Zeuge damals eine wesentlich andre Aussage gemacht. Morawski bemerkt: Er habe sich die richtige Aussage bis nach Erledigung der Revision des Haase vorbehalten. — Vors.: Sie behaupten, heute sagen Sie die Wahrheit. Was sollen wir Ihnen nun glauben? Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich bemerke, der Zeuge wollte damals mit der Wahrheit noch nicht heraus, da er sich nicht selbst bezeugen wollte, zumal die Frist zur Stellung eines Strafantrages gegen ihn noch nicht verjährt war? Morawski: So ist es. — Morawski erscheint als Zeuge der Untersuchungsrichter, Landrichter Kneuhl: Schulz hat sich etwa 14 Tage vor der Hauptverhandlung gegen ihn bei ihm gemeldet. Er habe zu Protokoll gegeben: Er habe einen Meineid geleistet, er hätte dies nicht getan, wenn ihn nicht Frau Dr. Golbe dazu angehetzt hätte. Diese habe gesagt: Bleiben Sie nur dabei, die Sozialdemokratie wird alles auf sich nehmen, heraus wird nichts kommen. Ich hatte den Eindruck, daß Schulz die volle Wahrheit gesagt und über seine That Reue empfände. — Vors.: Schulz, treten Sie noch einmal vor. Wir stehen jetzt am Ende der Beweisaufnahme. Sie haben noch Zeit, jetzt Ihre Aussage zu ändern. Ich frage Sie bei dem Bild des Erlösers, des gekreuzigten Christus, ist das, was Sie heute gesagt haben, wahr? — Schulz (mit fester Stimme): Ja wohl. — Der Gerichtshof beschließt danach, das Ehepaar Morawski und die Zeugen Demmel und Korbella nicht zu verurteilen. Der Vorsitzende legt den Geschworenen die Schuldfrage vor: Ist die Angeklagte schuldig, den Schulz zur Ableistung eines falschen Eides verleitet zu haben? Staatsanwalt Tischenschler weist hierauf in längerer Rede darauf hin, daß Schulz, außer vor 30 Jahren wegen Diebstahls mit 13 oder 14 Monaten Gefängnis, nicht bestraft sei. Schulz sei sonst ein anständiger, arbeitsamer Mann gewesen, der wohl bisweilen krank, sonst aber ein gutes Familienleben führte. Er habe auch keine Veranlassung, einen falschen Eid zu schwören. Er leistete dadurch nicht einmal dem damaligen Angeklagten Haase einen Dienst. Es entsteht deshalb die Frage, was mag den Schulz veranlaßt haben, einen Meineid zu leisten? Der Herr Vorsitzende hat schon hervorgehoben, nur bodenloser Haß gegen Herrn Erzprieiter Schmidt konnte im stande sein, den Schulz zu einem Meineid zu veranlassen. Schulz hatte aber keinerlei Grund, Herrn Erzprieiter Schmidt zu hassen, im Gegenteil, er war dem Herrn Erzprieiter zu Dank verpflichtet. Die ganze Sache hat eben einen politischen Hintergrund. Es ist bekannt, daß die polnische Sozialdemokratie seit langer Zeit bemüht ist, in den Industriebezirk zu dringen. Ein Mann wie der Erzprieiter Schmidt bildet aber einen mächtigen Wall gegen diese Bemühungen der Sozialdemokratie. Es galt daher, diesen Mann mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es erschienen in der „Gazeta Robotnicza“ verschiedene Angriffe gegen den Erzprieiter, es waren das aber nur kleine Nadelstiche, die dem Herrn Erzprieiter nicht schaden konnten. Es mußte daher ein Hauptschlag geführt werden. Dieser Hauptschlag wurde geführt, indem in der „Gazeta Robotnicza“ behauptet wurde: Erzprieiter Schmidt habe sich der Unterschlagung von Stollendengeldern schuldig gemacht. Diese Behauptung mußte durch einen Eid bekräftigt werden. Der Staatsanwalt weist im weiteren darauf hin, daß eine Anzahl Zeugen bekundet haben: sie hätten einige Male gesehen, wie die Angeklagte auf Schulz lebhaft eingeredet habe. Weshalb sollte auch Schulz gerade die Angeklagte belügen, obwohl Morawski der Verfasser des Artikels war. Der Angeklagte ist auch die That zugutrat. Sie ist Aufricht, sie hat wegen politischer Intrigue 5 Monate auf der Festung Warschau gesessen und hat zweifellos ans Juchend vor Sibirien ihr Vaterland verlassen. Sie kam zunächst nach Weihen. Sie hat auch einen Schriftsteller Caspari geheiratet. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, diese Ehe ist die Angeklagte eingegangen, lediglich, um die preussische Staatsangehörigkeit zu erlangen. Wenn man erwägt, wels großen Einfluß die sozialdemokratischen Führer auf die breiten Massen ausüben, dann wird man den Einfluß begreifen, den die Angeklagte auf Schulz ausgeübt hat. Es ist ferner zu erwägen, daß die Angeklagte dem Schulz als studierte Frau, als Doktorin gegenübertrat. Ein gewöhnlicher Mann hätte Schulz wohl nicht veranlassen können, einen Meineid zu leisten. Ich gebe zu, Schulz hat insam gehandelt, aber seine niedere Handlungsweise beweist erst am 24. Februar 1903; Schulz müßte geradezu eine Hyänenmutter sein, wenn er ohne jeden Grund den Meineid geleistet hätte. Ich behaupte: Schulz ist nicht schuldig, er ist nur schwach. — Vert. R. A. Czapla (Weihen): Die Anklage sieht und fällt mit dem Zeugen Schulz. Dieser hat in dem Prozeß Haase seine Aussage mit demselben Pathos gemacht wie heute. Damals hat Schulz seine Anklage beschworen und trotzdem war sie unwahr. Heute hatte Schulz nicht nötig zu schwören. Jedenfalls verdient ein Mann wie Schulz nicht den geringsten Glauben. Die Zeugen Demmel usw. verdienen doch, obwohl sie Sozialdemokraten sind, zum mindesten denselben Glauben wie Schulz.

Schulz wünschte, daß er sehr hart verurteilt werden würde, es kam ihm daher der Gedanke, sich als ein von der Sozialdemokratie verführtes Opfer hinzustellen. Verführt war aber Schulz nicht. Nicht die Sozialdemokratie ist zu ihm, sondern er ist zur Sozialdemokratie gegangen. Meine Herren Geschworenen! Sie werden mir zweifellos beistimmen, wenn ich sage: Wehe dem Menschen, dessen ganzes Leben von dem unberechneten Zeugnis eines Menschen abhängt, der wegen wissenschaftlichen Reineids bestraft ist. Ich habe nichts weiter zu sagen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Berlin: Wäre die Angeklagte, als Schulz das erste Mal in die „Gazeta Robotnicza“ kam, anwesend gewesen, dann wäre die Notiz nicht in der Zeitung erschienen, denn es ist geradezu kindisch, anzunehmen, ein so reicher Mann, wie der Erzprieiter Schmidt, hätte sich an ein paar Paar Stollendengeldern bereichern wollen. Daß eine solche Behauptung der Sozialdemokratie etwas nützen könnte, wird kein vernünftiger Mensch glauben. Der Herr Staatsanwalt hat versucht, das politische Gebiet zu streifen. Ich habe wohl nicht notwendig, den Herren Geschworenen zu bemerken, daß politische Sympathie und Antipathie im Gerichtssaal keine Stätte haben dürfen. Es ist richtig, die Angeklagte ist Sozialdemokratin, sie ist eine Gegnerin der heutigen Gesellschaftsordnung. Ich erinnere aber daran, daß die Verfechter der deutschen Einheit in den 1830er Jahren als Hochverräter geächtet wurden, während sie jetzt eine hervorragende Rolle spielen. Ich behaupte, es giebt Leute, die sehr entschiedene Gegner der augenblicklichen Gesellschaftsordnung und trotzdem sehr ehrenhafte Leute sind. Andererseits giebt es große Verehrer der heutigen Gesellschaftsordnung, mit deren Ehrenhaftigkeit es aber etwas hapert. Daß die Angeklagte in der Festung Warschau wegen Verdachts, Sozialistin zu sein, 5 Monate gesessen hat, kann doch nicht gegen sie sprechen. Der Herr Staatsanwalt sagte weiter: Die Angeklagte hat zum Schein den Schriftsteller Caspari geheiratet, weil sie die Auslieferung an Rußland fürchtete. Ich frage: Ist denn irgendwie festgestellt, daß Rußland die Auslieferung der Angeklagten verlangt hat? Wir sind doch noch nicht so weit, daß jemand an Rußland ausgeliefert wird, auch wenn derselbe nicht verlangt worden ist. Lieber die Ehe der Angeklagten weiß ich nichts Näheres, der Herr Staatsanwalt weiß es aber auch nicht. Jedenfalls kann nur das zur Grundlage eines Urteils gemacht werden, was Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen ist. Die Angeklagte ist jedenfalls keine Person, der man die That zutrauen kann. Der einzige Belastungszeuge Schulz leidet an Krämpfen und ist ein Trinker. Es ist jedenfalls sehr bezeichnend, daß man auf die Aussage eines

Schulz eine ehrenhafte Person verhasst. Wenn auf die Aussage eines Menschen wie Schulz eine Frau, die wegen eines entsetzlichen Vergehens noch nicht bestraft ist, ins Juchhaus kommen soll, dann ist niemand mehr vor dem Juchhaus sicher. Sie dürfen die Angeklagte nur dann schuldig sprechen, wenn Sie von der Schuld derselben vollständig überzeugt sind. So lange Sie irgend einen Zweifel haben, müssen Sie die Schuldfrage verneinen. Ich bin von Berlin nach Weihen geeilt, obwohl die Partei, der ich angehöre, gerade jetzt mit ihren Gegnern in Reichsweite einen sehr schweren Kampf zu führen hat. Ich habe dies aber getan, weil ich von der Unschuld der Angeklagten überzeugt bin. Ich habe die Ueberzeugung, Sie werden auf das Zeugnis eines Menschen wie Schulz die Angeklagte nicht verurteilen. Thäten Sie es, müßte man an der Gerechtigkeit verzweifeln. — Die Angeklagte bemerkte noch: Der Herr Staatsanwalt hat es versucht, mich als Abenteuerin hinzustellen. Ich habe mit 16 Jahren die Unterwelt Genf bezogen, um Medizin zu studieren. Ich bin 5 Jahre Berlin gewesen, habe zahlreiche Patienten behandelt. In dieser meiner Thätigkeit habe ich das Elend des Volkes kennen gelernt. Deshalb bin ich Sozialistin geworden. Ich bin Sozialdemokratin aus ehelicher innerer Ueberzeugung, nicht aus persönlichem Vorteil. Ich bin keine Abenteuerin, sondern war ein nützlich Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Ich lege mein Schicksal vertrauensvoll in Ihre Hände. — Der Vorsitzende giebt alsdann den Geschworenen die Rechtsbelehrung, worauf sich dieselben zur Beratung zurückziehen. — Nach kaum 20 Minuten treten die Geschworenen wieder ein. — Der Obmann verkündet unter größter Spannung des überfüllten Publikums, daß die Geschworenen die Schuldfrage verneint haben. — Der Vorsitzende verkündet darauf: der Gerichtshof hat, dem Spruch der Geschworenen entsprechend, die Angeklagte freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Der Haftbefehl in dieser Sache wird aufgehoben. — Die Angeklagte reicht ihren Verteidigern zum Danke die Hand und läßt sich alsdann wieder abführen.

Aus Industrie und Handel.

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt scheint thausächlich bereits ein Ueberangebot in fertigen Stahlwaren vorhanden zu sein, denn auch dem Londoner „Ironmonger“ wird jetzt telegraphisch aus Pittsburg gemeldet, daß der Stahltrust sich anschickt, einen Teil seiner Stahlwaren nach Europa abzusetzen.

Zugleich berichtet Laffans Bureau, daß alle mit dem Stahltrust in Interessengemeinschaft stehenden Eisenbahnen bereit sind, ihn in seinem Bestreben zu unterstützen, sich im Auslande einen Markt für seine leichtesten Stahlfabrikate zu erschließen. Diese Mitwirkung der Eisenbahnen soll den Trust in den Stand setzen, den ausländischen Wettbewerb überall zu unterbieten. Die „Great Northern Railway“ befördert Draht und Nägel, die zum Export bestimmt sind, nach den Seehäfen zu 9 Dollar die Tonne.

Auch die „New Yorker Handelsztg.“ sieht sich jetzt zu einem halben Eingeständnis der zunehmenden Abnahme des amerikanischen Stahlmarktes genötigt. Sie schreibt in einer Uebersicht über die Marktlage in der ersten Hälfte des November:

Die von dem leitenden Organ der Metallbranche, „Iron Age“, aufgestellte Behauptung, daß im Eisenhandel trotz der anscheinend günstigen Verhältnisse doch die Ueberzeugung um sich greift, die gute Konjunktur habe ihren Höhepunkt überschritten, hat in weiten Kreisen Aufsehen erregt. Anscheinend findet diese Ansicht Bestätigung durch Preisreduktionen, die für leichtere Formen von Eisen- und Stahlprodukten, wie Stahlblech, Drahtwaren und gewisse Arten von Eisentröhren zuerst von Konkurrenten des Stahltrusts und neuerdings auch von letzterem angeleitet worden sind. Ferner steht eine 10prozentige Preisermäßigung für Weichblech zum 1. Dezember bevor. Die von der National Tube Co., einer Tochter-Gesellschaft der U. S. Steel Corp., kürzlich ausgegebene neue Preisliste für nächstjährige Lieferung läßt im Vergleich zum Vorjahre Preisnachlässe von 25 bis 40 Prozent erkennen. Die Gesellschaft ist jedoch nur dann zum Abschluß von Lieferungs-Kontrakten auf Grund dieser niedrigeren Preise bereit, wenn die Konsumenten sich geneigt erklären, ihren ganzen nächstjährigen Bedarf von ihr zu beziehen, wogegen sie sich ihrerseits verpflichtet, bei etwaigen Preisrückgängen der kontinentalen Ware die Käufer schadlos zu halten. Auch in diesem Falle handelt es sich um eine Regelung der Preisverhältnisse, die dadurch notwendig geworden ist, daß während der beiden letzten Jahre der National Tube Co., gleich anderen Tochter-Gesellschaften des Stahltrusts, große und weitgehende Konkurrenz erwachsen ist.

Allerdings hat auch jetzt noch die „New Yorker Handelsztg.“ getreu ihrer optimistischen Auffassung der Gesamtlage, allerlei Beschönigungen bereit. Bei den Preisherabsetzungen handelt es sich nur um Preisregelungen. Es braucht aber kaum gesagt zu werden, daß Preisnachlässe von 25—40 Prozent nicht eingebracht würden, wenn die Nachfrage noch in einigermaßen entsprechendem Verhältnis zum Angebot stände. Aus Vergleichen reduziert kein Wert seine Preise.

Syndikat der Walzwerke. Nach Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ soll das in der Versammlung zu Köln am 22. d. M. beschlossene Syndikat nicht nur die Stahlwerke, sondern alle deutschen Walzwerke umfassen, die Stabeisen und Strübenmaschinen herstellen. Die zur Einleitung der ersten Verhandlungen gewählte achtgliedrige Kommission hat ihre Thätigkeit noch nicht aufgenommen; es ist bis jetzt auch noch kein Tag in Aussicht genommen, an dem die erste Versammlung stattfinden wird. Voranlässlich wird das aber in nicht zu ferner Zeit geschehen, da die heutigen Verhältnisse — ohne irgendwelche Preisvereinbarungen — auf eine längere Dauer, wie das Wochenblatt meint, kaum haltbar sind. Die Hauptschwierigkeit für das Zustandekommen des geplanten Syndikats dürfte auch diesmal wieder in der Einschätzung, an welcher alle früheren Versuche gescheitert sind, liegen.

Westfälisches Coalsyndikat. Der Vorstand des westfälischen Coalsyndikats teilt der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ mit, daß für den Dezember nach den vorliegenden Aufträgen eine Produktionsbeschränkung von 17 Prozent gegen die vorgezeichnete Einschränkung von 19 Proz. im November erforderlich ist. Der formelle Beschluß soll in der nächsten Versammlung nachgeholt werden.

Wie weiter bekannt wird, hat aus Anlaß des in den letzten Tagen durch die Presse gegebenen Gerichts, es solle das Coalsyndikat dem Kohlenhandlats angegliedert werden, eine größere Anzahl von Kohleerzeugern folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Coalsyndikats, Bergart Pieper in Bochum, gerichtet: „Die unterzeichneten Beteiligten des Westfälischen Coalsyndikats beantragen hierdurch, beunruhigt durch die unläutenden Gerüchte über eine beabsichtigte Verschmelzung mit dem Kohlenhandlats, eine Versammlung der Kohleerzeuger zu berufen, um betreffs der Erhaltung der Selbstständigkeit eine Besprechung herbeizuführen.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ fügt als Ergänzung dieser Meldung hinzu, daß die Mehrheit des Aufsichtsrats des Kohlenhandlats beauftragt worden ist, zwar für baldige Verlegung des Sitzes des Coalsyndikats nach Essen sein dürfte, gleichzeitig aber auch die fernere Selbstständigkeit des letzteren aufrechterhalten wissen wolle. Dasselbe gilt vom Brittenverkaufsderein in Dortmund.

Gewerkchaftliches.

Deutsches Reich.

Vom Terrorismus der Unternehmer. Ein Harburger Maurer, der im vergangenen Sommer infolge des Ausperrungsbeschlusses der Innungen von Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg gleich vielen andern auf die Straße gesetzt worden war, hatte kürzlich bei

einem Hamburger Unternehmer Arbeit gefunden und seine Thätigkeit zu dessen voller Zufriedenheit angefaßt. Höflich wurde der Maurer nun unter dem Ausdruck des Bedauerns entlassen mit der Begründung, die Innung „Bauhütte“ habe die Order ausgegeben, daß Leute, die vor der Aussperrung in Harburg gearbeitet haben, nicht beschäftigt werden dürfen. Alle Gegenvorstellungen des Betroffenen nutzten nichts. Man erklärte ihm auf dem Innungsbureau, daß er vor dem 15. März 1903 keine Arbeit erhalten könne. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Arbeiter, der durch die Beteiligung an einem Streik den unverföhlichen Zorn der organisierten Unternehmer heraufbeschworen hat, sondern um einen Mann, der selber keine Forderungen gestellt hat und nur durch Beschluß der Innung ausgesperrt worden ist. Und dieser Umstand genügt der Unternehmer-Vereinigung, um dem Arbeiter für längere Zeit die Existenzbedingungen zu rauben.

Die Maler in Hamburg haben, nachdem die Innung den 1899 vereinbarten Tarif gekündigt hatte, einen neuen Tarif mit der Innung abgeschlossen. Derselbe setzt für die Zeit vom 1. April 1903 bis 1. April 1906 einen Mindest-Stundenlohn von 60 Pf. fest. Der Aufschlag für Leiter- und Gerüstarbeit fällt jedoch weg.

Vom Streik der Nordhäuser Kautabalarbeiter, der bekanntlich im vorigen Jahre längere Zeit mit großer Energie geführt wurde, sind jetzt noch eine Anzahl von Kautabal-Arbeitern ohne Arbeit. Mit besonderer Härte ging damals die Firma C. A. Kneiff vor, die verschiedene der Ausführenden dauernd aussperrte, darunter die ältesten Arbeiter, welche 38—40 Jahre bei der Firma beschäftigt waren und wegen ihres vorgerückten Alters anderweitig keine Arbeit mehr finden. Zur Zeit sammeln die organisierten Kollegen der Aussperrten Gelder, um diesen Opfern eines unverschölichen Unternehmertums eine Weihnachtsgeschenke zu bereiten.

Die Handföhrerinnen in Stollenberg bei Waldenburg in Sachf. befinden sich in einer Lohnbewegung, die sich in erster Linie gegen die Zwischenmeister richtet. Diesen ist von den Föhrerinnen ein Tarif unterbreitet, aber abgelehnt worden. Einzelne Fabrikanten haben aber den Tarif anerkannt. Die Bewegung der Arbeiterinnen geht nun dahin, daß sie nun für diese Fabrikanten unter Umgehung der Zwischenmeister arbeiten wollen. Auch den übrigen Fabrikanten soll der Tarif unterbreitet werden. Die Zwischenmeister haben sich vereinigt, um diesem Bestreben der Arbeiterinnen entgegen zu wirken. Die letzteren hoffen aber, trotzdem mit ihren Forderungen durchzubringen.

In Forst (Sachsen) legten bei der Firma Friedrich Hammer 52 Weber und Weberinnen wegen Lohnunterschieden am Donnerstagvormittag die Arbeit nieder. Nach Verhandlungen mit der Kommission der Arbeiter bewilligte der Geschäftsinhaber die geforderte Lohnaufbesserung (1 bezw. 1/2 Pf. für 1000 Schuh), sowie besondere Vergütung bei Verarbeitung schlechterer Materials. Darauf wurde am Nachmittag desselben Tages die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Ende des französischen Bergarbeiterstreiks. St. Etienne, 28. November. (W. Z. B.) Heute vormittag ist die Arbeit überall ohne Zwischenfall wieder aufgenommen worden. Die Bergleute sind in so großer Zahl, wie es der Zustand der Schächte erlaubt, eingezogen. Etwa 85 Proz. der Grubenarbeiter sind heute wieder bei der Arbeit. Der Ausstand ist somit zu Ende.

Sociales.

Die Arbeitszeit der Gastwirtsgehilfen.

Gegenüber der Auffassung der schlesischen Gerichte, daß die Gastwirtsgehilfen auf die ihnen „gewährte“ Ruhezeit „freiwillig“ verzichten dürfen, wodurch die Bundesrats-Vorordnung in diesem Punkte praktisch aufgehoben ist, interessiert folgendes Schriftstück, das in „Gastwirtsgehilfen“ veröffentlicht wird:

18. Nov. 02.

Gewerbe-Inspektion.

An den Verb. d. G. Heinemann, Mainz. Ihre wiederholten Zusendungen „Der Gastwirtsgehilfe“ haben wir erhalten und versehen nicht, Ihnen mitzuteilen, daß diese Gerichtsverhandlungen über das Wort „gewähren“ noch nicht der Rechtsprechung des Reichsgerichts unterlagen. Wir haben inzwischen vom Groß. Ministerium Anweisung erhalten, das Wort „gewähren“ nicht so auszulegen, daß eine freiwillige Beschäftigung in der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeit zugelassen wäre. Wir sehen gern Ihren versprochenen Mitteilungen in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit der Gastwirtsgehilfen in der Stadt Mainz entgegen, um dann unsererseits entsprechende Revisionen vorzunehmen.

Das Gesetz über die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 tritt nach kaiserlicher Verordnung vom 24. November dieses Jahres am 1. April 1903 vollständig in Kraft.

Fabrikgesetzgebung in Japan.

Der soeben eingetroffenen „Labor World“, Organ der sozialdemokratischen Partei von Japan, entnehmen wir, daß der nächsten Landtagssession der Entwurf eines Fabrikgesetzes unterbreitet werden soll.

Dem Zentralorgan, dessen Redakteur der Genosse Katayama, ist ferner zu entnehmen, daß der Socialismus in Japan stetig an Ausdehnung gewinnt. Alle Bevölkerungsklassen, so schreibt Katayama, beschäftigen sich mit der Frage in freundschaftlichem oder feindschaftlichem Sinne mit der sozialen Frage und dem Socialismus. Eine Anzahl Agitatoren sind in Versammlungen, die allwärts abgehalten werden, für die Sache des Socialismus thätig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Köpener Stadtverordnetenwahlen, die gestern stattfanden, endeten mit dem Resultat, daß die Genossen Hein und Schneider mit 847 bezw. 852 Stimmen gewählt wurden. Die Gegner brachten es auf 94 bezw. 99 Stimmen.

Deputiertenkammer.

Paris, 28. November. (W. Z. B.) Rose bringt einen Antrag ein, nach welchem ein parlamentarischer Mandat unvereinbar mit dem Amte eines Pariser Gemeinderats sein soll. Er verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit, welche mit 340 gegen 152 Stimmen beschloffen wird. Ebenso wird die von Rose beantragte sofortige Besprechung des Antrages, trotz Widerspruchs der Rechten mit 277 gegen 210 Stimmen angenommen. Milleboye bekämpft die Vorlage, welche sich gegen 5 nationalistische Deputierte richtete und eine scharfe Erklärung an die Stadt Paris bedente. Ministerpräsident Combes erklärt, es sei Ueberlieferung, daß ein Mitglied des Pariser Gemeinderats, das in den Senat oder in die Kammer gewählt werde, sein Mandat als Gemeinderat niederlege. Doch wolle er, Redner, der Kammer in dieser Frage volle Freiheit lassen. (Beifall links.) Schließlich wird der Gegenantrag Lafes mit 442 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Rose wird angenommen nach einer Verhändigung mit den Nationalisten über die Festsetzung des Termins, an den die Neuwahlen vorgenommen werden. Dieser Termin wird auf zwei Monate nach Beginn der Ferien für die Kammer festgesetzt.

Paris, 28. November. (W. Z. B.) Die Budgetkommission hat trotz der Erklärungen des Ministerpräsidenten mit 12 gegen 11 Stimmen beschlossen, von dem Berichte des Generals Douyon Kenntnis zu nehmen, die Mitglieder der Kommission aber zur Geheimhaltung zu verpflichten.

Reichstag.

225. Sitzung. Freitag, den 28. November 1902, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare. Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich hatte die Absicht, zunächst die Diskussion über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff zu eröffnen. Wie ich aber seitens mehrerer Herren mitgeteilt worden, daß sie noch außer dieser Diskussion vorher zur Geschäftsordnung sprechen wollten. Diese Herren haben sich schon gestern dazu gemeldet. Ich erteile das Wort zur Geschäftsordnung dem Abg. Dr. Spahn.

Abg. Dr. Spahn (C): Mehrere Redner haben sich gestern Angriffe gegen die Geschäftsführung des Herrn Präsidenten erlaubt. Ich glaube, es wäre dazu keine Zeit. — Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Ich würde den Herrn Abgeordneten bitten, die Geschäftsführung des Präsidenten nicht in den Bereich seiner Erörterungen zu ziehen. Das entzieht sich der Disziplin.

Abg. Dr. Spahn: Das lag mir auch fern. Präsident Graf Ballestrem: Wenn auch andre Herren das vielleicht gestern getan haben, so würde ich es heute doch nicht zu lassen können.

Abg. Dr. Spahn (C): Bei der Beurteilung unserer Geschäftsordnung muß man sich gegenwärtig halten, daß dieselbe Vorschriften darüber, wie der Inhalt oder die Form der Gesetzesvorarbeiten beschaffen sein soll, nicht enthält. Sie will an sich nur das Verfahren regeln, in dessen Verfolgung der Reichstag die Aufgabe lösen kann, die ihm nach Art. 5 der Reichsverfassung zugewiesen ist, bei der Gesetzgebung mitzuwirken. Art. 19 der Geschäftsordnung, auf den sich die Bedenken gegen die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff beziehen, trifft im wesentlichen nur Bestimmungen über die Reihenfolge der geschäftlichen Behandlung. Es bleibt danach ebensowohl dem Bundesrat wie einzelnen Mitgliedern dieses hohen Hauses überlassen, über die formelle Behandlung von Vorlagen zu befinden. Der Bundesrat kann sehr wohl auch die disparatsten Gegenstände zusammenfassen und ganze Vorlagen in einem einzigen Artikel an das hohe Haus bringen. So hätte der Bundesrat sehr wohl, ohne gegen unsere Geschäftsordnung zu verstoßen, das Zolltarif-Gesetz mit dem Zolltarif in einem einzigen Artikel an das Haus bringen können. (Zuruf links: Das sind ja unglaubliche Ansichten!) Der Bundesrat hat diesen Weg nicht gewählt, sondern den Zolltarif getrennt in der Form eines Zolltarif-Gesetzes mit einer Anlage, welche den Zolltarif enthält. Wenn nun der Zolltarif eine Anlage zu diesem Gesetz ist, dann kann in Frage kommen, ob unsere Geschäftsordnung etwa unter der Bezeichnung Artikel auch diese Anlage versteht, und es würde dann auf Grund des § 19 über diese Gesamtanlage debattiert werden können. Ich trage Bedenken, diese Schlussfolgerung zu ziehen. Die Geschäftsordnung enthält zwar nichts über den Begriff der Anlage, in Bezug auf den Titel aber ist vom Reichstag im Jahre 1893 ausdrücklich entschieden worden, daß Artikel nach § 19 der Geschäftsordnung die Paragraphen des Gesetzes sind, daß aber die einzelnen Gesetzestellen getrennt genannt werden. Man unterscheidet also zwischen dem Begriff Position und dem Begriff Artikel. Wenn aber danach der § 19 der Geschäftsordnung auf Tatsachen nicht anwendbar ist, dann ergibt sich daraus notwendig, daß, weil positive Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Frage der Behandlung einer solchen Anlage, wie die Gesamtheit der Zolltarifstellen hier ist, nicht getroffen sind, dieses hohe Haus über diese Frage zu entscheiden hat. Die Mehrheit mag darüber beschließen, wie sie will, jedenfalls kann in ihrem Beschlusse niemals eine Gesetzesverletzung liegen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Unter Antrag ist also geschäftsordnungsmäßig zulässig. Er bezieht sich nur auf die Tagesordnung, die den Tarif und das Zolltarifgesetz zum Inhalt hat. Schon daraus, daß der Bundesrat stets in der Lage gewesen wäre, uns den Zolltarif als Teil des Zolltarifgesetzes vorzulegen, ergibt sich allein die Mächtigkeit meiner Auffassung. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Wir haben auch schiverwiegende Präcedenzfälle für unser Vorgehen. Ich erinnere daran, daß unter einer ganz ähnlichen Geschäftsordnung, der preussischen, nach der Annexion der neuen Landesteile das Amerikagesetz in der Weise gemacht ist, daß man die preussische Verfassung einfach auf die neuen Landesteile ausgedehnt hat. Man hat es damals nicht einmal für notwendig befunden, die Verfassungsurkunde für diese Landesteile noch einmal als Anlage zu dem Gesetz zu publizieren. Niemand hat damals geschäftsordnungsmäßige Bedenken gegen diesen Vorstoß geäußert. Es ist zwar später bezweifelt worden, ob den Bestimmungen für die Publikation von Gesetzen auf diese Weise genügt sei, aber die Gerichte haben diese Art von Publikation für zulässig erklärt. Und was ist im Norddeutschen Bunde geschehen? Bei der Publikation der Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde die gesamte preussische Militär-Gesetzgebung in die Bundesstaaten eingeführt. Auch damals wurden keine geschäftsordnungsmäßigen Bedenken geltend gemacht, sondern man verriet nur darauf, daß der materielle Inhalt dieser Gesetzgebung zum Teil sehr veraltet sei, daß zum Beispiel Bestimmungen über das Einquartierungswesen vom 17. März 1810 stammten. Herr Payer hat sich gestern veranlaßt gesehen, uns in seiner Eigenschaft als Präsident der württembergischen Kammer Vorlesungen über Art. 19 zu halten. (Unruhe links.) Als aber die Militärkonvention, als die Verfasser Verträge in der württembergischen Kammer zur Verhandlung kamen, da wurde ausdrücklich beschlossen, daß von einer Kommissionsberatung Abstand genommen werden solle, ohne daß geschäftsordnungsmäßige Bedenken geltend gemacht wären. Richtig ist ja, daß bis jetzt nur die Kommission des Reichstages über den Tarif beschlossen hat. Wenn aber der Reichstag sich diesem Antrage anschließt, genehmigt er eben diese Beschlüsse der Kommission. Wir wären nur dann verpflichtet gewesen, in die Einzelberatung des Tarifs einzutreten, wenn wir den Termin des Inkrafttretens im § 19 eingehalten hätten. Nachdem dies befristet ist, kommt der Tarif überhaupt nicht in Betracht, sondern der Tarif verliert damit seine innere Bedeutung für das Volk, für die Bevölkerung. Sein Hauptwert ist vielmehr, daß er ein Instrument ist, um Handelsverträge abzuschießen. Nachdem so die Bedeutung des Tarifs erheblich verringert worden ist, liegt kein Anlaß vor, die Verhandlungen darüber derartig auszu dehnen, wie es sonst notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Alle auswärtigen Staaten, mit denen wir Handelsverträge geschlossen haben, sind in der Lage, und diese Handelsverträge zu kündigen. Damit müssen wir rechnen und deshalb muß der Bundesrat in die Lage versetzt werden, sofort in neue Vertragsverhandlungen einzutreten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Zu neuen Vertragsverhandlungen aber ist der bestehende autonome Zolltarif kein ausreichendes Instrument. (Wohlbekanntes Zustimmung rechts.) Seit wir ihn geschlossen haben, sind eine Reihe Vertragsstaaten dazu übergegangen, ihren autonomen Tarif zu erhöhen. Deshalb sind wir gezwungen, auch unfreiwillig an der Hand eines neuen Tarifs die Verhandlungen mit diesen Staaten aufzunehmen. Dies sind die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die uns zu unserem Vorgehen drängen. Die Herren von der sozialdemokratischen Partei haben gestern wieder erklärt, sie würden das Zustandekommen des Tarifs mit allen Kräften verhindern. Das zwingt uns zu diesen Maßnahmen der Notwehr, die wir ergreifen haben, um das Zustandekommen des Tarifs in diesem Reichstage zu ermöglichen. (Wohlbekanntes Verfall in der Mitte, rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ueber die Verhandlungen in der Kommission kann ich das Zeugnis ablegen, daß eine Anzahl Herren durch ihre Reden die Beratungen dort aufgehalten haben. (Widerpruch links.) Durch die vielen langen Reden der Minderheit ist die Mehrheit vielfach verhindert worden, selbst Anträge zu stellen (Hört! hört!), die sachlich begründet waren. Das die Zusammenfassung der Positionen anlangt, so bin ich durch die Beratungen der Kommission und des Plenums auf den Gedanken gekommen, ob nicht das Reich des Zolltarifs so vorsichtig gelassen ist, daß durch Zerreißen einzelner Fäden das ganze Werk gefährdet wird (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten), daß ein solches Zerreißen ohne Gefährdung wirtschaftlicher Interessen nicht erfolgen kann. (Beifall im Centrum, Gelächter links.)

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Die Mehrheit ist nicht, wie sie behauptet, durch die Anzahl der Minderheit, sondern durch ihre eigenen Fehler zu diesem Antrag getrieben worden. Hätten Sie nach meinem Vorschlag den Zolltarif sofort an das Plenum gebracht, so wären wir heute ein großes Stück weiter. Aber Sie glauben in der Kommission am besten Ihre Kompromisse falschen zu können. Jetzt soll man die sachliche Verhandlung des Tarifs Ihre Fehler büßen. Am Stellen von Anträgen ist die Mehrheit zu keiner Zeit der Beratungen gehindert gewesen. Sollten die Herren aus Bequemlichkeit Anträge unterlassen haben, so wäre das ihre eigene Schuld. Der Herr Redner sprach von Notwehr. Der Antrag v. Kardorff bedeutet aber eine Ueberschreitung der Notwehr unter Anwendung unzulässiger Mittel. (Sehr gut! links.) Dr. Spahn meinte, § 19 der Geschäftsordnung spreche von „Artikeln“; der Tarif aber enthalte nur Positionen, Artikel gebe es nur in dem Gesetz. Deshalb sei man berechtigt, alle Positionen in einem einzigen Artikel zusammenzufassen. Wir haben aber regelmäßig die einzelnen Positionen eines Tarifs bei der Beratung und Abstimmung als selbständige Artikel behandelt. Das Vorgehen des Dr. Spahn führt uns auf einen Weg, auf dem eine ordnungsmäßige Beratung dieses Zolltarifs überhaupt unmöglich ist. (Sehr wahr! links.) Solange die Geschäftsordnung besteht, sind wir an sie gebunden. Die Beweisführung des Abg. Spahn für die Zulässigkeit des Antrags ist absofort mangelhaft. (Zustimmung links.) Herr Kardorff hat gestern zum offenkundigen Widerspruch seiner Freunde ausgesprochen, daß es sich bei seinem Antrag um eine En bloc-Akzeptanz des Zolltarifs handelt. Der Ausdruck war ganz richtig. Eine solche En bloc-Akzeptanz ist aber unzulässig. Bei jedem früheren Antrag auf En bloc-Akzeptanz ist die Frage an das Haus gerichtet worden, ob jemand widerspreche, und der Widerspruch eines Einzelnen genügt, um ein solches Verfahren unmöglich zu machen. (H)

Die Sache ist keineswegs so harmlos, wie die Antragsteller darstellten möchten. Beschlüsse, die in einer der Geschäftsordnungen nicht entsprechenden Form gefaßt sind, sind unzulässig. (Sehr wahr! links.) Die Konsequenz ist, daß die zweite Lesung unzulässig wäre und wir nicht in die dritte Lesung eintreten können. In der dritten Lesung aber wäre die Mehrheit wieder vor dieselbe Frage gestellt wie jetzt. Auch dort kann eine sachliche Diskussion der einzelnen Artikel verlangt werden, und Sie wären gezwungen, die Geschäftsordnung in derselben Weise noch ein zweites Mal zu verletzen. Glauben Sie aber, daß der Bundesrat ein solches unzulässiges Gesetz sanktionieren würde? Ich nehme an, daß der Bundesrat in einem solchen Fall gegenüber der Reichstagsmehrheit als Hüter des Rechts auftreten würde. Der bedeutende Staatsrechtslehrer Laband sagt, daß der Kaiser das Recht und die Pflicht habe, zu untersuchen, ob ein Gesetz in verfassungsmäßiger Weise die Zustimmung des Reichstages und Bundesrates erhalten hat (Hört! hört! links), ob Reichstag und Bundesrat den bestehenden Vorschriften entsprechend gehandelt haben. (Hört! hört! links.) Diese bestehenden Vorschriften sind aber niedergelegt in unserer Geschäftsordnung. Wird der Reichstanzler, nachdem solche Bedenken hier gegen die Geschlossenheit des Antrages vorgebracht sind, sich entschließen, dem Kaiser die Vollziehung eines solchen Gesetzes zu empfehlen? Er würde damit eine sehr schwere Verantwortung auf sich nehmen. (Sehr wahr! links.) Es wird ja behauptet, der Antrag v. Kardorff sei in Uebereinstimmung mit dem Reichstanzler vorbereitet worden. Dann befände sich der Reichstanzler in einem schweren Verbrechen. Ich wünsche lebhaft, daß der Reichstanzler selbst hier erscheinen möge, um mit uns über diese Frage zu diskutieren, die eine weit über den Zolltarif hinausgehende Bedeutung hat. (Zustimmung links.) Wenn dieser Antrag für zulässig erklärt wird, so könnte zum Beispiel bei der Statberatung jede Minderheit, die zufällig gerade die Mehrheit der Anwesenden bildet, eine En bloc-Akzeptanz des Etats mit Änderung beliebiger Positionen beschließen. (Sehr richtig! links.) Jede Minderheit könnte in einem glänzenden Moment die ganzen Militär- und Marineausgaben aus dem Etat herausbringen und dann die zweite oder dritte Lesung endgültig abschließen. Das wäre keine Geschäftsordnung mehr, sondern die schamlose Geschäftsordnung. (Sehr gut! links.) Es kann der deutschen Nation nicht zugemutet werden, auf diese Weise der Willkür vielerlei Minderheiten ausgeliefert zu sein. Wir haben einen Anspruch darauf, daß solche Dinge, die das ganze Gewerbeleben auf das tiefste berühren, in voller Offenheit beraten werden. Das ist bisher nicht geschehen. Unsere Geschäftsordnung verlangt dies und wir müssen es verlangen. Für die Regierung bedeutet die Annahme dieses Antrags eine schwere Schädigung in ihrer Position gegenüber dem Ausland. (Sehr wahr! links.) Sehr bezeichnend ist, daß selbst die „National-Zeitung“ ihre heftige Empörung zum Ausdruck bringt darüber, daß Anhänger ihrer eigenen Partei einen solchen Antrag eingebracht und vertreten haben. (Hört! hört! links.) Die Autorität der Antragsteller ist im Lande bereits jetzt auf das Schwere erschüttert. (Zuruf rechts: Lassen Sie das unsere Sorge sein!) Treten Sie von Ihrem verwerflichen Beginnen zurück, das Sie doch nicht durchsetzen können. (Wohlbekanntes Verfall links.)

Abg. Haase (Soz.):

Wie ist wohl eine schlechte Sache mit so schlechten Gründen verteidigt worden, als der Antrag v. Kardorff durch Herrn Spahn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich gezeigt, daß, wenn es das politische Bedürfnis erfordert, sich immer ein Jurist findet, um auch das obliegende Unrecht mit einem Schein von Recht zu bekleiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Schein ist hier allerdings so durchsichtig, daß jeder dahinter die nackte Blöße des parlamentarischen Staatsverbrechens sieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Herrn Spahn haben bewiesen, daß es dringend notwendig ist, im Interesse des Parlaments, im Interesse der Mehrheit selbst erst einige Tage ins Land gehen zu lassen, bevor wir uns mit der Frage der Zulässigkeit des Antrags beschäftigen. Ich bin überzeugt, daß ein Mann wie Herr Spahn, Mitglied des höchsten Gerichtshofes, es nach einigen Tagen ruhiger Ueberlegung mit seinem juristischen Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, den Standpunkt einzunehmen, den er heute vertritt hat. Ich bin auch fest überzeugt, daß sich unter den Centrumsjuristen mehrere befinden, die in der Fraktionsberatung gegen diesen Antrag protestiert haben. Daß die Herren selbst das bestimmte Gefühl des Unrechts haben, haben ja die Vorgänge des gestrigen Tages schlagend bewiesen. Mit voller Absicht haben Sie dem Präsidenten nicht vorher ihr Vorgehen mitgeteilt. Nun hat der Präsident erklärt, ich habe den Antrag eben erst gelesen, da wurden bereits die Druckempfehle verteilt. Daran folgt, daß der Antrag ohne Genehmigung des Präsidenten gedruckt werden mußte.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich habe schon vorher gebeten, daß die Geschäftsführung des Präsidenten nicht in den Bereich der Diskussion gezogen wird. (Stürmische Unterbrechungen)

bei den Sozialdemokraten: Das bezieht sich gar nicht auf Sie!) Wenn der Abgeordnete sagt, daß in meinem Bureau eine solche Unordnung ist, daß etwas gedruckt wird ohne meine Genehmigung, so ist das ein Vorwurf gegen mich. (Widerpruch links.) Meine Herren! Ich gebe jeden Antrag in Druck, der eingebracht wird, das ist ganz und gabe im Reichstag.

Abg. Haase (fortfahrend):

Die Erklärung des Herrn Präsidenten ist ja für die Aufstellung des Sachverhalts von einiger Bedeutung. Ich verahre mich aber dagegen, daß ich mich gegen den Herrn Präsidenten gewandt hätte. Ich habe mich vielmehr lediglich gegen die Antragsteller gewandt. Jedenfalls besteht kein Zweifel, daß die Antragsteller Zeit genug gehabt hätten, mit dem Herrn Präsidenten zu sprechen. Aber sie haben es ihm absichtlich verschwiegen, um die Ueberumpelung durchzuführen zu können. Herr Haase meinte, die Mehrheit wolle ja die Beratung gar nicht beschränken. Da hat er doch auf ein so großes Maß von Leichtgläubigkeit auf unserer Seite geschüttelt. Ich erinnere daran, daß Herr Richter beantragt hatte, den Antrag begründen zu lassen und dann die Sitzung zu vertagen. Nach ihm kann Herr Bismarck zum Wort. Er ging aber nicht auf diesen Vorschlag ein. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Das war vorher! Lebhafter Widerpruch links.) Nein, Herr Bismarck, das war nach der zweiten Rede des Abg. Richter. Erst später sind Sie zu der Ansicht gekommen, daß Sie eine große Dummheit begangen hatten, als Sie selbst die einschlägigen Regeln der Lokalität schände brachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sind Sie schließlich auf die Anrede verfallen, die dann Herr Wagner vorbrachte. Herr Spahn sagte, die Mehrheit sei vorwärts gedrängt in der Notwehr. Sind denn jetzt alle Begriffe verdreht? Notwehr setzt doch eine gegenwärtige Handlung voraus. Die Leute aber hat ihren Kampf stets mit geistlichen Mitteln geführt. (Sehr wahr! links.) Herr Spahn hat ja deutlich verraten, worauf es den Herren eigentlich ankommt. Er sagte, die Kommissionsbeschlüsse sind so vorsichtig gelassen, daß sie leicht zerreißen könnten. Also weil Sie fürchten, es könnte materiell ein Beschluß zu Stande kommen, der Ihnen nicht zusagt, desoegen unterbreiden Sie die Diskussionsfreiheit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Als mir vor längerer Zeit einmal ein hervorragender Jurist sagte, das Centrum würde schon dafür sorgen, daß der Tarif durch irgend ein Mittel aus der Welt geschafft würde, lächelte ich laut auf und berief mich auf das Gewissen der Centrumsjuristen (Hohnschläger bei den Sozialdemokraten) und darauf, daß der Herr Präsident einen solchen Antrag niemals zulassen werde. Ich muß ja zugeben, daß ich allzu vertrauensvoll gewesen bin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die juristischen Gründe des Herrn Spahn lassen auf eine Wortfälschung hinaus: Ist eine Tarifposition auch ein Artikel? Bisher hat me ein Zweifel darüber bestanden, daß die Positionen einzeln zu beraten sind und auch der Herr Präsident hatte bereits vorge schlagen, die einzelnen Tarifpositionen entsprechend der bisherigen Praxis einzeln aufzurufen. Weiter hat Herr Spahn daran erinnert, daß eine Reihe von Gesetzen nicht im einzelnen beraten, sondern als Ganzes übernommen worden seien. Hat denn Herr Spahn gar nicht den gewaltigen Unterschied zwischen den beiden Fällen bemerkt? Dort handelte es sich um Gesetze, die in Geltung waren, die von gesetzgebenden Körperschaften durch beraten waren und außerdem hat damals niemand Protest gegen das Verfahren erhoben, wie Herr Spahn selbst bemerkte. Herr Spahn sagt, die Linke habe die Kommissionsberatung hinausgezogen, jetzt sei es zu spät, den Tarif durchzubringen. Die war es denn in der That. Zunächst gerieten sich die Rechte und die Regierung in die Haare, dann kamen immer wieder Anträge von der Rechten, dann handelte es sich darum, wie weit Minderstillschüsse gewährt werden können, dann kam die lange Debatte über den Quebrachozoll, der Streit zwischen Spinnern und Webern usw. Herr Spahn hat den Grundgedanken aufgestellt, daß die Mehrheit im Parlament souverän über die Geschäftsordnung ist. Am 18. Mai 1900 hat der Präsident Graf Ballestrem aber gegenüber dem Abg. v. Kardorff unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses mit äußerster Treue dem Ausdruck erklärt: Die Mehrheit ist Herr über die Geschäftsordnung innerhalb der Geschäftsordnung. (Sehr wahr! links.) Der Präsident allein hat darüber zu bestimmen, ob ein Antrag nach der Geschäftsordnung zulässig ist, wie Graf Ballestrem auch erst vor wenigen Tagen einen Antrag Richter nicht zum Druck gab, weil er geschäftsordnungsmäßig unzulässig sei. Die Geschäftsordnung ist für die Mitglieder des Reichstages so lange bindend, bis sie durch einen ordnungsmäßigen Beschluß geändert ist. Den Weg könnten Sie gehen. Sie haben auch damit gedroht, jetzt aber können Sie nicht per majorem partem Ihren Willen dem Hause aufzwingen. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie trotzdem so vorgehen, so machen Sie das Präsidium zu einem Schemen. Der Präsident hat dann lediglich den Willen der Mehrheit zu erfüllen. Geben Sie also zu: wir haben gesündigt und treten zurück! Hoffnung, daß Sie das thun, habe ich freilich nicht, denn zu einem solchen Einsinken gehört moralischer Mut. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Centrumsjuristen sollten zusammenreten, um zu verhindern, daß diesem geschlossenen Vorgehen die gesetzliche Sanktion gegeben würde. Sie müßten, wenn Sie Vorstand hätten, rebellieren gegen diesen Staatsverbrech. (Bravo! Bravo! links.) Thun Sie es nicht, so mögen Sie sich mit schuldigen an einem Verbrechen! (Stürmischer, wiederholter Beifall und Handklatschen links.)

Abg. v. Normann (L): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir geschlossen (Hört! hört! und Unruhe links) für die Zulässigkeit des Antrags Kardorff stimmen werden (Große Unruhe links, Gelächter und Aufse: Wo natürlich!) obgleich ein Teil meiner politischen Freunde mit dem materiellen Inhalt des Antrags nicht übereinstimmt. (Erneute Unruhe links.) Die klare und sachgemäße Begründung des Antrags durch Herrn Spahn (Minutenlanges Gelächter links — Worte des Präsidenten) auf Grund einer gerechten Auslegung der Geschäftsordnung (Zuruf links) und an der Hand einiger parlamentarischer Präcedenzfälle (Erneutes Gelächter links) haben uns überzeugt. (Auf links: Hurra! Hurra!) Aus den bisherigen Reden gegen die Zulässigkeit haben wir noch keinen Grund entnehmen können, um von unserer Ansicht abzuweichen. (Bravo! rechts. Lautes Gelächter links.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich hätte gestern vorge schlagen, daß der Antragsteller den Antrag begründen und daß wir uns dann vertagen sollten. Ich hätte diesen Vorschlag nicht gemacht, wenn ich gewußt hätte, daß Herr Spahn nichts weiter zur Rechtfertigung der Zulässigkeit des Antrags vorzubringen wissen würde, als er vorgebracht hat. Herr Spahn, so etwas Gefälschtes und Gefuchtes in der Rechtsauslegung, wie Sie es vorgebracht haben, ist mir doch noch nicht passiert! (Lebhafter Zustimmung links.) Herr Spahn meinte, wenn die Regierung den Tarif in einen Artikel des Gesetzes hineingearbeitet hätte, dann wären wir ja in der gleichen Lage gewesen. Stimmt Herr Spahn das Wort nicht? Der Mann, der das Wort und das über erdacht, hat sicher aus Hinderling Gold schon gemacht. (Heiterkeit links.) Wenn die Regierung das gethan hätte, hätte sie etwas durchaus Widersinniges, mit der Natur des Zolltarifs Unvereinbares gethan und der Reichstag hätte zuerst alles aus dem Handnehmen und gesondert behandeln müssen. (Sehr richtig! links.) Was ist denn der Unterschied zwischen Gesetzgebung und Verordnung? Das Gesetz schafft Rechte und Pflichten für den einzelnen Bürger, auch der Zolltarif begründet

für Kauf und Verkauf, Handel und Wandel eine große Anzahl Rechte und Pflichten. Gesetze werden im Reichs-Gesetzblatt bekannt gemacht. Wird der Antrag Kardorff Gesetz, so wird darin auf eine Nummer 727 der Anlagen zu den parlamentarischen Verhandlungen verwiesen und der Bürger, der sich über das Gesetz orientieren will, kann sich nicht ans Reichs-Gesetzblatt halten, sondern muß sich ans Reichstags-Bureau mit der Bitte um den betr. Band wenden. (Große Heiterkeit links.) Herr v. Kardorff hat sich für seinen Antrag auf einen Vorgang bei einem Gesetze aus dem Jahre 1879 bezogen. 1879 und 1885 sind Gesetze erlassen worden zur vorläufigen Inkraftsetzung der Zolltarif-Gesetze, die damals den Reichstag beschäftigten. Es besteht nur eine ganz äußerliche Ähnlichkeit mit der jetzigen Situation. Das Entscheidende ist, daß in jenen Gesetzen bestimmt ist: auch vorläufig dürfen diese Bestimmungen nicht eher in Kraft gesetzt werden, als bis der Reichstag in zweiter Lesung diese Vorlagen geschäftsordnungsmäßig erledigt hat. (Hört! hört! links.) Diese Bestimmungen lagen im Interesse der Allgemeinheit, waren nicht gegen den Widerstand einer Minorität beschloffen worden. Man wollte durch die damaligen Gesetze verhindern, daß in der Zeit zwischen der zweiten Lesung des Zolltarifs und der Publikation des Gesetzes nach der dritten Lesung Importeure sich die geringeren Tarife zu Nuzen machten, um durch Masseneinfuhr für lange Zeit die Wirkung der Zollhöchungen zu neutralisieren.

Dr. Spahn hat sich auf Präcedenzfälle berufen, die 30 bis 40 Jahre zurückliegen. Es handelte sich bei diesen unmittelbar nach dem Kriege erlassenen Gesetzen nicht um eine Abänderung der Gesetze, sondern lediglich um eine Ausdehnung des Geltungsbereichs schon bestehender Gesetze, wie es auch z. B. bei der Ausdehnung von Reichsgesetzen auf Helgoland der Fall gewesen ist. (Zustimmung links.) Jene Gesetze bezogen sich auf die Annexion der Reichslande und die württembergische Militärkonvention. Dabei lag die Sache völlig anders wie jetzt. Wenn Sie aber diesen Antrag v. Kardorff für zulässig erklären, so giebt es kein Mittel dagegen, daß in dieser Weise auch der ganze Etat angenommen wird. Was hat es in der parlamentarischen Geschichte für langwierige Erörterungen und Kämpfe über das Recht gegeben, über die Etatspositionen in einzelnen zu beschließen! Die ganze preussische Konstitutionslage hängt mit diesen Kämpfen der Specialisierung des Etats zusammen. Aufösungen sind wegen dieser Frage erfolgt. Alles das würde gar keinen Sinn mehr haben und gar nicht zu verstehen sein, wenn man jetzt nach dem Antrag Kardorff über diese ganze Specialisierung hinwegsehen wollte.

Ebenso wenig Beweiskraft hat die Bezugnahme auf die Resolution von 1891. Diese ist beschloffen worden, um zu verhindern, daß bei der zweiten Lesung des Etats tief einschneidende Anträge improvisiert und von einem schwach besetzten Hause angenommen würden. Aus dieser sühlich gefassten Resolution kann man doch nicht den Vorwand nehmen, sich über alle einzelnen Positionen einfach hinwegzusetzen. Das Wort Etatsposition ist überhaupt keine rechtsgültige Formel. Im Etat untercheidet man Kapitel und Titel, nichts anderes.

Dr. Spahn meinte weiter, der Tarif sei ja doch nur ein Instrument zum Zustandekommen von Handelsverträgen. Dann wäre ja der einfachste Ausweg, daß Sie bloß die Mindestsätze festsetzen und sich mit einer Resolution begnügen. Das würde vollständig genügen, wenn der Tarif nur als Instrument für Handelsverträge dienen sollte. Aber sowohl für die Artikel, die durch Handelsverträge nicht berührt werden, wie für die Länder, mit denen wir keine Handelsverträge abschließen, tritt der Tarif als solcher in Kraft. Das Zolltarifgesetz ist ein subsidäres Recht, das unter Umständen für den internationalen Verkehr zwingende Bestimmungen enthält.

Endlich wies Dr. Spahn hin auf die zollpolitische Situation. Damit hat er sich von der Frage der Rechtmäßigkeit auf das Gebiet der Zweckmäßigkeit begeben. (Sehr wahr! links.) Die zollpolitische Situation wird beherrscht von der Notwendigkeit, Handelsverträge zu hande zu bringen. Dieser Antrag bedeutet aber ein noch größeres Hindernis für das Zustandekommen von Handelsverträgen, als die Regierungsvorlage. (Sehr richtig! links.) Viele Positionen sind in der Kommission erhöht worden, und viele dieser Erhöhungen sind von der Regierung als ein Hindernis für Handelsverträge bezeichnet worden. Ich bin der Ueberzeugung, daß es sich hier um einen so drastischen, flagranten Fall eines Geschäftsordnungsbruches handelt, wie er bisher weder im Reichstag noch im preussischen Abgeordnetenhause vorgekommen ist! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Baffermann (natl.):

Durch die Art und Weise, wie hier seitens der Socialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung die Obstruktion betrieben worden ist (Lärm links), sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Zolltarif bei einzelner Beratung keiner 148 Positionen niemals zu Ende gebracht werden wird, nicht einmal der erste Abschnitt, und auch dann nicht, wenn das Haus immer bis zum 16. Juni beschlußfähig wäre. (Sehr richtig! rechts.) Die Socialdemokraten sind über den Antrag Kardorff sehr erregt gewesen. (Auf links: Die National-Zeitung! auch!) Die Herren sehen, um mit Herrn Ulrich zu sprechen, ihre Zelle wegschwimmen. (Auf links: Abwarten!) Wir können aber nicht zugeben, daß die Socialdemokraten allein den Reichstag ihre Macht fühlen lassen wollten. Angesichts der großen Bedeutung, die der Zolltarif für das wirtschaftliche Leben Deutschlands hat, haben wir die Bahnen verlassen. (Abg. Bebel ruft: Die Bahnen des Gesetzes! In dem hier entstehenden Sturm gehen die nächsten Worte des Redners unter.) Es ist gestern und heute häufig gesagt worden, der Antrag bedeute einen Bruch der Geschäftsordnung. Wäre der Antrag unzulässig, so wäre er sicher seitens des Präsidenten zurückgewiesen worden. (Großer Lärm links. Vicepräsident Graf v. Stolberg bittet um Ruhe.) Der Präsident hat aber nur Bedenken geäußert. (Auf links: Aber sehr gewichtige Bedenken.) Meine politischen Freunde haben den Antrag eingehend beraten (Stürmische Ruf links: Eine Stunde lang), und haben sich in ihrer Mehrheit für die Zulässigkeit des Antrags ausgesprochen. Einige meiner Freunde haben Bedenken gegen den Antrag und werden deshalb gegen ihn stimmen. Hätten wir den Antrag für geschäftsordnungswidrig gehalten, so wären wir zu einer Aenderung der Geschäftsordnung geschritten. (Abgeordneter Bebel: Dazu haben Sie eben nicht der Mut!) Wir hätten aber die Aenderung der Geschäftsordnung nicht für notwendig. (Abg. Bebel: Damit Sie rascher fertig werden!) Ach, Herr Bebel, die zwei- oder dreitägige Debatte, die ein solcher Antrag hervorgerufen hätte, hätten wir nicht gefürchtet. Es gab noch einen zweiten Weg. Wir hätten der Regierung eine Vollmacht ausstellen können, auf Grund der Fälle der Regierungsvorlage Handelsverträge abzuschließen. Dieser Weg ist uns häufig von der „Freisinnigen Zeitung“ als gangbar empfohlen worden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Geschäftsordnung ist aber nicht verletzt. Sie spricht nur von Gesetzen, nicht von Anlagen zu Gesetzen. (Lachen links.) Der Antrag v. Kardorff ist unsrer Meinung nach nicht absolut unzulässig, und wenn sich Zweifel erheben, so ist eine andre Lösung nicht möglich als durch Abstimmung per majores. Herr v. Kardorff hätte Unrecht, wenn er sagte, der Antrag bezwecke eine Enbloc-Akzeptanz des Tarifs. Es sind in dem Antrage Ausnahmen statuiert, und an diese Ausnahmen können sich beständige andre knüpfen. Eine Diskussion ist also durchaus nicht ausgeschlossen. (Lachen links. Vicepräsident Graf v. Stolberg bittet um Ruhe.) Der Antrag hat den Zweck, über 1000 namentliche Abstimmungen hinwegzukommen. (Zwischenruf des Abg. Stadthagen.) Nun Kollege Stadthagen, jetzt werden Sie hoffentlich den Zweck des Antrages begriffen haben. (Vicepräsident Graf v. Stolberg bittet wiederholt, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Der Antrag war notwendig, um die Verabschiedung des Zolltarifs zu ermöglichen. Daß er gestellt werden mußte, daran ist die Taktik der Socialdemokratie, die Taktik der Dauerreden, der überflüssigen namentlichen Abstimmungen und endlosen Geschäftsordnungs-Debatten schuld. Diese Taktik der Socialdemokraten hat eine trassende Kritik ge-

funden in der „Freisinnigen Zeitung“. (Anhaltende Rufe bei den Socialdemokraten: „National-Zeitung“! „National-Zeitung“! „National-Zeitung“!) Der Redner muß eine längere Pause eintrreten lassen. (Abg. Singer begiebt sich mit der „National-Zeitung“ in der Hand zum Redner auf die Tribüne und überreicht sie ihm. — Stürmische Heiterkeit. Vicepräsident Graf von Stolberg schwingt heftig die Glode und erhebt in erregtem Tone um Ruhe.) Abg. Baffermann verliest den Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ gegen die socialdemokratische Obstruktion. (Auf der linken Seite ertönen fortwährend neue Rufe: „National-Zeitung“! „National-Zeitung“!) Herr Richter hat die socialdemokratische Taktik die Karikatur einer Parlaments-Verhandlung genannt. Wir wollen nicht, daß die achtundfünfzig Stimmen der Socialdemokraten dem Reichstag ihren Willen aufzwingen. Daß Sie das wollen, das haben Sie in München, das hat Herr Bebel in Hamburg, das haben Sie auch gestern verraten. (Auf links: Was haben Sie denn in Eisenach gesagt? (Sehr gut! links.) Wir können nicht die Verantwortung für das Scheitern des Zolltarifs tragen. Es handelt sich auch nicht um den Zolltarif allein. Siegt hier die Obstruktion, so wird sie bei jedem wichtigen Gesetz kommen. (Auf links: Sie haben bei der lex Heinze ja auch mitgemacht.) Nein! (Lärm rechts. Vicepräsident v. Stolberg: Ein Abgeordneter hat hier gerufen: Sie reden die Unwahrheit. Ich rufe den betreffenden Herrn zur Ordnung. Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir sind verpflichtet, den Parlamentarismus vor Ihnen zu schützen. Das ist der Grund, weshalb wir dem Antrag v. Kardorff zustimmen. (Lebhafte Beifall rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen, lebhaftes Zischen links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

Herr Sidelum hat gestern gesagt, meine Unterschrift fehlte noch auf dem Antrag v. Kardorff, dann wäre er erst nett. Herr Sidelum irtt sich sehr. Ich bin auch von dem Antrag über-rumpelt worden. (Heiterkeit.) Allerdings wie Gothein, dem schon vor einigen Monaten der Antrag mitgeteilt worden ist und der dann gestern sich doch über-rumpelt fühlte. (Große Heiterkeit.) Herr Sidelum kennt mein agrarisches Herz nicht, sonst mühte er wissen, daß mir durch die Kommissionsbeschlüsse die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend gewahrt erscheinen und daß ich schon deshalb nicht für den Antrag v. Kardorff, ebensowenig für einen andern Kompromißantrag stimmen kann. Der Antrag ist auch ganz richtig und unverstänlich genannt. Außerdem habe ich aber außerordentlich tiefe Zweifel an seiner geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit und diese Zweifel sind heute durch die Rede des Abg. Richter noch verstärkt worden. Es war ein großer taktischer Fehler der Antragsteller, gestern nicht sofort in eine Pause gewilligt zu haben. (Sehr richtig!) Bei einem so wichtigen Antrag mühte Frist gewahrt werden. Sonst erwecke man den Schein der Ueber-rumpelung, und als beabsichtigte man, den Erfolg der Ueber-rumpelung so rasch als möglich einzuhelfen. Herr Bagem hat ja nachträglich erklärt, daß das keineswegs beabsichtigt sei, aber weshalb hat er denn nicht selber sofort die Vertagung beantragt, da über die Zulässigkeit des Antrages gestern doch schon genug geredet war. So ist die Debatte weitergeführt worden, und die Herren der Linken haben ihren Zweck doch erreicht (Sehr richtig!) und werden ihn weiter erreichen. Denn der Antrag wird nicht bewirkt, was sich die Antragsteller von ihm versprechen. Der Antrag giebt die Möglichkeit und zeigt selber den Weg, zu jedem einzelnen Paragraphen neue Anträge einzubringen. (Sehr richtig!) In der vorliegenden Form kann er gar nicht zur Abstimmung gebracht werden. Wir haben ja beschloffen, die Abstimmung über den § 1 so lange auszusetzen, bis der Tarif durchberaten ist. Die logische Folge des Antrags Kardorff ist, daß erst die Beschlüsse der Zollkommission Position für Position geprüft werden müssen. (Sehr richtig!) Wegen dieses Antrags war der ungeheure Lärm nicht nötig, den Sie (nach links) darüber gemacht haben. Sie hätten lachen sollen. Ich bedaure, daß eine große Gruppe inaktivität und über-zugener Forderung der Landwirtschaft sich hat bestimmen lassen, sich dieser Aktion anzuschließen, die sie ruhig den andern Gruppen hätte überlassen sollen. Was haben denn die Konservativen eigentlich für einen Anlaß, dem Auswärtigen Amt die Arbeit zu erleichtern, denn darauf läuft doch die ganze Aktion hinaus. Handelsvertrags-Verhandlungen sollen ermöglicht werden. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein ist bekanntlich gestirzt, weil er an höheren Getreidepreisen und an der Bindung der Viehpreise festhielt. Er hat einem etwas elastischeren Minister Platz gemacht. Interessiert an Handelsverträgen ist in erster Linie der Handel, dessen Vertreter, ich nenne Hamacher und Simon, die eigentlichen Rächer des Ganzen sind, wenn sie auch draußen in den Wandelgängen sitzen. Der Antrag Kardorff wird den Konservativen viel mehr Unbequemlichkeiten machen, als ihnen lieb ist. Die deutschen Bauern werden sich die Namen derjenigen ansehen, die auf diese Weise das Erstgeburtsrecht der deutschen Landwirtschaft für ein Pflanzgericht hergeben. (Bravo! bei den Wändlern und Antisemiten.) Etwas Gutes werden die gestrigen Vorgänge haben. Der Präsident hat betonen müssen, daß er machtlos sei, die Ausdrücke, die gestern gefallen sind, in der Form zu rügen, die notwendig ist. Da muß Wandel geschaffen werden. Die Mehrheit muß den Mut der Verantwortung finden, dem Hunde nicht den Schwanz stückweise abzuschneiden, sondern auf geschäftsordnungsmäßigem Wege die Geschäftsordnung so gründlich zu ändern, daß sie die ordnungsmäßige Erledigung der parlamentarischen Geschäfte verbürgt. Ich, der ich einer Minderheit angehöre, würde eine solche Aenderung mit Bedauern mitmachen. Aber der Parlamentarismus darf nicht durch den Parlamentarismus zu Grunde gerichtet werden. Es hat Zeiten gegeben, wo uns die Diktatur angenehm gewesen wäre, aber im gegenwärtigen Moment können wir die Kritik des Parlaments am allerwenigsten erdulden. Zeit für eine solche Umgestaltung der Geschäftsordnung muß gefunden werden. Wenn darüber der Zolltarif nicht zu stande kommt, so tragen nicht wir, sondern die Regierung schuld, die ihn um ein Jahr später eingebracht hat, als die kaiserliche Hofkammer ankündigte. Es wäre kein so entsetzliches Unglück, wenn die Handelsverträge um ein Jahr verlängert werden müßten, so unangenehm die Industrie auch die Unsicherheit empfindet. Nach den gestrigen Ausritten dürfen wir wohl auf eine gründliche Spaltung der Socialdemokratie rechnen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Am 12. November hat Bebel erklärt, es würde jeder Parteigenosse, der sich ähnlichen Gemeinheiten zu Schulden kommen läßt wie die Rueger-Leute in Wien, mit Schimpf und Schande aus der Fraktion gestochen werden. Nun, Herr Bebel, stoßen Sie. (Große Heiterkeit.) Gestern sind eine Reihe Ausdrücke gefallen, an die die Wiener Schimpfworte nicht heranreichen. Wenn Herr Bebel noch Führer ist, dann wird er gründlich anfräumen. Er selber ist ja unschuldig. Er wird ja wissen, um wen es sich handelt. Gehen Sie (zur Mehrheit) gerade aus, ändern Sie die Geschäftsordnung und dann vorwärts gegen den gemeinschaftlichen Feind. Da sitzt er. (Auf die Socialdemokraten deutend. — Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Geher (Soc.):

Herr Baffermann hat in seiner Darstellung des Obstruktionsfeldzuges bei der lex Heinze die Wahrheit nicht gesagt. Ich bestimme mich genau, daß, als die Linke damals beim Hammelsprung das Haus beschlußfähig machte, auch der Abg. Baffermann sich mit dransin befand. Ich wurde im Wandelgange noch darauf aufmerksam gemacht: da ist der Abg. Baffermann! Sie können sagen, Sie seien vorher hinausgegangen und hätten nicht gewußt, um was es sich handelte. Aber daß Sie damals unter den Obstruktionsisten waren, steht für mich bündelhaft. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wäre die Mehrheit nicht so koplos, so hätte sie den Wunsch nach Vertagung schon gestern erfüllt. Von einem solchen Antrag ist allerdings schon seit neun Monaten die Rede. Seine definitive Form hat er doch aber erst vor kurzer Zeit gewonnen, und daß er mit einem Male plötzlich auftauchte, darin liegt die Ueber-rumpelung. Sie hätten gestern bereits die Verhand-

lungen über Sonntag verlagert müssen, damit die Erregung sich legt. Die Auslegung des Antrages durch Herrn Spahn ist von den Juristen hier gerpflückt worden. Der Antrag ist entstanden, als der Handel zwischen Mehrheit und Regierung zu stande gekommen war. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wenn dem Präsidenten die Unzulässigkeit des Antrages klar war, dann hätte er die Entscheidung über die Zulässigkeit nicht in die Hände der Mehrheit legen sollen. Wenn die Mehrheit ihrem Willen durch einen Bruch der Geschäftsordnung Geltung verschafft, dann degradiert die Mehrheit den Präsidenten des Hauses zu einem Präsidenten der Mehrheit. (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten. Vicepräsident Graf v. Stolberg schwingt mit beiden Händen die Glode und bewegt dabei den ganzen Körper.)

Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode (unterbrechend): Ich bitte den Redner, eine Kritik der Thätigkeit des Herrn Präsidenten zu unterlassen.

Abg. Geher (fortfahrend): Ich habe die Thätigkeit des Präsidenten nicht kritisiert, sondern nur konstatiert, was die Mehrheit aus dem Präsidenten macht. (Zuruf bei den Socialdemokraten: So ist es ganz richtig! — Große Heiterkeit.) Die Mehrheit glaubt offenbar, die Dinge werden sich im Plenum eben so leicht machen lassen wie in der Kommission. Hier im Plenum aber haben wir die Pflicht, Ihr Vorgehen in allen Einzelheiten vor dem Lande zu beleuchten. Herr von Kardorff hat schon als Vorsitzender der Zolltarif-Kommission Maximen zum Ausdruck gebracht, die auf diesen Antrag hinwiesen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es ist bekannt, daß Herr v. Kardorff den Streich verübte, die Positionen massenhaft zusammenzufassen —

Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Ich bitte, die Thätigkeit der einzelnen Mitglieder der Kommission hier nicht zu kritisieren.

Abg. Geher (fortfahrend): Die Minorität erklärte sich gegen diese Zusammenfassung, mittels deren der Tarif durchgepeitscht werden sollte. Ein Teil der Herren, die heute mit den Agrariern verbunden sind, haben damals noch anständigertweise das Vorgehen des Herrn v. Kardorff wenigstens nicht zu verteidigen gesucht. Daher konnte die Minderheit ihren Willen durchsetzen. Sie hat es durch ihr berechtigtes Verhalten dahin gebracht, daß Herr v. Kardorff sein Amt als Vorsitzender der Kommission quittieren mußte. (Unruhe rechts.)

Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode (erregt): Ich bitte, Vorgänge aus der Kommission, soweit sie Personen betreffen, hier nicht zu kritisieren. (Auf bei den Socialdemokraten: Warum denn nicht? Weil das den Gewohnheiten des Hauses widerspricht.)

Abg. Geher (fortfahrend): Ich mühte diese Vorgänge im Allgemeinen hier anführen, damit klar werde, wie die Mehrheit Schritt für Schritt zu diesem Antrag Kardorff, durch den jetzt die Minderheit bergewaltig werden soll, gekommen ist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die Mehrheit hat wiederholt Standale in der Zollkommission provociert. Der jetzige Antrag bedeutet einen direkten Bruch der Geschäftsordnung. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Der Einwand, die „Obstruktion“ habe diesen Antrag hervorgerufen, ist lächerlich. Die Würde des Parlamentes ist nicht schämmer herabgesetzt worden als in diesen Tagen seitens der Mehrheit, die, ohne irgendwie das Decorum zu wahren, ihre Schachereien hinter den Coulissen betrieb, so daß der Reichstag zu einer Schachertube herabgewürdigt wurde! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode

(sehr erregt und wiederholt die Glode schwingend):

Der Redner hat soeben gesagt, der Reichstag sei zu einer Schachertube herabgewürdigt worden. (Lebhafte Zurufe bei den Socialdemokraten: Sehr richtig!) Das ist unzulässig. Ich rufe den Redner zur Ordnung! (Große Unruhe links. Rufe: Aufhandel!)

Abg. Geher (fortfahrend):

Die Mehrheit behauptet, das Urteil des Volkes nicht zu scheuen. Dann fordern Sie doch die Auflösung des Reichstags! Dann haben Sie gleich das Urteil des Volkes! Wir wissen, daß die Mehrheit des Volkes auf unsrer Seite, auf Seiten der Minderheit dieses Hauses, steht. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Mehrheit dieses Hauses repräsentiert nicht die Mehrheit der Wähler. Die Vertreter der Minderheit des Volkes vindizieren sich hier das Recht, durch diesen Tarif der Mehrheit des Volkes unabsehbar Schaden zuzufügen. Und dabei wollen Sie noch die sachliche Diskussion über die Einzelheiten dieser ungeheuren Schädigung verhindern! Sie glauben, daß das Volk bis zu den Wahlen die Vorgänge vergessen haben wird, wir werden aber für die Aufklärung des Volkes sorgen, denn es handelt sich hier um seine Existenzfrage. (Sehr wahr! bei den Soc.) Die „Admische Volkszeitung“ schrieb gestern, niemals ist die Schmach ungeschonter und brutaler als politischer Grundlag proklamiert worden! Das trifft vollkommen auf die Schachertube des Centrums zu. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) An das schwarze Kartell schließt sich jetzt der blaue Fehzen des National-liberalismus an, und beide treten das Recht des Volkes mit Füßen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Bagem (C.):

Diese Debatte ist eigentlich eine Geschäftsordnungsdebatte, Sie werden aber zugeben, daß sie ganz außerordentlich weit über den Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte hinausgegangen ist. Ungeheurer Neid! Deswegen, was die Gegner unsrer Antrages vorgebracht haben, gehörte nicht zur Geschäftsordnung. Sie reden zum Lande hinaus. (Abg. Stadthagen: Was Sie da sagen, ist sicher nicht zur Geschäftsordnung!) Nachdem aber die Debatte einmal in diese Bahnen gekommen ist, bin ich in der Kollage, auch auf die Reden der Gegner einzugehen. (Abg. Stadthagen ruft wiederholt: Zur Geschäftsordnung, er hat das Wort gar nicht zu bekommen, wir haben uns früher gemeldet!) Ich bitte Herrn Stadthagen, mir wenigstens zu sagen, wie viel Zeit er zur Berufung braucht. (Große Heiterkeit im Centrum und rechts, Unruhe links. Abg. Stadthagen: Der Präsident soll denen das Wort geben, die sich vor Ihnen gemeldet haben. (Glode des Präsidenten, Rufe rechts: Ruhe! Ruhe!) Das haben wir zu verlangen. Zustimmung bei den Socialdemokraten. Glode des Präsidenten.) Abg. Bagem (fortfahrend): Zunächst habe ich zu antworten auf die Ausführungen... (Abg. Stadthagen: Der Mann redet immer noch weiter. — Glode des Präsidenten.) Ich konstatiere, daß die Herren Socialdemokraten vorhin von niemand unterbrochen worden sind. (Abg. Stadthagen: Das ist eine Unwahrheit! Großer Lärm rechts und im Centrum. Glode des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Herr Stadthagen hat soeben dem Herrn Redner zugeredet: Das ist eine Unwahrheit, ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Bravo! im Centrum. Abg. Stadthagen: Jedenfalls war das nicht zur Geschäftsordnung!)

Abg. Bagem (fortfahrend): Die Herren, die mich unterbrechen, werden doch zugeben, daß ich dasselbe Recht habe, über den Rahmen der Geschäftsordnung hinauszugehen. (Abg. Stadthagen: Hört! hört!), nachdem Sie das zuerst in so weitgehendem Maße getan haben. (Lärm links. Rufe bei den Socialdemokraten: Das haben wir nicht getan. Abg. Stadthagen: Eine derartige Genur brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen! Glode des Präsidenten.)

Viceprä. Graf Stolberg: Ich rufe den Herrn Abg. Bagem (Stürmische Heiterkeit), ich rufe den Abg. Stadthagen zum zweiten Male zur Ordnung, weil er fortwährend den Redner unterbricht. (Abg. Stadthagen: Der Redner hat zur Sache zu sprechen!)

Abg. Bagem (fort): Herr Geher hat gesagt, die Nationalliberalen hätten sich an der Obstruktion gegen die lex Heinze beteiligt. Ich überlasse es den Herren von der nationalliberalen Partei, auf diese schmerzliche Beschuldigung zu antworten. Die Nationalliberalen haben damals die Obstruktion nicht mitgemacht. (Lebhafte Widerspruch bei den Socialdemokraten. Abg. Stadthagen: Sie behaupten

etwas, das nicht mit der Wahrheit in Einklang zu bringen ist! (Lächeln des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte Herrn Stadthagen, den Redner nicht zu unterbrechen. (Abg. Stadthagen: Ich bin bereits vor jenem Redner gemeldet!) Wenn ich Herrn Bachem das Wort erteilt habe, so hat er das Wort, und Sie haben nicht das Recht, ihn zu unterbrechen, Sie können sich nachher beschweren!)

Abg. Bachem (fortfahrend): Ich erinnere daran, daß Vertreter der Rationalisten damals gesagt: wir machen keine Obstruktion mit.

Was nun die Zulässigkeit meines Antrages betrifft, so hat Herr Spahn die formal-juristische Seite ausführlich beleuchtet. Sie werden sich nun überzeugt haben, daß mein Vorschlag gestern, zunächst den Antrag begründend zu lassen, das Richtige war. Sie wären auf jeden Fall zum Worte gekommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, daß Sie meinen Worten nicht glauben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: kein Wort!) Ich würde es mir niemals erlauben, das einem Kollegen zu sagen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Was den Antrag anlangt, so werden Sie mir zugeben müssen, daß es ganz unmöglich ist, den Zolltarif als einen Artikel im Sinne des § 19 der Geschäftsordnung zu bezeichnen. Eine selbständige gesetzliche Bestimmung ist der Zolltarif nicht. Redner verweist auf die vom Abg. Spahn angeführten Präcedenzfälle bei der Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetzen. Er bestreitet gegenüber dem Abg. Schrader, daß die Berufung auf Absatz richtig sei und hebt hervor, daß bei einer Vorlage, die die Ausdehnung des Geltungsbereichs einer Militärkonvention betraf, auch ein Widerspruch des Abg. Richter erfolgt sei. Redner geht weiter auf den Zweck der Geschäftsordnung ein und sagt: Die Geschäftsordnung soll die Minorität in gewissen Fällen schützen, ihr aber nicht die Obstruktion ermöglichen. Das hohe Haus hat in der Geschäftsbehandlung der Vorlagen freie Hand, soweit nicht ausdrückliche Bestimmungen hindernd sind. (Auf links: § 19, 2.) Daß § 19, 2 nicht anzuwenden ist, habe ich vorher schon nachgewiesen. (Widerspruch links.)

Sachlich ist der Antrag v. Stordorf gerechtfertigt, weil, wenn auch einzelne Wünsche unerfüllt geblieben sind, die Kommissionsbeschlüsse eine gute Grundlage für den Abschluß besserer Handelsverträge bilden. Der Antrag mußte kommen, da wir seit dem 14. Oktober die Zeit vergeuden haben mit der Beratung von nur 12 Paragraphen des Tarifgesetzes. (Lärm links. Rufe: Sie haben geschwätzt sechs Ferientage.) Es mögen nicht alle Tage auf die Beratung des Tarifgesetzes verwandt worden sein; so viel steht fest, daß, so lange der Reichstag existiert, ein Gesetz von 12 Paragraphen so lange Verarbeitungszeit in Anspruch genommen hat. Seitens der Rechten sind auch viele Reden gehalten worden, aber durchaus in sachlicher Weise. (Auf des Abgeordneten Stadthagen: Un glaublich!) Die Linke aber hat Dauerreden gehalten, die eine wahre Menschenschilderei sind. (Sehr wahr! rechts.) Die Dauerreden sind ein Mißbrauch der Geschäftsordnung durch die Sozialdemokraten. (Vizepräsident Bising: Herr Abgeordneter. Sie dürfen Mitgliedern des Hauses nicht Mißbrauch der Geschäftsordnung vorwerfen. Heiterkeit.) Unter solchen Umständen ist eine Verabschiedung des Zolltarifs unmöglich. Wenn aber der Tarif sachlich nicht mehr durchdebatte werden kann (Hört! hört! links), so ist das ausschließlich Schuld der sozialdemokratischen Obstruktion. Die Herren Sozialdemokraten haben ja ihre Absicht offen genug ausgesprochen. Es ist gesagt worden: Wir brauchen den Tarif für die Wahl- agitation; er darf in dieser Session nicht mehr Gesetz werden. In München hat Abg. Rosenow gesagt, die Kommissionsverhandlungen waren nur oberflächlich, die Hauptarbeit kommt erst im Plenum. Und Herr Nebels Rede in Hamburg! (Lärm links.) 50 Tage Abstimmungen hat er angelündigt! Sie haben offen gesagt: Sie reden nicht für das Haus, Sie reden für das Volk. Das ist die offene Erklärung, nicht sachlich, sondern nur für die Wahlen zu debattieren, und nicht zum Besten des Volkes, sondern zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei. (Rufe links: Sie fürchten ja die Diskussion!) Wir fürchten keine sachliche Diskussion und keine Gründlichkeit der Diskussion. (Anhaltender Lärm links. Vizepräsident Bising bittet wiederholt vergeblich um Ruhe.) Dauerreden sind aber das genaue Gegenteil von Sachlichkeit und Gründlichkeit. (Erneuter Lärm links.) Die Sozialdemokraten wollen den Appell an das Volk. Kein juristisch genommen können wir in Deutschland einen solchen Appell an das Volk, wie ihn die Schweizer in ihrem Referendum haben, nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat das Volk bereits seine Ansicht über diesen Tarif kundgegeben. (Große Unruhe links.) Seit dem russischen Handelsvertrage hat die öffentliche Diskussion sich zum übergroßen Teil mit den Fragen beschäftigt, die jetzt in diesem Zolltarif zum Ausdruck kommen. Die Wahlen von 1898 sind ganz vornehmlich erfolgt unter dem Zeichen der Frage, ob die Getreidezölle erhöht werden sollen oder nicht. (Lebhafte Jurufe bei den Sozialdemokraten: Nein! Davon war gar keine Rede. Große Unruhe.) Das Verlangen, diesen Zolltarif einer Volksabstimmung zu unterbreiten, ist sachlich und politisch unbedeutend. In diesem Hause ist eine Dreiviertelmajorität für den Zolltarif. Von der Minorität, die nur ein Viertel des Hauses ausmacht, treibt auch nur ein Teil Obstruktion, während ein anderer Teil, unzweifelhaft ein politisch sehr ins Gewicht fallender Teil, die freisinnige Volkspartei unter Führung des alten, besonnenen, klugen Parlamentariers Richter (Stürmischer Gelächter bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall rechts und im Centrum. Abg. Richter, auf den sich alle Blicke wenden, lächelt) die Obstruktion nicht mitmacht, sondern offen erklärt, auch bei der Bekämpfung des Zolltarifs auf dem Boden sachlicher Diskussion bleiben zu wollen. Diese Partei hat die Obstruktion auf das schärfste verurteilt. (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Jurufe bei den Sozialdemokraten: Das geschieht dem Richter recht!) Anders sieht es mit der freisinnigen Vereinigung. Diese geht Hand in Hand mit der Sozialdemokratie und macht die ganze Obstruktion mit. (Jurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist sehr vernünftig! Heiterkeit und Große Unruhe. Abg. Dr. Barth: Sehr richtig!) Wenn die Sozialdemokratie die Obstruktion mitmacht, so entspricht das ihrer ganzen politischen Stellung. Sie ist und will eine revolutionäre Partei sein und darum scheut sie sich auch nicht davor, revolutionäre Mittel auch in das Parlament zu tragen. (Anhaltender Tumult bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Bising äußert sehr erregt mit der Glocke. Die Jurufe dauern trotzdem fort. Während dieses Tumultes erklärt Vizepräsident Bising den letzten Ausdruck des Redners für unzulässig.

Abg. Dr. Bachem (fortfahrend): Die freisinnige Vereinigung aber steht auf dem Boden des Liberalismus; sie möchte sogar die crème des Liberalismus darstellen. (Heiterkeit.) Um so mehr nimmt es mich wunder, daß eine solche Partei die Obstruktion mitmacht. Die Rationalisten, die den Antrag unterzeichnet haben, sind von der Opposition als Geschäftsführer der Reaktion bezeichnet worden. (Lebhafte Jurufe links: Sehr wahr! Schrittmacher der Reaktion! Lärm bei den Rationalisten.) Etwas Theatralisches kann man sich nicht denken. Bei dem vorliegenden Kompromiß sind die Führer der gleichberechtigten Parteien in voller Gleichberechtigung zusammengetreten und haben sich geeinigt unter Nachgeben auf seiten jeder Partei. Bei diesem Kompromiß hat die nationalliberale Partei den Löwenanteil davongetragen. (Große Unruhe bei den Rationalisten. Gelächter links.) Von meinem Standpunkt aus bedauere ich das; es wäre mir viel angenehmer, wenn meine Parteifreunde den Löwenanteil bekommen hätten. (Jurufe bei den Sozialdemokraten: Da kommt schon der Reid zum Vorschein. Heiterkeit links.) Wie kann man die Rationalisten als Teilhaber des Kompromisses bezeichnen? (Abg. Singer: Nun, wir können sie ja auch Hörige nennen. Große Heiterkeit links.) Hat jemals ein Teilhaber bei einer Teilung mit seinem Herrn (Stürmische Unterbrechungen und ironische Jurufe links)

Mit seinem Herrn! Mit seinem Herrn! Ha! ha!) den Löwenanteil davongetragen? Wenn man solche Ausdrücke auf politische Gebiete anwenden wollte, so müßten sie besser auf das Verhältnis der freisinnigen Vereinigung zur Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum. Große Unruhe links.) Der gute Geschmack (Gelächter links) verbietet mir diese Parallele weiter zu führen. Trotzdem wäre es sehr interessant, das Verhältnis der freisinnigen Vereinigung zur Sozialdemokratie nach der Richtung zur Leidenhaftigkeit einmal eingehender zu beurteilen. Besonders interessant würde es sein, diejenige Auffassung dieses Verhältnisses einmal hervorzuziehen, wie sie in diesen Tagen aus den Reihen der sozialdemokratischen Partei an unsere Ohren gelungen ist. (Große Unruhe links.) Wenn Herr Barth und seine Freunde wüßten, was ich weiß, wie ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie in diesen Tagen von Sozialdemokraten selber beurteilt worden ist — (Heftige Unterbrechung links. Erregte Jurufe bei den Sozialdemokraten: Sagen Sie es doch! Heraus mit der Sprache! Heraus damit!)

Abg. Bachem schweigt. (Die erregten Jurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung dauern minutenlang fort.)

Vizepräsident Bising sucht vergeblich durch fortwährendes Schwingen der Glocke Ruhe herzustellen. Seine Worte gehen in dem allgemeinen Tumult verloren. Die Jurufe schwellen zu einem brandenden Chöre an, aus dem man nur vereinzelt Worte heraus hört, wie: Er soll es sagen! Er soll es endlich sagen! Verächtigung! Verleumdung! Heraus damit! Heraus damit! Wir wollen es wissen!

Abg. Bachem beginnt weiter zu sprechen, jedoch macht er offenbar, wie aus der Fortdauer der erregten Jurufe zu entnehmen ist, keine näheren Angaben über die angeblichen sozialdemokratischen Äußerungen. Das entfesselt neue Stürme der Linken. Die Abgeordneten des ganzen Hauses haben die Plätze verlassen und drängen sich um die Rednertribüne und den Tisch des Hauses. Zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete haben die links zur Rednertribüne führende Treppe besetzt und suchen durch stürmische Jurufe und empörte Gesten den Abg. Bachem zu veranlassen, endlich ihrem Verlangen nachzukommen.

Vizepräsident Bising (sehr erregt andauernd die Glocke schwingend): Ich habe Sie (nach links) wiederholt gebeten, sich ruhig zu verhalten. Wohin soll das führen, wenn Sie so fortfahren! (Erregte Jurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung: Er soll es sagen!) In dem ungeheuren Tumult gehen die weiteren Worte des Vizepräsidenten Bising verloren. Da unter andern der Abg. Reichhaus (Soc.) empörte Jurufe an den Abg. Dr. Bachem richtet, ruft:

Vizepräsident Bising, auch äußerlich erregt: Herr Abg. Reichhaus, ich rufe Sie zur Ordnung! (Große Unruhe links.) Herr Reichhaus, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung! Auf weitere stürmische Jurufe des Abg. Reichhaus fährt Vizepräsident Bising fort: Ich kann Ihren Anspruch nicht anerkennen! Ich kann keinen Redner zu einer Äußerung zwingen! Er muß selbst darüber entscheiden, was er sagen will und was nicht. Niemand in diesem Hause, auch der Präsident nicht, hat das Recht, einen Redner zu zwingen, etwas zu sagen, was er nicht sagen will. (Laute Jurufe: Er hat verleumdet! Unerhörte Gemeinheit! Lüge! Verleumdung! Er hat Lügen gesagt!) Unter allgemeinem Lärm fährt

Abg. Dr. Bachem fort: Herr Dr. Bachem hat gestern gemeint — (die weiteren Worte des Redners gehen in dem fortdauernden Tumult gänzlich verloren.) Vizepräsident Bising schwingt andauernd die Glocke. Er fordert die Abgeordneten wiederholt auf, die Treppe zu räumen und sich auf ihre Plätze zu begeben. Die meisten Abgeordneten folgen dieser Aufforderung, aber der stürmische Lärm dauert fort. Von der freisinnigen Vereinigung richtet besonders Abg. Gothe lebhaft Jurufe an Dr. Bachem. Auch Abg. Reichhaus (Soc.) apostrophiert den Abg. Bachem in erregten Ausdrücken.

Vizepräsident Bising: Herr Reichhaus, ich muß Sie bitten, den Saal zu verlassen. (Tumult bei den Sozialdemokraten. Laute Rufe: Nein! Nein! Der Lärm dauert minutenlang fort.)

Vizepräsident Bising versucht vergebens durch fortwährendes Läuten der Glocke die Ruhe wiederherzustellen. Dr. Bachem steht schweigend auf der Rednertribüne, fortwährend von empörten Jurufen überhäuft.

Endlich erklärt Vizepräsident Bising in großer Erregung: Meine Herren, wenn ich mir kein Gehör mehr bei Ihnen verschaffen kann, so lege ich die Sitzung auf eine halbe Stunde aus. (Laute Beifallstürme und anhaltende Unruhe auf allen Seiten des Hauses.) Unterbrechung der Sitzung 6 1/2 Uhr.

(Schluß im Hauptblatt.)

Lokales.

Klerikaler Vandalismus. Das neuerrauten Rathaus zu Pankow ist natürlich auch mit einem Kellere Keller ausgestattet. Im Vorraum dieses Kellers endet das Stappengewölbe der Decke statt in Kapitälchen in Figuren, lustige Pecher im Röndschabit darstellend, die in feuchtröthlicher Laune dem Besucher mit Wein- und Bierglas entgegenwinken. Verzerrungen dieser Art findet man seit alters überall in der Welt und wohl keinem vernünftigen Menschen fiel es ein, sich über solche Produkte harmlosen Humors aufzuregen. Ertzt der Klerikalismus der Gegenwart, dem in der geistigen Zügel seiner äußerlichen Macht doch um seinen Verfallstand bange ist, konnte darauf kommen, die Religion gegen solche Erzeugnisse des Kunstfleißes auszuspielen.

Nach der guten Sitte jener Mönche, deren Bildnisse im Vorraum des Kellers prangen, kam dieser Tage auch der Sturatus der katholischen Hedwigskirche zu Pankow in den Keller hinabgestiegen, um sich am Gesträuch zu laben. Im Vorraum blüht er in die Himmelshöhe, ob der liebe Gott ihn sähe und gewahrt oben an der Decke die gemeinsten Mönche. Flugs ist es mit seinem Appetit auf ein Glas Sekt vorbeigeht und er reut zum Ortsgehaltigen, um diesen wegen angeblicher Verhöhnung der katholischen Religion zur Rede zu stellen. „Nehmt doch die Fragen Eurer protestantischen Pfaffen und schmückt damit Eure Anekdote“ donnert er dem verdutzten Gemeindevorsteher entgegen. „Zweitausend fromm-katholische Seelen zählt Pankow und sie alle nehmen Anstoß an dieser perfiden Verhöhnung der katholischen Religion!“

Veider ließ der Gemeindevorsteher sich von dem bilderstürmenden Kuratus einschleichen. Er holte den Bäumeister heran, um mit diesem zu verhandeln, ob und wie der gemeinsten Stein klerikalen Anstoßes aus der Welt geschafft werden könne. Der Bäumeister weigert sich, einen Vandalenstreich zu begehen und die Figuren, wie es der Katholik verlangte, zu beseitigen. Inzwischen hatte der Eifer den Erfolg, daß der Bäumeister einen Rosenkranz wegnahm, der über der Kante eines Mönches zu sehen war. Dies dauerliche Entgegenkommen betragte die Kuratus als Anreiz, mehr zu verlangen; jedoch der Bäumeister, dem das Gewissen schlugen mochte, weigerte sich nunmehr entschieden, weitere Verunstaltungen vorzunehmen. Allerdings ist das Geschehene schon bedenklich genug, besonders deshalb, weil weder die Baukommission noch die Gemeindevertretung ersucht worden ist, in die Verunstaltung einzumitteln. Aus diesem Grunde wird die Angelegenheit in der Gemeindevertretung zur Sprache gebracht werden.

Das Fenerweh-Deutmal auf dem Mariannenplatz, das am 17. November, also vor jetzt bald 14 Tagen enthüllt wurde, ist dem Publikum bisher noch nicht zur ungeschmälerten Besichtigung frei-

gegeben worden. Der mit gärtnerischen Anlagen und gebliederten Aufwegen versehene Vorplatz des Deutmals ist noch immer durch einen langen Strich abgepflastert, vor dem Tag und Nacht ein Schuttmann Wache hält, um „unberufener Neugier“ zu wehren. Das Deutmal kann infolgedessen nur erst aus der Entfernung betrachtet werden. Dabei ist es natürlich niemand möglich, die Inschriften auf den Bronzetafeln zu lesen. Offenbar will man die am Fuße des Deutmals niedergelegten prächtigen Vorbereitungen, solange sie noch nicht verweilt sind, vor Beschädigungen durch das Publikum schützen. Aber das würde genau ebenso sicher erreicht, wenn Strich und Schuttmann unmittelbar vor den Deutmalstufen ihren Platz angezogen erhielten. Auf den Strich könnte wahrhaftig sogar gänzlich verzichtet werden, wenn man eine Papptafel mit der Bitte um Schonung der Kränze aufstellen wollte.

Die Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge hat vor längerer Zeit beantragt, gemäß § 2 Ziffer 5 des Krankenversicherungs-Gesetzes durch statutarische Bestimmung der Gemeinde die Krankenversicherungspflicht, vorbehaltlich der Einschränkung des § 2b, auf sämtliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge Berlins auszudehnen. In der Begründung dieses Antrages wies die Kasse insbesondere darauf hin, daß die Fortzahlung des Gehaltes für die Dauer von höchstens 6 Wochen bei schweren Fällen unzulänglich sei. Die gegenwärtigen Zustände seien aber nicht nur für die Handlungsgehilfen und für die Kasse, sondern auch für die Arbeitgeber sehr mißliche, schon durch die Unsicherheit in der Rechtsprechung. Eine Regelung durch Ortsstatut dürfe, wie magistratsmäßig berichtet wird, nunmehr erfolgen.

Der Magistrat hat beschlossen, daß bei den Direktoren der höheren Lehranstalten und bei den Oberlehrern derselben Anstalten der Wohnungsgeldzuschuß von 900 M., bei den seminarisch gebildeten Lehrern an den höheren Mädchenschulen und den Lehrerinnen an denselben Anstalten der Wohnungsgeldzuschuß von 840 M. nach dem 1. April 1903 bei der Berechnung des Aufgebhalts voll in Anwendung kommt. Die Stadtverordneten-Versammlung soll in einer besonderen Vorlage um ihre Zustimmung ersucht werden. — Zum Zeichenleger der neuen Tischler-Hochschule ist vom Magistrat in seiner letzten Sitzung der Lehrer Anger gewählt worden. Dem Gefälligen-Verein „Fortuna“ sollen zu der im Februar nächsten Jahres stattfindenden Gefälligen-Ausstellung, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, 500 M. zu Ehrenpreisen bewilligt werden. Abgelehnt hat der Magistrat den Antrag der städtischen Krankenhäuser-Deputation, für die chirurgischen Abteilungen der drei städtischen Krankenhäuser-Anstalten neben den beiden dirigierenden Ärzten noch einen dritten anzustellen.

Der Raubmordversuch im Friedrichshagen ist jetzt nach allen Seiten angeklärt. Der verhaftete Klempnergehilfe Karl Rojer wurde gestern vom Untersuchungsgefängnis nach dem Polizeipräsidium gebracht und durch die Kriminalpolizei eingehend verhört. Zuerst wollte er, seinem bisherigen ganzen Verhalten entsprechend, von einem geplanten Verbrechen nichts wissen. Als man ihm jedoch für das Planmäßige seines Vorgehens eine Menge Beweise beibrachte, gab er schließlich sein Zeugnis an und legte ein volles Geständnis ab. Mit den Vorwürfen, sich durch irgend eine Gewaltthat Geld zu verschaffen, habe er sich nach einer Gelegenheit umgesehen. Hierbei habe er sein Augenmerk zunächst auf ein Bankgeschäft unter den Linden gerichtet, davon aber Abstand genommen, weil der Laden durch einen Vorhang in zwei Teile geteilt sei. Er habe hier aus diesem Grunde nicht übersehen können, ob er mit dem Geschäftsführer allein sei, und daher leicht sofort überfallen werden könnte. In der Friedrichstraße habe dieses Hindernis nicht bestanden. Dem Dolch hat Rojer nach seinem Geständnis eigens zur Ausführung des geplanten Mordes gekauft. Als er zu Salzweil in den Laden hineinging, trug er ihn in Papier eingewickelt unter dem linken Arm, um ihn im geeigneten Augenblick sofort bei der Hand zu haben. Der Mordplan war also bis in alle Einzelheiten hinein berechnete. Jetzt ist der Verbrecher, der nach dem Verhör unter sicherer Bedeckung in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht wurde, sehr niedergeschlagen. Seine größte Furcht ist, daß der verwundete Landbeamte den Dolchstich noch erliegen könnte, weil ihn dann eine weit härtere Strafe trafe.

Zweientelbe waren in der Nacht zu gestern wieder in der Königstraße an der Arbeit. In dem Hause Nr. 65 hat der Uhrmacher Weil einen kleinen Laden für seine Uhr- und allerhand Gold- und Silberwaren. Gestern abend um 10 Uhr verließ er das Geschäft, nachdem er alles gehörig verschlossen hatte. Heute morgen fand er den Laden ausgeräumt. Einbrecher waren nachts in den Keller eingedrungen, hatten, auf einem Gerüst vor Mitten stehend, ein Stück aus der Decke geschnitten und waren durch diese Öffnung in den Laden gelangt, aus dem sie für etwa 3000 Mark Waren entwendeten.

In einem Hotel der Friedrichstraße erlöschte sich Donnerstagabend der 83 Jahre alte Direktor Theodor Wolff, der seit fünf Jahren in dem Hause am Spittelmarkt 14 eine „Academie“ für fremde Sprachen und ein Uebersetzungsbureau inne hatte und mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von 11, 13 und 15 Jahren bestehende Familie dort auch wohnte. Die geschäftliche Lage seiner Unternehmungen scheint nicht günstig gewesen zu sein. Dazu kam, daß Frau Wolff seit einem Vierteljahr schwer krank ist. Diese Verhältnisse trieben den Mann zum Selbstmord. Am Donnerstagabend nahm er in einem Hotel ein Zimmer, schrieb Briefe an seine Familie und an einen Bruder, dessen Fährnisse er Frau und Kinder empfahl und tötete sich dann durch einen Revolverstich in die rechte Schläfe.

Eine Reflexion im Centralhotel hat vorgestern schweres Unheil angerichtet. Geplatzt ist eine der Siederohre, die in dem Maschinenraum an der Georgenstraße unmittelbar über der Feuerung liegen. Bei der Erschütterung wurde auch die Thür der Feuerung herangeworfen, und mit dem heißen Wasser und Dampf aus dem Rohr wurden auch glühende Schmelzen in den Raum geschleudert. Der Arbeiter Johann Kschick wurde am ganzen Körper so schwer verbrät und verbrannt, daß sich seine Auskommen bezweifelt wird. Er liegt in einer Privatklinik am Circus, wofür er mit einer Drofsche gebracht werden mußte. Die Kontoure Hermann Lange und Gustav Clements, die mit der Ausbesserung der Isolierung beschäftigt waren, und der erste Heizer Max Schilling wurden ebenfalls nicht unbedeutend verletzt und liegen auch in der Klinik. Ein fünfter Mann kam mit leichten Verletzungen an den Händen davon und konnte nach Hause gehen. Schilling verunglückte an derselben Stelle durch eine Explosion schon einmal am 7. Juli v. J. und mußte damals längere Zeit im Krankenhaus liegen. Zur Ermittlung der Ursache des Unfalls erschien anger der Revierpolizei noch eine Kommission von Sachverständigen. Augenscheinlich hatte das geplatze Siederohr schadhafte Stellen. Weitere andere Rohre wurden ebenfalls als nicht mehr tauglich erkannt und müssen durch neue ersetzt werden.

Zwei neue Straßenbahnlinien werden Anfang Dezember eröffnet werden. Am 1. Dezember soll auf der neu erbauten Strecke der Charlottenburger Straßenbahn Gesellschaft Charlottenburg—(Amisgericht)—Wilmersdorf der Betrieb aufgenommen werden. Die politische Abnahme wird bereits am nächsten Sonntag stattfinden. In der ersten Dezemberwoche wird ferner die Verlängerung der Straßenbahnlinie Charlottenburg—(Stadtbahnhof)—Lützowplatz durch die Bahnh., Plötzestraße, Egonberg-Platz, Schönberger-, Königgräber-, Prinz Albrecht-, Zimmer- und Jerusalemstraße bis zum Dönhofsplatz vorgenommen werden. Die Montierungsarbeiten müssen bis höchstens am nächsten Montag beendet sein. Im Laufe der nächsten Woche werden dann Probefahrten stattfinden, die insofern von Bedeutung sind, als die Charlottenburger Straßenbahngesellschaft die neue Linie zu einer Schnellbahnlinie ausgestaltet. Auf der Strecke Dönhofsplatz—Königgräber-Platz, Prinz Albrechtstraße wird nur eine einzige Haltestelle, und zwar an der Ecke Friedrichstraße eingerichtet. Die an der Zimmerstraße belagene Haltestelle der Großen Berliner Straßenbahn hat für die Wagen der Charlottenburger Gesellschaft keine Gültigkeit. Durch diese Einrichtung, die natürlich nur einen Versuch bildet, wird die Kohärenz

zwischen Dönhofsplatz und Potsdamerstraße resp. Bülowplatz wesentlich abgeklärt.

Ein gefährlicher Kinderfreund kreibt in der Gegend der Köpnickstraße sein Unwesen. Er wird geschilbert als ein Mann mit schwarzem Schnurrbart und trägt einen braunen, ledernen Mantel. Gestern abend suchte der Unhold im Hause Köpnickstr. 10a ein neunjähriges Mädchen unflätlich anzugreifen; auf das Geschrei des Kindes ergriff er die Flucht und entkam. Die Eltern thun gut, ihre Kinder zu warnen.

Aus Not zur Diebin geworden. Einen großen Auslauf verursachte gestern abend auf dem Schloßplatz eine Frau, die von der Auslage des Rohwarengeschäftes von Hirsch einen wollenen Unterrock weggenommen. Die Frau wurde festgenommen und der Polizei übergeben. Sie nannte sich Wille, gab an, daß ihr Mann arbeitslos sei, und daß ihre vier Kinder Not litten. Sie habe daher bei ihrer Familie nicht mehr bleiben, sondern durch den Diebstahl sich ein andres Unterkommen verschaffen wollen.

Festgeklammert ist jetzt der Mann, der an der Ecke der Brannenstraße und Rügenstraße von einem Straßenbahnwagen umgestoßen wurde und nach wenigen Minuten auf der Unfallstation in der Badstraße an inneren Verletzungen starb, während er äußerlich unverletzt geblieben war. Es ist ein Arbeiter Krugewitz, der mit seiner Frau und einem Kinde von 1/2 Jahren in der Brannenstr. 83 wohnte und von seiner Frau zur Feier seines 22. Geburtstages in der Wohnung erwartet wurde, während er in der Nähe seinen Tod fand.

Besuchwechsel. Das neue Konzerthaus am Alexanderplatz (Grand Hotel) ist in diesen Tagen in die Hände des Herrn Albert Körner übergegangen. Die Konzerte in diesem Lokal sollen von dem bekannten Kapellmeister Simdshofer geleitet werden.

Feuerbericht. Ein größeres Löschaufgebot wurde in der Nacht zum Freitag nach der Laubenzollstraße am Bahnhof Gesundbrunnen gerufen. Hier standen Lauben in Flammen und hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben, um das Feuer, das auch einen Holzschuppen ergriffen hatte, zu löschen. Es wird Brandstiftung angenommen. Ein größerer Brand kam Donnerstag gegen Abend in der Stralauerstr. 42 aus, wo schon vor einigen Tagen die Feuerwehre zu thun hatte. Diesmal brannte ein einstöckiger Pferdehals. Da das Feuer rechtzeitig bemerkt wurde, konnten die Pferde in Sicherheit gebracht werden. Der einstöckige Fachwerkschuppen wurde stark beschädigt. Es wird vermutet, daß der Brand durch Funken aus einer benachbarten Fabrik entstanden ist. In der Landwehrstr. 8 war abends 9 Uhr durch Umfallen einer Petroleumlampe ein Brand entstanden, der Möbel und Decken beschädigte. Zur selben Zeit hatte die Wehr in der Rensch Schönhauserstr. 20 in einer Küche ein Feuer zu beseitigen, das den Fußboden und die Wollenlage ergriffen hatte. Außerdem ließen in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Gartenstraße 1, Waldemarstraße 23 und Starke 60 ein, doch handelte es sich in allen drei Fällen um unbedeutende Unfälle.

Der Berliner Kanarienzüchter- und Vogelzuchtverein veranstaltet seine diesjährige Ausstellung von Kanarien, einheimischen Egelst und Exoten in der Zeit vom 6. bis 9. Dezember in der 1. Etage des Hauses Mühlstr. 17.

Orgelkonzert. Montag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Marienkirche das Diener-Quartett (Hr. Gertrud Paulsch, Hr. Lotte Diener, Herr Alex. Curtz und Herr Karl Naehs) zum letztenmal; außerdem wirken bei dem Orgelkonzerte mit: Musikdirektor Otto Diener, Hr. Alma Reich, der Cellist Herr Georg Grund und der Organist Herr Reinhold Barth. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Der kürzlich zum Gemeindevorstand gewählte Ingenieur Kuhner wurde in der Gemeinderats-Sitzung am Donnerstag in sein Amt eingeführt. — Die Gemeindevorstellung beschloß in dieser Sitzung, das Orisstatut, welches für Gaswerkstätten mit sogenannter halber Konzession die bedrückende Genehmigung vorzuziehen, aufzuheben. — Bei Beratung einer Vorlage, welche die Vergütung verschiedener Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde betraf, wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, bei Vergütung von Gemeinde-Arbeiten wo angängig, solchen Unternehmern generell den Vorrang zu geben, welche Vereinigungen angehören, die mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen Vereinbar sind. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß es, abgesehen von der sozialpolitischen Pflicht öffentlicher städtischer Behörden, darauf zu halten, daß die von ihnen beschäftigten Unternehmern normale Löhne zahlen, ganz besonders im pekuniären Interesse der Gemeinde liegt, sich die unzuverlässig arbeitende Schmutzkonkurrenz vom Leibe zu halten. Da die Dringlichkeit dieses Antrages von der Mehrheit nicht anerkannt wurde, wird er die nächste Sitzung der Gemeindevorstellung zu beschäftigen haben. — In gleicher Sitzung beschloß die Gemeindevorstellung, den im Gemeindevorstand beschäftigten Arbeitern, Bureauarbeitern, Amtsdienern usw. je 20 M., den Polizeiwachmännern und den ihnen in Dienststränge gleichgehenden Beamten hingegen 30 M. als Gratifikation zu Weihnachten zu bewilligen.

Zehlendorf. Das Rechnungsjahr 1901 schließt mit einem Ueberschuß von 44 280,34 M. ab; der Betrag soll dem diesjährigen Etat überwiesen werden. — Eine Anfrage des Gemeindevorstandes Sachse in der letzten Sitzung des Gemeinderats, warum die Fortbildungsschule noch nicht eröffnet sei, blieb ohne Antwort. Große Bestürzung rief die weitere Frage dieses Herrn hervor, warum denn das neue Armenhaus noch nicht gebaut sei und wo die für den Bau ausgelegten 10 000 Mark geblieben wären. Anfangs wußte niemand eine Antwort zu geben, schließlich stellte sich der für die Armen wenig trostliche Sachstand heraus, daß die Summe eintragend angelegt ist. — Zu Ostern 1903 sollen zwei Lehrkräfte für die Volksschule angestellt werden. Der Willigkeit halber will man Lehrkräften nehmen. Als die Mißstände im Schulwesen des Ortsteils Schönau gestreift wurden, wurde das Wohlwollen des Ortsteils Schönau gestreift. Fremden erteilte ein Schreiben des Provinzial-Schulkollegiums, worin ohne Motivierung das Verlangen aufgestellt wird, das Wohnhaus für den Gymnasial-Direktor ebenso schnell fertig zu stellen wie das Gymnasium selbst. Die Gemeindevorstellung will sich beim Minister beschweren und die Oberprima 1903 fallen lassen, wenn die Beschwerde nichts hilft. — Der aus dem Sanden-Prozess bekannte frühere Vandalendirektor Hänschke wünschte von seinen Pflichten als Gemeindevorstand zurückzutreten zu werden. Die Vertretung erfüllte dies Verlangen.

Johannisthal. Höchst erbauliche Zustände herrschen zur Zeit in der hiesigen Gemeindevorstellung. War doch der neue Gemeindevorstand im letzten halben Jahre an drei Verleumdungs-Prozessen beteiligt, während zwei weitere Prozesse gegen ihn noch schweben. In dem ersten Falle handelt es sich um eine Klage gegen den Genossen Mann, weil dieser in seiner Erwiderung gegen Ausführungen des Gemeindevorstehers über die Wähler des Genossen Mann den Vorsteher in zwei Punkten beleidigt haben sollte. Während in einem Punkte auf 30 M. Geldstrafe erkannt wurde, kam das Gericht im zweiten Punkte zu einem freisprechenden Urteil. Es erklärte die Äußerungen des Gemeindevorstehers dem Genossen Mann gegenüber für eine schimpfliche Beleidigung und hielt die Gegenäußerung des Genossen Mann für berechtigt. Im zweiten Falle handelt es sich um eine Klage des Hohenlegers Hülle zu Johannisthal gegen den Gemeindevorsteher, weil dieser den Kläger in einer Sitzung der Gemeindevorstellung als Trinker bezeichnet hatte. Diese Äußerung mußte für den Kläger, der bei dem Gastwirt in Nieder-Schönau eine Verzeamsstellung innehat, von großem Nachteil sein. Zu einer Verhandlung kam es jedoch in diesem Falle nicht, da die Parteien einen Vergleich schlossen, nach welchem der Gemeindevorsteher die Äußerung zurücknimmt und die Kosten trägt. Im dritten Falle handelt es sich nun wieder um eine Klage des Gemeindevorstehers gegen einen Vertreter der ersten Abteilung, den Arbeitsten Schmidt, welcher in der Erregung darüber, daß der Gemeindevorsteher dem beim Schulbau beschäftigten Maurermeister mehr Glauben schenkte als ihm, seinen parlamentarischen Ausdruck finden konnte. Die Folge hiervon war seine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe. In welcher Form sich der Gemeindevorsteher gegenüber der Vertretung bewegt, erkennt man am besten daraus, daß er in einer Sitzung den Vertretern gegenüber erklärte, sein Gehalt sei ein Lumpengehalt. Die Stellung von Anfragen, die Erledigung von Beschüssen der Gemeindevorstellung und die Verfassung der Gesundheits-Kommission hielt er für standalös und nur ins Wert gesetzt, um ihn, den Gemeindevorsteher, zu ärgern und zu chikanieren. Ein weiterer Prozeß gegen den Gemeindevorsteher wegen Verleumdung ist von dem eisdüchsten Vertreter Schmidt angehängt worden.

Aus Spandau schreibt man uns: Wir berichten kürzlich, daß die Polizei eine von unsren Genossen für das Nachbarort Tiefwerder unter freiem Himmel eubensene Volksversammlung mit dem Erfolge verboten hat, daß uns noch am selben Tage der Restaurateur Krüger in Tiefwerder seinen Saal für eine Versammlung zur Verfügung stellte. Diese Volksversammlung soll nun am Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr im Krügerischen Lokal stattfinden. Der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Karl Liebknecht, wird über das Thema sprechen: „Welche Gefahr droht dem deutschen Volke und was geht im Reichstage vor?“ — Die Thatsache, daß die „Hydra“ Sozialdemokratie mit ihren Eingängen in das ehrbare Fischerdorf Tiefwerder halten und in dem größten Saale sogar öffentlich ihre Lehren verkünden wird, ist den Dorfpatrioten dennoch auf die Nerven gefallen, daß sie zu den eerdlichsten Aufstrebungen angefordert wurden, nicht noch im letzten Augenblick das Lokal abzutreiben! Aber alles half den edlen Leuten nichts, der Vortritt ist im Gegenteil fest entschlossen, uns sein Lokal dauernd zur Verfügung zu stellen. Natürlich wird es an der Arbeiterschaft liegen, ihn diesen Entschluß nicht bereuen zu lassen.

Die Versammlung findet also morgen statt und sie wird wahrscheinlich auch von Spandauer Arbeitern stark besucht sein, um zu einer imposanten Kundgebung gegen das Verbot zu werden, das im Augenblick die Mehrzahl im Reichstage am deutschen Volke zu begeben im Begriff ist!

Verammlungen.

In einem elementaren Protest gegen die Gewaltmaßregeln der Reichstagsmehrheit gestaltete sich die — auch von Frauen — starkbesuchte Volksversammlung, die am Donnerstagsabend im Nachbarort Gesellschaftshaus tagte. Zunächst, da der Reichstags-Abgeordnete Ledebour infolge der durch die bekannten Vorgänge notwendig gewordenen Fraktionslösung am pünktlichen Erscheinen verhindert war, gab Genosse Knoll in kurzen Zügen eine Darstellung der Vorgänge im Reichstage, soweit das aus den Nachrichten der Abendblätter möglich war. Als dann nach zweimaliger Vertagung der Versammlung der Genosse Ledebour erschien, löste sich die hochgradige Spannung, die sich der Gemüter bemächtigt hatte, in einen spontanen Begrüßungssturm aus. In atemloser Spannung, nur hin und wieder unterbrochen von Ausdrücken der Entrüstung, folgte dann die Versammlung den Darlegungen des Referenten. Ich wollte, so sagte dieser, vor Ihnen über die politische Lage sprechen. Aber die politische Lage, von der ich reden wollte, sie besteht nicht mehr; wie befinden uns jetzt in einer neuen politischen Lage. Der Redner schildert dann in packender Weise die Vorgänge im Reichstage gelegentlich der Einbringung des Wechselsantrages, die ungeheure Bedeutung und Tragweite des letzteren nach allen Seiten hin eingehend beleuchtend: „Es ist ein Kind der Habgier und der Angst, ein politischer Wechselfuß, wie er infamer noch niemals aus der Wiege einer parlamentarischen Körperschaft hervorgegangen ist.“ Und die Sitzung, die sich mit diesem Monstrum zu beschäftigen hatte, sei denn auch die stürmischste gewesen, die der deutsche Reichstag je gesehen hat. Ein glühendes Zeichen sei es wohl, daß gerade an dem Tage, da dieses schamlose Attentat auf die Interessen des Volkes und die Grundlagen des Parlamentarismus verübt sei, im sechsten Berliner Wahlkreise diese Versammlung tagte, die als erste ihren Protest dagegen erheben könne. Diesen Protest so nachhaltig und wichtig zu gestalten, daß die Reaktion ein für allemal hinweggefegt würde, das sei nunmehr Pflicht und Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Versammlung bekräftigte ihre Zustimmung in minutenlangem begeisterten Beifall. Mit demselben harten Beifall nahm die Versammlung auch die Ausführungen der nachfolgenden Diskussionsredner Wörke, Jaksch und Knoll auf, die angesichts der hochernsten politischen Situation auch mit ganz besonderer Schärfe und Entschiedenheit der Notwendigkeit der politischen Organisation und des Abkommens der Parteipresse betonten. Folgende vom Referenten und dem Bureau empfohlene Resolution fand sodann einstimmige Annahme: Die Versammlung gebt ihrer tiefsten Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Reichstagsmehrheit in der heutigen Sitzung ihren bisherigen Angriffen auf die Interessen des Volkes und den wahren Geist des Parlamentarismus die Krone aufgesetzt hat durch einen Antrag, den Posttarif in Pausch und Bogen anzunehmen, und daß sie diesen Antrag durch Hebrumpfung der Widerwehr gefahrdrohungsbedrohig durch Debatte stellen lassen wollte. Die Versammlung

spricht ihren festen Entschluß aus, die sozialdemokratische Partei mit allen Kräften in ihrem Widerstand gegen diese ungeschicklichen Pläne zu unterstützen und alles aufzubieten, um die Aufklärung über die Machenschaften der Reaktion in die weitesten Volksteile zu tragen.

Nach einem nochmaligen Appell des Vorsitzenden Fischer, die politische Organisation und die Parteipresse zu stärken, schloß derselbe die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, wie es begeisterter und freudiger wohl selten ausgenommen worden ist.

Am Schluß der Versammlung ließen sich eine große Zahl der Anwesenden als Mitglieder in den sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen. — Auch ein Erfolg der Gewaltmaßregeln der Wucherparteien.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschloß sich am Mittwoch in seiner Mitgliederversammlung mit der Haltung, die die Gewerkschaftskommission gegen das Gewerkschaftsstatut bei der letzten Gewerbeberichtsabwahl eingenommen hat. Hinzuzufügen, der Vorsitzende des Gewerkschaftsstatuts, berichtete ausführlich über den ganzen Verlauf der Angelegenheit und kam zu einer scharfen Beurteilung des Verhaltens der Gewerkschaftskommission. Der Redner sprach ferner die Erwartung aus, daß die Verzeams-Kammern der Gewerkschaften sobald wie möglich ein Regulativ ausarbeiten werde, worin die prozentuale Verteilung der Mandatale zur Gewerbeberichtsabwahl dem Mitgliederbestand der beiden Gewerkschaftsverbände entsprechend schlageseht sei. — Nach kurzer im Sinne des Referats gehaltener Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin das Vorgehen der Gewerkschaftskommission aufs schärfste verurteilt, und ferner die Behauptung, die dem Statut angehörenden Arbeiter seien die notorischen Schädiger der Arbeiterbewegung, mit Entrüstung zurückgewiesen wird. Darauf beschloß die Versammlung den Streit und die Sperte am Kanalbau in der Kaiser-Wilhelmstraße, die bekanntlich hauptsächlich durch das rigorose Vorgehen der Polizei gegen die Streitenden verloren gingen. Des weiteren wurde über die Arbeitszeit auf den Baustellen diskutiert, die dem Vertrage nach vom 15. November bis zum 15. Januar 7 Stunden täglich betragen soll. Diese Zeit wird, wie mehrere Redner ausführten, vielfach überschritten. Die Versammlung beschloß auf Antrag Staters, daß in den Wintermonaten unter keinen Umständen über 8 Stunden gearbeitet werden soll.

Für die Barbier- und Friseurgehilfen fand am Montag in der Berliner Ressource eine öffentliche Versammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Reichstags-Abgeordneter Rosenow referierte über „Der Arbeiter einst und jetzt“. Eingangs seines Vortrages beleuchtete Referent speziell die miserablen Arbeitsverhältnisse und das Elend, in dem die Gehilfen und Lehrlinge des Barbierberufs heute noch leiden. Der besällig ausgenommene Vortrag schloß mit der Aufforderung an die Berufsgenossen, sich der Organisation anzuschließen, denn nur durch unermüdliches Arbeiten durch und für dieselbe können bessere Arbeitsbedingungen errungen werden. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen.

Weidensee. Die Posttarifvorlage im Reichstag lautete das Thema, über welches der Reichstagsabgeordnete Förster in einer gut besuchten Volksversammlung sprach, die am 24. d. M. im neuen Saale der Enders-Bräuerei stattfand. In den mit großem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß sich keine Diskussion und fand nachherige Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erhebt energischen Protest gegen die von der Regierung sowohl, wie von den Agrariern geplante Posttarifhöhung.“

Briefkasten der Redaktion.

- 27. Der Posttarif für getrocknete Altpapier beträgt 3 Mark pro 100 Kilogramm.
- 28. Ein absolutes Mittel zur Verhütung der Staupe (erklärt nicht). Die einzigen Vorbeugungsmaßregeln sind: Entsprühende Nahrung (kein Schweinefleisch, überhaupt kein Fett) und die nötige freie Bewegung, Schutz vor Kälte und Nässe, und möglichste Bemochung vor Berührung mit kranken, event. krankehaften Tieren, da die Staupe eine Infektionskrankheit ist.
- 6. Um Nebamme zu werden, hat man sich zunächst an Herrn Elektrophysikus Schulz, Tempelhofer Ufer 29, zu wenden. Nach der dort erfolgten Vorprüfung und Unternehmung ist für Berlin beim Polizeipräsidenten ein Gehalt im Zusammenhang mit Ausbildung einzurufen. Der Lehramt in der Chemie dauert vom Oktober bis April und kostet einschließlich Stipendium, Unterwiese etc. 226,50 M. Während der Dauer der Ausbildung müssen die Frauen in der Chemie wohnen; außerdem ist als höchste Altersgrenze das 30. Lebensjahr vorgeschrieben.
- 4. 2. Wenden Sie sich an den Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Gewerbetreibenden, Vorsitzende Frau Ida Salomonsohn, und das Bürgerwehrgeschäft, Sekretärin Magdalen-Sekretärin Höhn, Gr. Prandauerstr. 7. Beide Stimmungen gewöhnlich Handwerker etc. keine Darlehen. — In Weidenhausen gleich die Frau Clara Langt-Stiftung an ähnlich arme Bürgerfamilien je 15 M. Wenden Sie sich deswegen an die städtische Stützungsdeputation, Poststr. 16.
- 3. 2. Armen Wöchnerinnen genötigt der Verein zur Verpflegung und Unterbringung armer Wöchnerinnen 10 Tage lang Suppen. Vorsitzende ist Frau Prediger Höhn, Prandauerstr. 66. Wöchnerinnen sind durch die Gebärme an eine der 60 Stützstätten zu richten. Der Frauenverein Ost-Berlin unterstützt arme Wöchnerinnen im Osten durch Lebensmittel, Kleidung und Schuhe. Vorsitzende Frau Mathilde Hildebrandt, Postenstr. 19. Aus der Schlesischen Stützungsdeputation an die Armen-direction werden Wöchnerinnen, die mindestens ein Jahr in Berlin wohnen, mit Geld und Nahrungsmitteln unterstützt. Die Abteilung Haushilfen des Berliner Frauenvereins, an der Schlegel 13, sendet Wöchnerinnen in die Haushilfen armer Wöchnerinnen. — Eine Etymologie kann nicht einleiten.
- 2. 6. Krankenkränke werden in die Krankenheilanstalten der Invaliditäts- und Altersversicherung nicht aufgenommen. Vielleicht kommen Sie in der Krankenheilanstalt Haus Schönau zu Zehlendorf unter.
- 6. 2. Wenden Sie sich an das Einwohner-Beauf. am Alexanderplatz.

Witterungsübericht vom 28. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 11-12 Uhr
Eintrunde	756	SW	3	bedeckt	-5
Hamburg	754	SW	3	bedeckt	-3
Berlin	756	SW	1	Schnee	-4
Frankf. a. M.	755	SW	1	bedeckt	-2
München	757	SW	1	bedeckt	-1
Wien	761	SW	1	bedeckt	-7
Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 11-12 Uhr
Darmstadt	755	SW	3	bedeckt	-15
Petersburg	755	SW	3	bedeckt	-10
Sofia	740	SW	3	bedeckt	-7
St. Petersburg	752	SW	3	bedeckt	-6

Wetterprognose für Sonnabend, den 29. November 1902. Zunächst trüber, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden; später aufläuternd mit neuer Witterung. Berliner Wetterbureau.



das Pfund
20 Pfennig
(im Anschnitt 27-30 Pfennig).

Seelachs, ganz frische Ware, ist soeben in grosser Menge eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich. Ein Versuch mit diesem äusserst schmackhaften Fisch ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.

Preis für 1 Pfund; im Anschnitt

Adlerlachs	35-40 Pf.	45-50 Pf.
Seekarpfen	40 Pf.	
Blaufisch	30-35 Pf.	
Seehoch	35 Pf.	42-45 Pf.
Seelachs	30 Pf.	27-30 Pf.
Schellfische in allen Größen	30-35 Pf.	
Cablian ohne Kopf	35-40 Pf.	
Bratfisch	20-25 Pf.	(3 Pf. 60 Pf.)
Knurrhahn	25-30 Pf.	
Grosso Schollen	40-45 Pf.	
Gersächerte Flundern	60-65 Pf.	
Adlerlachs a la Sidr	90-100 Pf.	
Schellfisch	35 Pf.	
Roche	60 Pf.	

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Haupt-Filiale: Bahnhof Hörde, Bogen 9-10.
II. Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse
III. Prinzenstrasse 30 (am Moritzplatz).
IV. Madalistrasse 22 (im Schlesiischen Bahnhof).
Generalvertreter: Johs. Skorczyk

Gerichts-Zeitung.

Die Verurteilungen des Pastors Diefelhoff in Trebbin haben ein gerichtliches Nachspiel... Die Verurteilungen des Pastors Diefelhoff in Trebbin haben ein gerichtliches Nachspiel...

sich im letzteren die Dinge so abgepielt haben, wie es in dem Artikel behauptet wurde. Insbesondere haben die Sitzungen stets 2 bis 3 Stunden gedauert und es seien alle Dinge ausdifferenziert geprüf...

nicht mehr behauptet werden, daß im Anschluß an die Kirchenrats-sitzungen auch die Mitglieder des Gemeindefiskusrats mit dem Pastor Diefelhoff...

In Altenburg verurteilte das Schwurgericht den hochangesehenen Fabrikbesitzer und Bankaganten Gruener...

Eingelaufene Druckschriften.

Volks-Albrecht-Kalender 1903. Verlag von Rich. Lipsitz, Leipzig. Langstr. 27. Preis 40 Pf., Porto 10 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 29. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenäus, Carmen. Schauspielhaus. Die Frau. Neues Cyrenäus-Theater. (Kroll.)

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165. Nicht das jüngste Wunder Afrikas, sondern eine schneeweiße Negerin...

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 8 Uhr. Letzte Woche November-Programm. Georg Kaiser in seinem Repertoire.

Belle-Alliance-Theater.

Männerensemble. Gastspiel heute, Sonnabend, den 29. November, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Die Schröderischen.

Kleines Theater

(Schall und Rauch) Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Ackermann. Eine tragische Komödie in 3 Akten...

Casino-Theater.

Lehringergasse 37. Die brillantesten Spezialitäten. Letzter Sonnabend: Ein Sohn des Volkes.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle oder: Goldmarie und Pechmarie.

Central-Theater. Sonnabend, 29. Nov. 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr, zu halben Preisen (bei Erwachsenen kann ein Kind frei einfahren).

Madame Sherry. Operette in 3 Akten von Hugo Felix. Sonntag, 30. November, zwei Vorstellungen: Nachmittags 3 Uhr: Boccaccio. Abends 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

Thalia-Theater. Bresdenerstrasse 79-73. Zum 493. Mal: Charley's Tante.

Luisen-Theater. Der Stabstrompeter. Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Pfl. Zwillingen, Rührluch u. Warenhäuser u. Berthelm.

Luisen-Theater. Der Stabstrompeter. Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Pfl. Zwillingen, Rührluch u. Warenhäuser u. Berthelm.

Luisen-Theater. Der Stabstrompeter. Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Pfl. Zwillingen, Rührluch u. Warenhäuser u. Berthelm.

Luisen-Theater. Der Stabstrompeter. Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Pfl. Zwillingen, Rührluch u. Warenhäuser u. Berthelm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabends 8 Uhr: Kabale und Liebe. Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten...

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Städtisches Theater). Sonnabendabends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage: Seine Kammerzofe. (Nelly Rozler.)

Trianon-Theater. Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr. Die Liebeshaukel.

Bernhard Rose-Theater, Dabstr. 58. Sonntag, den 30. November: Höhere Töchter.

Stadt-Theater. Alt-Moabit 47-49. Der Sonnwendhof.

W. Noack-Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Heute: Gr. Extra-Vorstellung: Durchgegangene Weiber.

Palast-Theater. Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast. Vollester Erfolg! 8 1/2 Uhr: Goldene Jugend.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Cirkus Schumann. Sonnabend, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Grosse High-Life Vorstellung.

Apollo-Theater.

Von 8-9 Uhr: Spezialitäten. Am 9. Uhr: Zum 23. Male: Mit kolossalstem Erfolg: Nakiri's Hochzeit.

Nakiri's Hochzeit. Operette in 2 Akten von F. Lincke. Im zweiten Bilde (um 10 1/2 Uhr): Der sensationelle Spiegeltrick.

Wilhelm-Theater. Friedrich-Strasse 236. Heute Privat-Festlichkeit: Keine Vorstellung.

Cirkus Busch. Sonnabend, 29. November 1902, abends 7 1/2 Uhr: Grosse Vorstellung: Dahomey.

Steidl-Theater. Dramen- und Opern-Theater an der Friedrichstr. Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Steidl-Sänger. Täglich wechselndes Programm. Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal: Tanzkränzchen.

Sanssouci. Kottbuser Thor. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Königstadt-Casino. Holzmarkt 72. Ecke Alexandrerstr. Täglich 8 Uhr. Spezialitäten-Vorstellung.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke 3. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Treptow. Köpnick Landstr. 27. Empfehlung sein Lokal nicht kleinem Saal 250-300 Personen fassend.

Am Mittwoch, 26. d. M., hat unser Kollege, der Schriftsetzer Paul Perthen im Alter von 44 Jahren...

Die Kollegen d. Buchdruckerei „National-Zeitung“ beerdigen am Sonntag, 30. Nov., nachm. 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs, Weingarten-Gräber.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr.

Hermann Vandsburger

Friedrich-Strasse 247

BERLIN N.W.

Thurm-Strasse 30a

Centrale

Zweiggeschäft

Tadelloser Sitz! Höchste Eleganz und unvergleichliche Preiswürdigkeit

sind die bisher unübertroffenen Vorzüge meiner nach neuestem

amerikanischem System

gefertigten

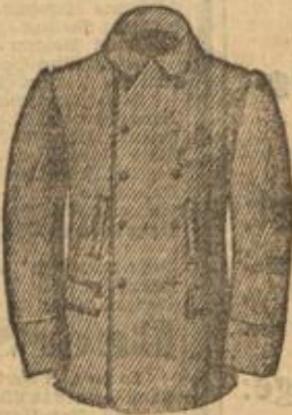
Herren- u. Knaben-Garderoben.

Eigene Fabrikation mit elektrischem Betrieb.

Frankfurt a.O.



Bernburg



Kaiser-Loden-Joppe
mit gutem, kariertem, warmem
Futter, hinten mit u. ohne Gurt
19.50, 11.50, 10, 9 Mark.



Joppe
zweifreihlig u. Infanteriefaçon, guter
glatter Satin u. halbt. Loden, 8 25,
7.50, 6.25, 5.50, 4.50 Mk.



„New-York“
Hochmoderner Paletot
Paletot mit modernen
Taschen Mark 26.-

Die festen Verkaufspreise sind an jedem Gegenstand vermerkt.

Namen in Gold.
schreibt per Stück 10 Pf.



überzeugen, ein Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5Jähr. Garantie, fein honiggeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1.50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Malz-Kaffee

naturell

rein im Geschmack, feinst Aroma, gesundes, billiges und nahrhaftes Genussmittel, offeriert an Private in 3 Sorten a 16, 18 u. 20 Pfg. per Pfund, sackfrei ab Bamberg, gegen Nachnahme des Betrages. — Unter 25 Pfund-Packung wird nicht abgegeben. — Muster stehen zu Diensten. 5395L*

L. RÜBSAM, Malzfabrik, Bamberg, Bayern.



Hüte

Chapeau clair . . . von 7.50.
Cylinderhüte . . . von 4.00.
Filzhüte . . . von 1.50.

Pelz-Waaren

6329L*
Schirme größtes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2.
Ecke Skalitzer-Str.



Anker-Brikets

Fragen Sie bitte bei Ihrem Kohlenlieferanten nach dieser Marke.

August Achilles

(früher 7 Jahre bei Baer Sohn tätig.)

Elegante Herren- u. Knaben-Garderobe fertig und nach Maß.
Winter-Paletots in reizenden Mustern und Jacons 36,- 30,- 25,-
16 Grosse Frankfurter Strasse 16,

Berufskleidung für alle Gewerke;
Egira beachtenswertes Angebot!!!
Warme Winter-Joppen 12,- 9,- 7.50 6,-
vis-a-vis Carl Weiss-Theater.
zwischen Frucht- und Koppen-Strasse.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-Strasse 9, partiere. 407*

Garderobehaus August Adloffs, Große Frankfurterstrasse 18. 18798*

Diebstahlige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und auf Daten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstrasse 141, 1. Etz. 637*

Godsvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Rohstoffen herabehend, 18-38, Preis 8-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Verbandshaus, Jägerstrasse 63, 1. 637*

Vorsichtige zurückgesetzte Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Lewinow, Schneidermeister, Alexanderstrasse 14a. 12748*

Vorsichtige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 13075*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoirwaren spottbillig Verbandshaus, Neanderstrasse 6. 5079*

Schuhwaren kauft man billig und gut bei Pauls Briefe, Neustadtstrasse 14.

Teppiche! (schlechtlich) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadenicher Markt 4, Bahnhof Börsen. 11975*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regalaturen, Koffertkoffer, Stühle spottbillig Verbandshaus Neanderstrasse 6, Teilzahlungen gestattet. 5078*

Brennholz, 200 eiserne Oefen und Kochmaschinen, billig, Charlottenburg, Bismarckstrasse 89. 2195*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwarz: Nur Ballstrasse!

Steppdecken spottbillig. Jabel, Weinstrasse 20. 492*

Säulenraum an, geschliffen, 40 20, Straubbergerstrasse 6a, I. 4610*

Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage Große Frankfurterstrasse 9, partiere. 437*

Strickmaschinen und Teilzahlungen Bremer, Engel-Allee 20. 4716*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschützen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, sehr Rusthaltung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Preis nur hoher Behörden. Ernst Reimann, Gollnowstrasse 26, nahe der Landbergerstrasse. Alte Nähmaschinen nehme in Zahlung. 13898*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00, Ringel, Rodwin, Adler, Schneidmasch. Gebraucht spottbillig. Reparaturen billig. Lützowstrasse 39, 2. Gesch. Bernauerstrasse 47 B. 13398*

Malztrafiker, blaublauer, für Kaffee, Brustkante, Schwedisch, Gewichtsumahme, besserer Geschmacks, überauschend, 14 Maschinen 3 Mark, 1/2 Tonne 3.00 exklusive. Nicht Flächenzahl, Qualität entspricht. Porter, Keller Ringler, Bernauerstrasse 118. 12917*

Teppiche, spottbillig, fittig- geschliffen, auf dem Central-Gebäude verlässig, Eidenauerstrasse, gegenüber Feldbesenhaus GutsMuth, Teilhaben von 60 Pfennig an. Paul Hoff. 508*

Möbel, drei Zimmer, verkaufen junge Leute; darunter Plüschstühle 10.00, Sesselstühle 5.00, Schränke, Bettstellen, Bancosofa, Garnitur, Tisch, Stühle, Teppiche, Delgemalde, noch neu, spottbillig Gartenstrasse 128, I. nahe Zettinerbahn. (Vestibül auch Sonntag). 7133*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebraucht 12.00. Köpferstrasse 60/61, Landbergerstrasse 82, 492*

Steppdecken billigst Jabel Große Frankfurterstrasse 9, partiere. 437*

Eigarrenschäft, 6 Jahre bestehend, billig zu verkaufen Charlottenburg, Gieselerstrasse 13. 4142*

Herrenpaletots, Anzüge, Helle- müster, nur einzeln, weit unter Engrospreis. Brunnstrasse 186, II, rechts. 1248*

60 Halb- und Landparzellen, nahe Bahnhof Trederdorf, Quadratmeter 30. Preis 100 an, verkauft Otto Wehler, Pellerstrasse 13, Trederdorf. 7265

Umständlicher verkauft Dame Tischlohn, zwei Bettstellen, Spinne, alles wie neu. Friedländerstrasse 131 D, vorn IV links. 7819

Wohnhaus u. Erdgeschoss von Sommer- und Seidenresten Charlottenburg, Gieselerstrasse 78, I. 114108*

Möblicher Abreise verkaufe eine Schöne Möbel (Kleinstes) Bergstrasse 2, I. 7276

Kanarienvogel 5.00 an, Papagei-Auswahl, sofort sprechend, Sonnenpögel, Dompfaffen, Stieglitz, Dausfinken, Heißige billig. Oranienstrasse 87, Richter. 7306

Kostenfreie jährliche Behandlung, Zahnziehen, Zahnärztliche Hilfsmittel, Chausseestrasse 1a. 13825*

Kunstoperier von Frau Hofmann, Steinmetzstrasse 46, Quergebäude bodenpartiere.

Fahrräder, Nähmaschinen, Be- leuchtung Baustrasse 7, Lagerfelder. *

Fahrrad kauft Max, Schönbauer Allee 163a. 1221*

Goldschmied, Platin, Jahngebisse kauft Brunnstrasse 137, Schmiederei.

Platina, Gold, Braggold, Silber, Gedülfe, alle Uhren, Blaugold, Kehr- gold kauft Brod, Braggoldstrasse 4. *

Diätetik! Wer sich über diese ruhmvolle Oranienallee unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsbundes gegen Diätetik, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Lehrverein, Ringelstrasse 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Wohnung abzugeben und nachfolgende Sonntag noch zu vergeben Bernau, Heilige, Schwedlerstrasse 234. *

Ich nehme die Beleidigung, die ich Herrn Feder zugesagt habe, zurück. Jean Harris. 7215

Möbliertes Zimmer sofort Stell- schreiberstrasse 55, I rechts. 6766*

Möbliertes Wohnzimmer, Dienst, Heckschne 8. 6996*

Schlafstellen.

Leere Stube oder Schlafstelle Gieselerstrasse 62, vorn IV. 681*

Möblierte Schlafstelle für Damen, 7 Mark monatlich, zu vermieten Seebastianstrasse 4, vorn partiere rechts.

Schlafstelle für Herren, freundlich, separat, Raumstrasse 90, vorn III, Gemüde. 7286

Mietgesuche.

Möbliertes Zimmer für jungen Herrn gesucht, Nähe Centrum. Offer- ten mit Preisangabe unter O. 7 an Expedition des Blattes. 7180

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Jubilärer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwartschaft bezieht, bittet um Anwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Adalbertstrasse 49, bei Schmidt.

Möbiler Tischlerer bittet um Arbeit. Einlege werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und monatlich zugestellt. Adresse: Rindstrasse 27, A. Götter.

Stellenangebote.

Agenten für Vertrieb von Eisen- heizkörpern bei hohem Verdienst gesucht. Carl Bachmann Nachfolger, Berlin SW., Lehnstrasse 66.

Gluten thätigen Schneider und Aufrechter, der schon längere Zeit in der Branche gearbeitet hat, verlangen A. u. C. Schneiderwand, Seifen- umschlag, Jabel, Kommandanten- strasse 18. 6926*

Belegerinnen für Goldbleiben sucht Geig Probst, Köpferstrasse 37. 6915

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Von Partei-Zeitung [57742*]

Redakteur

gesucht

für Social- u. Kommunalpolit. Er- wünsch ist, daß Bewerber feuille- tonistische und literarische Vorkennt- nisse besitzt. Offerten mit Gehalts- forderung an A. Contenius, Hannover, Ritterstrasse 8.

Ledertechniker

welcher im Schneiden, Modellieren, Beizen und Färben verfahren ist, wird für Wien gegen entsprechendes Gehalt sofort aufgenommen; der schon selbstständig war, hat den Vorzug. 5077* Bernhard Gussmann, VII. Kaiserstrasse 101.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesucht sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinen- arbeiter und Polierer: Gemüde, Diebstahlstr. 33. Die u. Engelbrecht, Götter Wer- kstatt, Jungstr. 3. Warner, Krausstr. 52 (Gewerbehof). Schubert, Kaffeehaus-Allee 10. Die Erbsenverwaltung.